

Afrika - Kontinent der Kämpfe



hydra no.1

Hydra

NUMBER ONE: AFRIKA - KONTINENT DER KÄMPFE

the hydra | Erster Mai 2019

V.i.S.d.P. Leward Gehrke, Jens-Büttner Str 34, 10623 Berlin

Unser Magazin ist ein Versuch, neben vielen anderen Projekten, die Kämpfe des 21. Jahrhunderts zu begleiten, sichtbar zu machen und – hoffentlich – das eine oder andere Mal mit zu befeuern. Neben Dossiers zu einzelnen Schwerpunkten, die unregelmäßig erscheinen sollen, möchten wir mit der Abteilung Fresh unserem Wunsch nach Aktualität Ausdruck verleihen – in Form von Kommentaren, Veranstaltungsberichten, Aktionsaufrufen und Gastbeiträgen.

Einige von uns haben an den „*Materialien für einen neuen Antiimperialismus*“ mitgearbeitet, die aus der Zeitschrift „*Autonomie*“ hervorgegangen ist. Viele von uns sind aktiv in aktuellen Kämpfen – ob lokal auf sozialen Kampfbaustellen gegen Verdrängung und für ein anderes Miteinander oder transnational gegen die Krisenlabore dieser Welt. Wie verlorene Kinder leben wir immer noch in unseren unvollendeten Abenteuern – aber wir wollen partout nicht aufgeben. Wir sehen uns in dieser Kontinuität, werden Ansätze mit fortentwickeln und uns weiterhin neben den anderen Teilen der Hydra ins Getümmel für die soziale Revolution stürzen.

the-hydra.world

kontakt: thehydra@riseup.net
pgp-schlüssel auf unserer webseite

Inhalt

- 3 HYDRA – LEBENDIG UND IMMER IN BEWEGUNG
- 4 KRISE, SOZIALER KRIEG, ENTWERTUNG, DEHUMANISIERUNG
- 6 GELD UND TOTSCHLAG - IMPERIALISTISCHE WIRTSCHAFTSTRATEGIEN DER BUNDESREGIERUNG GEGEN AFRIKA
- 10 LASST UNS VON HIER VERSCHWINDEN - AUFSTAND UND AUFBRUCH IM MAGHREB
- 14 EINE NEUE ARABELLION? - NORDAFRIKA ALS SOZIALER RAUM IN DER MITTE EINES KONTINENTÜBERGREIFENDEN KONFLIKTS
- 23 FLUCHTURSACHENBEKÄMPFUNG HÖRT SICH GUT AN...
- 28 SUCHE NACH EINER ANDEREN ZUKUNFT?
- 32 DIGITALER KOLONIALISMUS
- 35 KONTINENT DER KÄMPFE



Hydra – lebendig und immer in Bewegung

Hydra, das ist für uns die Erinnerung an Aufbrüche und Bewegungen der sozialen Revolution in der neueren Geschichte. An die Bewegungen, die von den Kämpfen im England des 17. Jahrhunderts ihren Ausgang nahmen, sich mit den Kämpfen der Sklav*innen in den drei Kontinenten verbanden und sich mit den Unterwerfungsstrategien des aufkommenden Industriekapitalismus konfrontierten. Hydra, das ist für uns die weltweite Bewegung der Bäuer*innen vor allem in Russland und Mexico, die sich als soziale Revolution einer neuen kapitalistischen Offensive zur Unterwerfung der Welt unter das Regime der Massenproduktion im 20. Jahrhundert entgegensetzten und erst in zwei blutigen Weltkriegen zurückgedrängt werden konnten. Hydra, das sind die Bewegungen, die sich erneut den zerstörerischen und vernichtenden Kräften des Kapitalismus entgegenstellen, die die Diktate zur Umgestaltung der globalen Gesellschaft mit Hilfe neuer Technologien in jeden Winkel der Welt zu treiben versuchen. Da sich diese auf jeden Aspekt des Lebens richten, sind Bewegung und Widerstand manchmal gar nicht als solche zu erkennen und müssen mit großer Aufmerksamkeit erspürt werden. So ruft die Steigerung der Produktivität in allen Bereichen von Produktion und Wertschöpfung zugleich eine Entwertung von Arbeit und Leben weltweit hervor.

Dieser Entwertung, gekoppelt an blutige militärische Zerstörung durch neue Eliten, die sich davon eine Steigerung von Macht und Reichtum erwarten, setzen sich vielfältige Prozesse der Selbstbehauptung und Migration entgegen, und zwar in allen Regionen der Welt. So sind die binnenafrikanische Migration und die Migration aus Afrika nach Europa ein Weg, das eigene Überleben und dasjenige der zurückgelassenen Verwandten und Familien zu sichern. Dagegen richtet Europa eine zusammenhängende Zone gewalttätiger Migrationskontrolle ein, die die Grenze zum Genozid bereits überschritten hat. Zugleich rufen die Akteur*innen des europäischen Regi-

mes in ihren Ländern systematisch einen nach außen gerichteten Rassismus auf. Er nährt sich zum Teil aus den Ressentiments der alten Mittelschichten, die sich durch die technologische Offensive ins Abseits gedrängt fühlen.

In diesem wirklich *fabelhaften* Universum entstehen glücklicherweise einige klarsichtige Bewusstseinsformen, Subversions- und Konfrontationsbestrebungen – eine Hydrarchie von Prekären, Ausgestoßenen und Entgrenzten. Ihre Ursprünge, ihr Bewegungsradius und ihr Bewusstsein sind weltumfassend, selbstständig und kreativ. Allianzen werden gewoben, Migrant*innen besetzen Plätze und Gebäude, machen ihre Existenz und ihre Erfahrungen sichtbar, Frauen organisieren sich gemeinsam, um den Wert ihrer Arbeit, ihrer Stimme und ihres Lebens einzufordern. Im größeren Zusammenhang können politische Reformen oder Polizeigewalt politische Eruptionen massiven und überraschenden Ausmaßes zur Folge haben. Große Infrastrukturprojekte bringen mitunter freie Kommunen ebenso wie spürbare Veränderungen in ganzen Gebieten hervor. Gewisse Treffen der Führer dieser Welt enden im Scheitern eines tausende Polizist*innen umfassenden Sicherheitsapparats und der regelrechten Verwüstung hochgerüsteter Metropolen.

Welche Formen nimmt Hydra, welche Formen nehmen sozialrevolutionäre Bewegungen in der Auseinandersetzung mit den neuen Kräften der Zerstörung, Entwertung und des Mordens an? Welche Chancen haben sie? Da es sich um einen historisch neuen Prozess gegeneinander gerichteter Kräfte handelt, der Kräfte der Befreiung und der Kräfte der Unterwerfung, werden wir beide aus dem Geschehen der Konfrontation heraus begreifen müssen. Perspektivischer Ausgangspunkt ist und bleibt für uns im-

mer die Manifestation der Subjekte und ihrer Subjektivität in der Auseinandersetzung mit den Strategien des Kapitalismus. Diese Konfrontation ist es, die auch dem zugrunde liegt, was wir „Krise“ nennen: eine Bewegung der Autonomie und Befreiung, die die Kräfte der Unterwerfung und darum auch der Inwertsetzung und Ausbeutung blockieren. Alle Darstellungen im Rahmen unseres Projekts müssen letztlich auf diese Konfrontation bezogen und aus ihr begriffen werden. Wir können daher nicht den Anspruch erheben, thematische Komplexe umfassend und abschließend darzustellen. Vielmehr werden wir die Facetten dieses antagonistischen Sozialprozesses beleuchten.

Wir beginnen das erste Heft unseres Projekts mit dem Blick auf Migrationsprozesse in und aus Afrika und ihren Hintergründen sowie der sozialen Situation in Nordafrika und im Nahen Osten als Ausdruck der Entwertung von Arbeit und Lebenszusammenhängen. Es folgt die Darstellung der mörderischen Gegenstrategien aus der EU in der Errichtung eines „cordon sanitaire“ militarisierter Sozial-, Migrations- und Investitionspolitik, der zugleich auf eine neue Welle der Durchdringung und Inwertsetzung Afrikas abzielt. Wir fokussieren Zonen mörderischer, ja bereits völkermörderischer Politik in und an den Rändern dieses Cordons. Hier beleuchten wir eine osmotische Stelle der Regulation des Migrationsprozesses in der Ägäis und die Transformation der Migrationspolitik auf dem Balkan nach der Zerstörung der Balkanroute. Wir versuchen Äußerungsformen der sozialen Revolution zu erspüren, die die Migrant*innen aus ihren afrikanischen Gesellschaften in die Auseinandersetzung im Cordon hineinragen. Wir behandeln die Frage: Ist Migration als

solche sozialrevolutionär? Wir werfen auch einen Blick auf die Vision und Einfluss von Technologiegiganten auf das soziale Netz und die unternehmerische Welt Afrikas – eine Entwicklung, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sich weiter zuspitzen wird. Entgegen der Ausrufung des neuen Start-Up-Himmels in Afrika beschäftigen wir uns mit den Widerstandspotentialen des Afrofuturismus, einer künstlerisch-politischen Bewegung, die diese Unterdrückung thematisiert und deren Einflüsse es bis in die Popkultur geschafft haben. Schließlich versuchen wir den Beginn einer Auseinandersetzung darüber, wozu diese Situation eine sozialrevolutionär orientierte Linke im Herzen der Bestie herausfordert.

Unser Magazin ist ein Versuch, neben vielen anderen Projekten, die Kämpfe des 21. Jahrhunderts zu begleiten, sichtbar zu machen und – hoffentlich – das eine oder andere Mal mit zu befeuern. Neben Dossiers zu einzelnen Schwerpunkten, die unregelmäßig erscheinen sollen, möchten wir mit der Abteilung Fresh unserem Wunsch nach Aktualität Ausdruck verleihen – in Form von Kommentaren, Veranstaltungsberichten, Aktionsaufrufen und Gastbeiträgen. Einige von uns haben an den „Materialien für einen neuen Antiimperialismus“ mitgearbeitet, die aus der Zeitschrift „Autonomie“ hervorgegangen ist. Viele von uns sind aktiv in aktuellen Kämpfen – ob lokal auf sozialen Kampfbaustellen gegen Verdrängung und für ein anderes Miteinander oder transnational gegen die Krisenlabore dieser Welt. Wie verlorene Kinder leben wir immer noch in unseren unvollendeten Abenteuern – aber wir wollen partout nicht aufgeben. Wir sehen uns in dieser Kontinuität, werden Ansätze mit fortentwickeln und uns weiterhin neben den anderen Teilen der Hydra ins Getümmel für die soziale Revolution stürzen.

Krise, sozialer Krieg, Entwertung, Dehumanisierung

1. Es hat auf den ersten Blick derzeit nicht den Anschein, als ob sich die Weltwirtschaft wieder einem Zusammenbruch nähern könnte. Immerhin wächst die Wirtschaft der Metropolen. Jedenfalls bis jetzt und vielleicht noch länger. Denn ihre Wirtschaft brummt, weil die weltweite Nachfrage vor allem nach Konsum-, weniger nach Investitionsgütern, bisher nicht nachgelassen hat.

Aber der Schein ist trügerisch. Denn die Nachfrage wird weniger aus erarbeiteten Werten gefüttert als aus den Quellen einer unablässig ansteigenden Verschuldung. Verschuldung von privaten Haushalten, Unternehmen, Staaten. Der Gesamtschuldenpegel hat seit der großen

Finanzkrise 2008 um drei Viertel zugenommen. Von 97 Billionen (amerikanisch: Trillionen, 1 Trillion sind 1000 Milliarden) Dollar auf 169 Billionen im Jahre 2017 (laut IWF-Global-Debt-Data-Base sogar 184 Billionen). Das sind die Zahlen aus dem McKinsey-Global-Institute (MGI), die es in einem Papier vom Juni 2018 nochmal in seine einzelnen Bestandteile aufgeschlüsselt hat. Diese Entwicklung nimmt inzwischen ein wachsender Chor hochrangiger Beobachter zum Anlass für die Warnungen vor einem neuen Crash. So wie der IWF auf seiner Herbsttagung 2018. So wie zur selben Zeit die UN Konferenz für Handel und Entwicklung. Oder die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die internatio-

nale Bank der nationalen Zentralbanken, aus der schon vor 2007 wegen der Kredit- bzw. Schuldenblase massive Warnungen vor dem damals bevorstehenden Crash gekommen waren. Aus ihm suchten die Zentralbanken der Welt den Ausweg in neuen Wellen der Verschuldung. Sie wurde unter anderem aus regelrecht abenteuerlichen Techniken wie QE (Quantitative Easing, d.h., die Injektion von Liquidität in die Finanzmärkte durch Ankauf von Staats- und Unternehmensschuldtiteln) gespeist.

Die Erwartungen der Kreditgeber, dass private Haushalte, Unternehmen und Staaten Schuld- und Zinsforderungen werden bedienen können, verschlechtern sich derzeit zusehends. Kredite werden faul, Anleihen wertlos. Damit verfällt auch die Möglichkeit weiterer Verschuldung, die von Schulden getragene Nachfrage beginnt einzubrechen. Die aus Kreditblasen genährte Akkumulationsdynamik nähert sich dem Absturz in die Überakkumulation, d.h., in die Überproduktion von Produktionsmitteln und damit zugleich in die Überproduktion von Konsumgütern, mit der Folge von Firmenzusammenbrüchen und zunehmender Arbeitslosigkeit.

2. Eine genauere Vorstellung vom Charakter der Krise lässt sich allerdings nur gewinnen, wenn man sie als Krise einer Innovationsoffensive begreift, gefüttert aus Tsunamis der Verschuldung. So wie die Krise um 1859 die Krise der Eisenbahnoffensive war, diejenigen von 1913 und 1929 die Krise der tayloristisch-fordistischen Offensive mit ihrem industriellen Kern im Elektrobereich, so ist die aktuelle Krise diejenige der informationstechnologischen Offensive. Wie ihre historischen Vorgängerinnen zielt der in ihr wirkende technologische Angriff auf die „schöpferische Zerstörung“ (Schumpeter) und Entwertung der jeweils tradierten Formen von Arbeiten und Leben. Zugleich zielt er immer auch auf die Intensivierung des Kommandos über die Quellen des Werts in Arbeit und Gesellschaft und auf die Steigerung der Produktivität und Profitabilität. Die Offensive ist damit nicht nur auf eine weltweit wachsende Nachfrage nach den neuen Gütern und Produktionsmitteln angewiesen. Sie muss zugleich die Widerstände und aus den alten Arbeits-, Lebensformen und mentalen Einstellungen wirkenden Resistenzen überwinden, die sich zu manifestem Widerstand intensivieren können. Sie können sich auch gegen die technologische Arbeitslosigkeit richten, die – wie schon im fordistischen Zyklus – mit der Innovationsoffensive einhergeht. Widerstand und Resistenzen haben einen wesentlichen Anteil an der Krise. Krise bedeutet also immer auch die daraus resultierende Blockierung der Offensive.

Die Heftigkeit der gegenwärtigen der Krisendynamik lässt sich schon daraus ablesen, mit welcher Wucht die Innovationsoffensive entfesselt wurde. Die amerikanische Zentralbank (Fed) versorgte sie

ab Mitte der 1990er Jahre durch ein sehr niedriges Zinsniveau mit Liquidität. Es wurde auch nach dem ersten Absturz im Jahre 2000 weiterhin niedrig gehalten, um die sogenannte „Subprime-Blase“ zu ermöglichen. In ihr wurde das Kreditvolumen durch Hypotheken binnen kurzem so massiv aufgebläht, dass die Blase 2008 platzte mit dem Resultat des globalwirtschaftlichen Zusammenbruchs. Durch beide Blasen wurden Investitionen in den IT-Bereich zusammen mit der entsprechenden Nachfrage derart heftig hochgetrieben, dass der Absicht der Fed entsprechend die amerikanischen IT-Giganten sich nicht nur uneinholbar zur neuen globalen Macht hochtürmten. Zugleich wurde die zuvor bedrohte amerikanische Hegemonie wiederhergestellt und befestigt. Nach dem Crash wurde die Innovationsoffensive durch neue Kreditwellen wiederaufgenommen und in die aktuelle Krisenentwicklung hineingetrieben.

3. Wann und wie die Krise sich von der Schuldenseite her zuspitzen wird, ist noch nicht ausgemacht. Die Kredit-spielräume sind, seit der Goldstandard aufgegeben wurde und die Begrenztheit des Zahlungsmittels nicht mehr als Verschuldungsbremse wirkt, sehr elastisch geworden. Sie können sicher noch in Maßen erweitert werden und den Zusammenbruch aufschieben. Aber die Symptome sind unübersehbar. Schwellenländer mit hoher externer und interner Verschuldung wie Brasilien, Argentinien, die Türkei, Ägypten, ja der ganze Maghreb, Südafrika, China und andere sind enorm unter Druck, umso mehr, als das Zinsniveau in den USA weiter steigt. Der aktuelle Handelskrieg, Wettbewerbsabwertungen und Zollkonflikte spiegeln die Verengungen der Absatzmöglichkeiten wider.

Es ist uns klar, dass die hier zugrunde gelegte Krisenvorstellung nicht die gesamte Breite des Zusammenhangs von Innovationsoffensive und sozialer Zerstörung behandelt. Insbesondere auch nicht den Ausdruck, den sie etwa in der sogenannten Klimakatastrophe, Wohnungskrise, Insektenkrise („katastrophischer Kollaps des natürlichen Ökosystems“), der Gesundheitskrise (etwa durch den Siegeszug der resistenten Keime – Hancock: „schlimmer als der Klimawandel“) gefunden hat. Wir können sie hier nicht behandeln und auch nicht diskutieren, wie sie zusammengelesen werden können. Wir werden in den kommenden Ausgaben darauf zurückkommen.

Kann der Zusammenbruch abgewendet werden? Dazu wäre das Aufkommen von gigantischen Wertmassen erforderlich, die die Quellen „fiktiver“, kreditgeschöpfter Wertmengen ersetzen und die darüberhinausgehenden Erwartungen aufgrund erweiterter

t e r t e r

Produktion befriedigt. Sie müssten aus Neuunterwerfung von Arbeit, aus neuer und gesteigerter Inwertsetzung von Arbeit generiert werden, um als Nachfrage wirken zu können. Arbeit, Wert und Waren, die aus Milliarden Menschen neu herausgepresst werden müssten. Die sozialen Auseinandersetzungen, die damit verbunden wären, die also aus der Innovationsoffensive und ihrer Krise resultierten, sind sehr komplex.

Schon die Innovationsoffensive hat im Weltmaßstab, vor allem aber in den afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Peripherien zu einer Entwertung tradierter Arbeitsformen und der damit verbundenen Lebensformen geführt, verbunden mit den Begleiterscheinungen der Dehumanisierung. Hunderte Millionen werden in den Status der Überflüssigkeit versetzt. Hunderte Millionen sind nicht mehr in der Lage, für ihren täglichen Lebensunterhalt zu sorgen. Hunderte Millionen machen sich auf die Flucht in andere Regionen, Länder, Kontinente. Viele auch in die Zentren des Angriffs, um sich dort zu holen, was ihnen zusteht. Es ist dieses grundsätzliche Spannungsverhältnis zwischen Metropolen und Peripherien, über das wir nachdenken müssen, wenn wir uns mit den Forderungen der Geflüchteten nach einem menschenwürdigen Leben beschäftigen. Wenn sie ihre Vorstellungen von Gerechtigkeit, ihr Beharren auf Menschenwürde mit der steigenden Aggressivität aus den Metropolen ihnen gegenüber konfrontieren.

Die Konfrontation wird an Erbitterung zunehmen, je mehr die Krise die Lebens- und Überlebensbedingungen weiter in Frage stellt. Zugleich wird sich die Krise damit

in den Metropolen weiter verschärfen. Wir kennen dieses Bild aus der Zeit um den Zusammenbruch von 1929. Aufstände in den Peripherien, vor allem in Lateinamerika und Asien antworteten auf die Entwertung der Lebensbedingungen und verschärfen damit zugleich die Krise in den Metropolen. Die Reaktion aus den Zentren der infrage gestellten Innovationsoffensive war äußerst gewaltsam. Vor allem Japan und Nazi-Deutschland griffen mit barbarischen Strategien sozialer Zerstörung und Zurichtung in die Gesellschaften ihrer Peripherien, um Menschen massenhaft in Wert zu setzen und die Krise zu überwinden.

Die Verzögerungen in der Zuspitzung der Krise bringen es mit sich, dass die Konturen des Antagonismus von Resistenzen bzw. Widerstand und Inwertsetzungsangriffen noch nicht deutlich zu erkennen sind. Uns interessiert hier vor allem der Raum, der von Europa über den Nahen Osten nach Afrika reicht. Die innerafrikanischen und über den Maghreb bis nach Europa reichenden Migrationsbewegungen gehören in ihrer Reaktion auf die mit dem Innovationsangriff verbundenen Entwertungen und Zerstörungen zu den Formen des Widerstands. Sie tragen Vorstellungen von einer gerechten Welt, letztlich auch aus der „moralischen Ökonomie“ der Dorfgemeinschaften mit sich und bis in die Metropolen. Die Arabellion zielte nicht nur auf Befreiung vom diktatorischen Joch, sondern auch auf ein besseres Leben. Trotz ihres Scheiterns sind ihre Quellen nicht versiegt. Symptom sind auch die islamistischen Bewegungen, deren Eliten den Unmut für sich zu nutzen versuchen. Die europäische Politik beginnt in ihrer Afrikapolitik, die Abwehr und Eindämmung der Migrationsbewegungen mit Inwertsetzungsstrategien zu verknüpfen. Ihre Konturen werden in dieser Ausgabe behandelt.

Geld und Totschlag

Imperialistische Wirtschaftstrategien der Bundesregierung gegen Afrika

I wanna go to Africa to the black jah rastaman, to the black culture (Nina Hagen 1979)

„Er ist verrückt“, twittert ein Nigerianer, „er sollte sich schämen“, ist eine Meinung aus Uganda. „Ist das ein kranker Witz?“, fragt Exminister Gyude Moore aus Liberia. „Rassismus läuft durch sein Blut und Hirn“, meint Kommentator Tom Ndahiro aus Ruanda. Die Rede ist vom Afrika-Clown der deutschen Bundesregierung, Günter Nooke. Er hatte in einem von rassistischen Klischees strotzenden Interview mit der Berliner Boulevardzeitung B.Z. vorge-

schlagen, dass Europäer in Afrika Städte bauen, die ähnlich funktionieren sollen wie Sonderwirtschaftszonen. Dorthin sollten die im Mittelmeer geretteten Migrant*innen deportiert werden, dort können sie dann Sicherheit, Ausbildung und Arbeit finden. „Vielleicht ist der eine oder andere afrikanische Regierungschef bereit, gegen eine Pacht ein Stück territoriale Hoheit abzugeben und dort für 50 Jahre eine freie Entwicklung zuzulassen. Dort könnten in Wirtschaftssonderzonen Migranten angesiedelt werden, unterstützt von der Weltbank oder der EU oder einzelnen Staaten. Der Grundgedanke ist, dass da-

raus Wachstum und Wohlstand entsteht,“ schwadroniert er vor sich hin, nachdem er festgestellt hatte, dass die Segnungen des Kolonialismus dazu beigetragen haben, „den Kontinent aus archaischen Strukturen zu lösen“. An diesem Vorbild orientiert er sich offensichtlich!

Dass es in Afrika Gebiete geben sollte, in denen besonders leicht investiert werden kann, ist ein beliebter Wunsch vieler Kapitalisten. Das BMZ entwickelt nach eigenen Angaben bereits 15 Sonderwirtschaftszonen, Industrieparks und Cluster mit je 30.000 – 70.000 Arbeitsplätzen in fünf Jahren. Aber bislang schien nicht vorgesehen, dass die Arbeitskräfte (direkt aus dem Mittelmeer) dorthin deportiert werden sollen.

Der Aufschrei der Kritik war groß, Aber weniger beachtet wurde, dass Nooke in dem B.Z. Interview die neuen Basics der Deutschen Entwicklungshilfe wiederholt: Lange Zeit habe die Bundesregierung zu wenig auf wirtschaftliche Entwicklung gesetzt und zu viel im Hilfsmodus gedacht. Es fehle in Afrika an ausgebildeten Arbeiter*innen und Infrastruktur. Das Steueraufkommen und somit die Staatseinnahmen seien zu gering („Die ganzen Straßenhändler und landwirtschaftlichen Familienbetriebe zahlen ja keine Steuern. Das ist in Afrika das Normale, der informelle Sektor beträgt 80 bis 90 Prozent“). Wenn die Bundesregierung deutsche Investoren „da hinbringen will“, braucht es Rechtssicherheit für die Investoren, Anreize und Absicherungen durch die Bundesregierung oder die EU. Und das ganze unter dem Mantra: Fluchtursachenbekämpfung, Fluchtursachenbekämpfung und Fluchtursachenbekämpfung! Mit anderen Worten: das Hauptproblem Afrikas seien nicht Kriege, Ausbeutung, Ausplünderung und ökologische Zerstörung, sondern ein zu wenig an Kapitalismus.

Die Bundesregierung hat sich in den vergangenen Jahren mit zahlreichen Plänen und Initiativen an der Entwicklung kapitalistischer Strategien gegen Afrika beteiligt. Grundannahme ist, dass wirtschaftliche Entwicklung die Armut reduziere. Dass das Gegenteil in der Praxis der Fall ist – Pech für einige, Glück für andere. In Kenia wuchs z.B. die Wirtschaft zwischen 2000 und 2017 extrem, das BIP verfünffachte sich. Gleichzeitig nahm die Zahl der Armen um 10% zu. Die Idee der „Fluchtursachenbekämpfung“ ist ein kontinuierlicher Inhalt aller dieser Initiativen, obwohl keinerlei Initiativen der Bundesregierung bekannt sind, wirksam Vertreibungen zu verhindern, indem z.B. der „entfesselte Kapitalismus“ in Afrika „eingehegt“ wird, wie Thomas Gebauer von der Hilfsorganisation „Medico international“ das ausdrückt.

Unter anderem veröffentlichte die Bundesregierung 2014 Afrikapolitische Leitlinien, und anlässlich der G20-Kon-

ferenz 2017 in Hamburg kamen direkt drei Ministerien mit umfangreichen Konzeptpapieren aus der Versenkung: dem vom Bundesfinanzministerium koordinierten „Compact with Africa“, dem vom BMZ beförderten „Marshallplan mit Afrika“ 2017 und der vom Bundeswirtschaftsministerium ins Leben gerufenen Initiative „Pro! Afrika“ 2017. Aus heutiger Sicht scheint es so, dass während der „Compact“ konkrete Projekte anschiebt, der „Marshallplan“ eher so etwas ist wie ein Konzeptpapier, das im Duktus der „Entwicklungshilfewelt“ versucht, Unternehmen und NGOs für eine neue Entwicklungspolitik ins Boot zu holen. Dass Olaf Bernau in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ schreibt, der Marshallplan enthalte ungleich mehr Potential als der Compact, Armut tatsächlich zu bekämpfen, ist einerseits Quatsch, andererseits ein Beleg dafür, dass der „Duktus der Entwicklungshilfewelt“ auch bei kritischen Geistern funktioniert. Bernau gefällt zum Beispiel, dass dort von „Wertschöpfung statt Ausbeutung“ die Rede ist – als ob das nicht faktisch dasselbe ist! Die Initiative „Pro! Afrika“ 2017 der damaligen Wirtschaftsministerin Zypries (SPD) ist völlig in der Versenkung verschwunden, und es wirkt so, als ob deren Daseinsberechtigung einzig und allein darin bestand, dass die SPD zum G20 auch was zu kammellen hatte.

Das Neue und Zentrale am Marshallplan (das Bernau und auch andere überhaupt nicht thematisieren) ist in Kapitel 2.3 versteckt: Das BMZ propagiert dort „Finanzierung in einer neuen Dimension“. Diese neue Dimension umfasst für sie drei Punkte:

1. „Mobilisierung von eigenen Finanzmitteln in den afrikanischen Staaten und Stärkung der Eigenleistungsfähigkeiten“: Damit meinen sie, dass die Regierungen in Afrika despotischer bei der Gebühren- und Steuereintreibung gegen die Armen Leute vorgehen müssen. Das ist in Afrika einer der wichtigsten Konfliktpunkte seit den Anfängen der Kolonialisierung. Dass es bis heute eine „effiziente“ Besteuerung der Armen in Afrika nur in Ansätzen gibt, ist die Folge von stetigen Kämpfen und Resistenzen.
2. „Stärkung privater Investitionen und Mobilisierung privaten Kapitals mit neuen Förderinstrumenten und Anlageprodukten“: Damit meinen sie, dass für die Kapitalisierung des afrikanischen Marktes, für die „Entfesselung einer afrikanischen industriellen Revolution“ (McKinsey) ungeheure Finanzmittel nötig sind, die durch Investitionen, Fonds und Kredite aufgebracht werden sollen. Diese Finanzmittel brauchen ein investitionsfreundliches Klima. Wenn sie mit öffentlichen Geldern und Maßnahmen unterstützt werden, soziale und ökologische Rechte keine

Rolle spielen und ihnen „Rechtssicherheit“ gewährt wird, fließen sie umso lieber.

3. „Einsatz von ODA-Mitteln zur Hebelung privater Investitionen“: Entwicklungshilfe soll darauf beschränkt werden, Investitionen zu hebeln, d.h., sie zu unterstützen. In nicht profitable Bereiche sollen also keine staatlichen Entwicklungshilfegelder mehr fließen. Das ist schon ein krasser Paradigmenwechsel. Die Kritik am Marshallplan hat die Ebene entwicklungshilfepolitischer Prosa bislang noch nicht verlassen: Venro und Misereor stimmen der „Analyse der Probleme“ in vielen Teilen zu. Venro kritisiert, dass der Plan zu unkonkret sei, weil konkrete Vorschläge fehlen Misereor mäkelte, dass die Zivilbevölkerung nicht genügend eingebunden wird. TAZ-Redakteurin Eva Oer bemängelt, dass, wenn für Unternehmen zusätzliche Sicherheiten geschaffen werden, diese auch mehr Pflichten übernehmen müssten. Der Charakter der ministeriellen Kriegserklärung an die arme und kämpfende Bevölkerung Afrikas wird so vertuscht.

Seit Januar 2017 hat die Bundesregierung rund 15 Investoren-Konferenzen in und für afrikanische Compact-Länder organisiert. Bislang haben drei Staaten – Tunesien, Ghana, Cote d'Ivoire – den Status eines „Reformpartners“, drei weitere – Senegal, Äthiopien und Marokko – gelten als Anwärter. Im Mai 2018 stellte Minister Müller einen Fünf-Punkte-Plan für die Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und Afrika vor, in dem er die Förderung von Privatinvestitionen, die Erhöhung der Eigeneinnahmen der afrikanischen Staaten durch konsequenten Steuervollzug, einen Haushaltsschwerpunkt zur Stärkung der EU-Afrika-Partnerschaft, eine Neugestaltung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und Afrika zugunsten der afrikanischen Wirtschaftsentwicklung sowie die Einrichtung eines ständigen EU-Afrika-Rates vorschlug. Wir sollten dabei nicht vergessen, dass parallel dazu die Bundeswehr Entwicklungshilfe leistet, indem sie potentielle Mörder (sogenannte Soldaten) ausbildet, in Mali alleine bislang über 12.000.

Wenige Wochen nach der Veröffentlichung von Nookes Interviews lud seine Chefin Merkel Ende Oktober 2017 elf Staats- und Regierungschefs aus Afrika zur „Konferenz zum G20 Compact with Africa“ nach Berlin, um die „Investitionsfreude in Afrika zu befeuern“. Auch hier waren die von Nooke angesprochenen Punkte Thema: Merkel betonte, dass die klassische Entwicklungshilfe nicht die Erfolge erbracht habe, die sie sich gewünscht habe. Jetzt ginge es um die Frage, wie man von „staatlicher Hilfe hin zu privaten Investitionen kommen könne“. Gleichzeitig stellte sie einen neuen Entwicklungs-Investitionsfond in Höhe von einer Milliarde Euro vor. Daraus sollen im Laufe der nächsten drei Jahre deutsche Firmen

unterstützt werden, um deren Markteintritt zu erleichtern. Bis zu vier Millionen Euro können sie für Investments in Afrika bekommen, die Hälfte als Zuschuss, die andere Hälfte als günstiges Darlehen. Zudem sollen Exporteure gegen politische Risiken und Zahlungsausfälle abgesichert werden.

„Reformpartner“ müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen, vor allem müssen sie die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Investitionen verbessern. Auch sollte die Menschenrechtsbilanz nicht allzu offensichtlich katastrophal ausfallen. Ägypten hat deswegen bislang keine Chance, als „Reformpartner“ anerkannt zu werden. Das heißt nicht, dass das Land nicht auch gefördert wird, seit 2016 stellte die Bundesregierung rund 330 Mio. € für das Land bereit. Aber eben im Rahmen einer „erweiterten Partnerschaft“ und nicht im Rahmen einer „Reformpartnerschaft“. Denn „Ägypten sichert Seegrenzen exzellent, es gibt de facto keine Migration aus Ägypten nach Europa, obwohl in Ägypten viele Flüchtlinge leben,“ lobte Merkel. Das ist ihr „hohe Anerkennung wert“, und so unterstützt die Bundesregierung die Militärdiktatur jetzt zusätzlich mit einem ungebundenen Kredit in Höhe von 500 Millionen €. Auf der Konferenz präsentierte Ägyptens Diktator Al-Sisi („eine beeindruckende Persönlichkeit“, findet Sigmar Gabriel) gemeinsam mit Siemens Chef Kaeser ein Gasturbinenkraftwerk als Leuchtturmprojekt. Auch Togos Präsident Faure Gnassingbé, dessen Familie das kleine Land seit fünfzig Jahren regiert und ausplündert, und der seit Mitte 2017 versucht, eine breite und bis heute aktive Protestbewegung mit bisweilen tödlichen Repressionsmaßnahmen zu unterdrücken, wurde mit einem 65-Megawatt-Gaskraftwerk und einem Recycling System bedacht.

Eine Woche vor der „Konferenz zum G20 Compact with Africa“ stellte die Bundeszentrale für politische Bildung ihre Monatliche Beilage zu der Wochenzeitung „Das Parlament“ Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) unter das Thema: „Entwicklung in Afrika“. Offensichtlich der Versuch, die kritische Öffentlichkeit in den aktuellen Afrika-Diskurs der Bundesregierung einzubinden. Rainer Thiel, Professor am Institut für Weltwirtschaft an der Uni Kiel, schraubte in einem Interview über private Investitionen, wirtschaftliche Entwicklung, Armuts- und Fluchtursachenbekämpfung erstmal die Erwartungen runter. Entwicklungshilfe sei nur ein kleiner Teil dessen, was Migration beeinflussen könne. Der Compact sei nicht falsch, es fehlten nur ein paar Komponenten. Trotzdem drückt er die Hoffnung aus, „dass es durch den Compact greifbare Verbesserungen gibt“. Fatai Mutondoro, Programmleiter bei Transparency International Zimbabwe, beschäftigt sich mit den Aussichten der afrikanischen Wirtschaft „zwischen Afro-Optimismus und Afro-Pessimismus“. Er beschreibt die Ambivalenz der afrikanischen Wirtschaft zwischen Wirtschaftswachstum und Armut,



lobt die Entwicklungshilfe als äußerst wichtiges Finanzierungsmodell für Afrikas gesellschaftspolitisches und wirtschaftliches Wachstum und betont, dass es die Verantwortung der afrikanischen Bürger*innen ist, sich bislang nicht entschieden genug der ausufernden Korruption und den illegalen Finanzströmen entgegen gestellt haben. Benjamin Schraven, Julia Reiniger und Eva Dick, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn, versuchen zu klären, ob Entwicklungshilfe Fluchtursachen wirksam bekämpfen könne. Zunächst stellen sie fest, dass mehr Entwicklungshilfe nicht etwa bei weniger, sondern bei mehr Menschen zum Wunsch nach Migration führt. Sie sprechen hier aber nicht von Vertreibungen armer Leute als Folge von Projekten. Auch betonen sie, dass Migration durch Rücküberweisungen einen positiven Einfluss auf Entwicklungsprozesse haben könne. Im Ergebnis schließen sie, dass Entwicklung und Migration einander bedingen und fordern, dass einerseits die Reduktion von unfreiwilligen Migrationsbewegungen stärker in den Blick genommen werden und andererseits eine Debatte über reguläre Migration (die es nicht gibt, d.h. die Debatte schon, aber keine reguläre Migration von Afrika nach Europa) geführt werden müsse. Markus Kaplan, Christoph Hartmann, Magdalena Orth und Kisten Vorwerk, Mitarbeiter*innen des Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEVal) in Bonn, fragen nach der „Zukunft vom Privatunternehmen in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ)“. Das DEVal ist maßgeblich am develoPPP.de-Programm des BMZ beteiligt. Das ist das größte Programm des BMZ zur „Förderung von gemeinsamen Projekten zwischen EZ und Privatwirt-

schaft“. Trotz vieler praktischer Widrigkeiten sehen die Autor*innen eine Zukunft für die „Partnerschaft“ zwischen Privatunternehmen und Entwicklungszusammenarbeit. „Die Einbindung von privaten Unternehmen in die EZ kann dazu beitragen, entwicklungspolitische Ziele schneller und besser zu erreichen“. Frank Bliss, Mitinhaber des entwicklungspolitischen Beratungsbüros Bliss & Gaesing – Associated Consultants, Professor für Entwicklungsethnologie an der Universität Hamburg und Senior Research Fellow am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg/ Essen, fordert, in Subsahara-Afrika die wirtschaftliche Entwicklung „von unten“ zu fördern. Als Ursache für ländliche Armut in Subsahara-Afrika sieht er vor allem die geringe Produktivität der Böden – und nicht etwa Landgrabbing, Vertreibungen, Kriege, Klimawandel! Als Lösungsweg sieht er deswegen an erster Stelle die Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit. Im urbanen Raum kritisiert er vor allem die „Ausplünderung des formellen Sektors“ durch den Staat, der eine Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivität behindere und den informellen Sektor fördere. „Im urbanen Bereich könnte der Weg aus der Armut über eine Erhöhung der Einkommen für Arbeit im informellen Sektor führen. Daneben ist eine deutliche Reduzierung der Unterbeschäftigung notwendig – zwar ist kaum jemand „arbeitslos“, aber die jeweilige Tätigkeit beziehungsweise das daraus erzielte Einkommen reicht oft nicht aus, um eine Familie zu ernähren“.

Zum Abschluss fordert Rainer Griess, ehemaliger Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, den kolonialen Blick zu überwinden. Ein differenzierteres Bild von Afrika sollte möglichst weitgehend und entsprechend der Vielfalt des Kontinentes die Lebenswirklichkeit, den Alltag der Menschen wie auch die Beziehungen von Deutschland und Europa mit den Ländern und Gesellschaften Afrikas widerspiegeln. Da den Medien bei der Prägung des Afrikabildes in Deutschland eine Schlüsselrolle zufalle, fordert er einerseits mehr Beiträge darüber, wie Afrikanerinnen und Afrikaner jenseits von Katastrophenmeldungen leben und ihren Alltag bewältigen, und andererseits, mehr afrikanische Journalistinnen und Journalisten in die Berichterstattung einzubeziehen. Auch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die Geflüchtete oder Migrantinnen und Migranten unterstützen, könnten einen Austausch mit der Nachbarschaft anstoßen.

Alle fünf Beiträge sind auf der Höhe der Zeit (was bei APuZ Standard ist) und geben sich mehr oder weniger kritisch. Schwierigkeiten werden offen angesprochen. Aber keiner greift die imperialistische Ausbeutungs- und Hungerpolitik direkt an – was wir bei einer regierungsamtlichen Publikation wohl auch kaum erwarten dürfen. Aber es wird offensiv versucht, auf Kritik einzugehen und Kritiker*innen einzubinden.

Doch der Eindruck bleibt, dass die neue Entwicklungspolitik vor allem Konzerne für Investitionen gewinnen will – zusammen mit „reformorientierten“, liberalen afrikanischen Partnern, die sich offen für diese Investoren und ihre Investitionspläne zeigen.

Da für die deutschen Konzerne Afrika angesichts der immer noch virulenten Resistenzen keineswegs als Chancenkontinent wahrgenommen wird, droht laut Minister Müller, dass China und Russland „Europa“ in Afrika abhängen können: „Sie investieren massiv und sichern sich knappe Rohstoffe wie Coltan und Lithium für die Digital- und Elektroindustrie. Europa ist gerade dabei, Afrika als Jahrhundertchance zu verpassen.“

Wesentlicher aber ist, was der ganze Diskurs verdeckt: Die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit bewirkt in Afrika mehr brutale Vertreibung, mehr Völkermorde, mehr Kriege und mehr Zurichtungen, die alles ausrotten sollen, was es an ehemals solidarischen Beziehungen in den noch nicht dem Kapital vollkommen unterworfenen Gesellschaften gab! So bleiben Investitionen in die Landwirtschaft (Landgrabbing), die Kommodifizierung von Gesund- und Bildungssystemen, der Auf- und Ausbau von Überwachungstechnologien, Militär- und Polizeiausbildung zur Förderung der Repression und Verhinderung von Migration Schwerpunkt deutscher „Entwicklungszusammenarbeit.“

Lasst uns von hier verschwinden

Aufstand und Aufbruch im Maghreb

Die Revolution von 2011 hat nichts gebracht, es ist seitdem sogar noch schlimmer geworden. Ihr Verlauf hat nur gezeigt, dass wirkliche Veränderungen nicht möglich sind, dass dieselben oder andere Eliten sich wieder die Macht sichern, dass die Menschen nicht weit genug gegangen sind und demokratische Wahlen einen wirklichen Umbruch verhindert haben. Dass es keine echten Perspektiven für ein gutes Leben in Tunesien gibt. Sieben Jahre nach der Arabellion sind 35% der Jugend in Tunesien arbeitslos, in Marokko oder Algerien sieht es diesbezüglich nicht besser aus. Im Süden, auf dem Land oder in den Vororten Tunesiens hat sowieso niemand eine Chance. Selbst mit Uni-Abschluss kann man es vergessen. Vor allem junge Männer schmeißen früher oder später die Schule hin, man kann damit eh nichts anfangen. Nichtstun, rumhängen, Drogen, und als Alternative zum IS.

Oder nach Europa. Die Männer aus Tunesien und Marokko, die derzeit die Boote nach Europa besteigen, sind jung und oft noch Teenager. Sie waren während der Revolution 2011 noch Kinder und erinnern sich teilweise nicht einmal an diese Zeit. Ihre Eltern arbeiten sich tot für einen Hungerlohn, für die Kids gibt es nichts zu tun, nichts zu essen, es gibt für sie keine Hoffnung mehr auf Veränderung.

Seit 2017 nehmen die Überfahrten von Menschen aus dem Maghreb, aus Algerien, Tunesien und Marokko, wieder deutlich zu. Mit kleinen Booten „machen sie nach Europa rüber“: Von Marokko nach Spanien, von Tunesien nach Sizilien, Lampedusa und Sardinien. In Italien machen die Ankommenden aus Tunesien nach denen aus Eritrea inzwischen die zweitgrößte Gruppe aus. 5.700 Tunesier*innen haben im vergangenen Jahr laut Regie-



nung versucht, über den Seeweg nach Italien zu gelangen. Aktuell bricht vor allem die Zahl der Überfahrten von Marokko nach Spanien alle Rekorde, sie haben sich im Vergleich zum vergangenen Jahr verdreifacht. Die Ankünfte von 1.000 Menschen in Spanien an einem einzigen Wochenende werden in den kommenden Monaten keine Einzelfälle bleiben. Marokko hat nach eigenen Angaben bis Ende August 54.000 Menschen von der Flucht nach Europa abgehalten. In Spanien stellt der Maghreb mit Marokko und Algerien als Herkunftsländer inzwischen die Hälfte aller Ankommenden, die andere Hälfte stammt aus den Ländern Subsahara-Afrikas. Letztere sind aufgrund der steigenden rassistischen Verfolgung und staatlichen Repression in Nordafrika sowie der geschlossenen Fluchtrouten über Land und nun auch von Libyen übers Mittelmeer ebenfalls verstärkt über Marokko unterwegs.

In der EU gibt es für Menschen aus dem Maghreb so gut wie keine Chance auf einen Aufenthaltstitel. Algerien, Marokko und Tunesien sollen nach dem Willen der Bundesregierung zudem möglichst bald zu "sicheren Herkunftsstaaten" erklärt werden, um leichter dorthin abzuschicken. Die Ereignisse der Kölner Silvesternacht und der Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz dienten als erste willkommene Anlässe. Das Gesetz sieht die Abfertigung im Eilverfahren vor. Damit steigt der Druck, die generelle Annahme persönlich zu widerlegen, gegen

die Person liege keine "Verfolgungsgefahr" vor. Das heißt perspektivisch dauerhafte Lagerunterbringung und Arbeitsverbot, also der Verbleib in den als „Ankerzentren“ umbenannten Lagern bis zur Abschiebung. Zudem arbeiten Bundesregierung und EU an Rücknahmeabkommen mit den Maghreb-Staaten, um Abschiebungen von Menschen aus Drittstaaten zu vereinfachen. Bilaterale Abkommen gibt es längst: So sollen Volljährige mit tunesischem Pass nach sieben Tagen freiwillig aus Italien verschwinden. Bleiben sie, müssen sie sich ohne Papiere durchschlagen. Tunesien hat allein in diesem Jahr bislang zudem rund 6.000 Menschen von der Überfahrt nach Italien abgehalten.

Die jungen Männer kratzt das alles wenig. Sie leben auf der Straße und schlagen sich von Stadt zu Stadt und von Land zu Land durch. In Deutschland oder anderen Ländern Europas geht es ihnen bis zur Volljährigkeit ziemlich gut. Jedenfalls besser als Zuhause. Mit 200,- € lässt es sich irgendwie überleben, und um mehr geht es ja auch gar nicht. Drogen zu verticken ist für viele Jugendliche eine gute Einnahmequelle. Dass sie täglich von der Polizei von den Plätzen der Stadt verjagt und zurück in die Unterkünfte gebracht werden, ist notwendiges Übel und gehört

zum neuen Leben dazu. Selbst drauf zu sein hilft, das Elend besser zu ertragen, und was mit ihnen dann sein wird, wenn sie 18 Jahre alt werden, ist jetzt doch egal.

TUNESIEN: DIE TOTEN VON KERKENNAH

Vor der gefährlichen Überfahrt haben die jungen Männer in Tunesien keine Angst, sie haben eh nichts zu verlieren. Ob sie auf der Fahrt krepieren oder zuhause, ist gleichgültig. Die tunesische Küstenwache fängt inzwischen fast jede Nacht Boote ab, viele starten vom Süden, von Sfax und von den Kerkennah-Inseln. Mit kleinen Booten geht es dann zu dem größeren Schiff, das vor der Küste ankert. Damit geht es los Richtung Italien. Die tunesische Polizei auf den Kerkennah-Inseln ist seit heftigen Unruhen vor zwei Jahren längst nicht mehr in der Lage, sämtliche Abfahrten zu verhindern.

Allein in der Nacht des 24. Mai 2018 wurden dort 128 Menschen auf einem Boot verhaftet, 103 davon waren junge Tunesier. Das 12 Meter lange Schiff war eigentlich für 30 Personen ausgelegt. Die Insassen wehrten sich zunächst gegen die Einheiten der Küstenwache, wurden dann aber nach Sfax zum Hauptstützpunkt gezwungen. Nur eine Woche später, am 2. Juni, ertranken genau dort über einhundert Menschen: 180 Insassen sollen innerhalb weniger Minuten über Bord gegangen sein, als ihr Holzboot voll Wasser lief, 68 Tote wurden geborgen.

Das vorläufig letzte Unglück hat die Regierung in Bedrängnis gebracht. Ihre Reaktion folgte nach altbewährtem Muster: Einige Köpfe mussten rollen. Der tunesische Innenminister und zahlreiche hohe Sicherheitsbeamte wurden entlassen, und den Schleppern wurde der Kampf angesagt.

Nicht nur in der Stadt El Hamma bei Gabes, aus der sieben der Opfer stammen, kam es zu Demonstrationen. Durch die Straßen der Stadt hallte es, "das Volk will den Fall der Regierung", "das Volk will Ennahdha wieder" oder "Mörder unserer Kinder, Diebe unseres Landes", "Essebsi, deine Zeit ist vorbei!" Auch in Tataouine kam es zu Demonstrationen, bei der vor allem junge Menschen ihre Wut zum Ausdruck brachten und den Sturz der Regierung forderten.

Inzwischen sind die Demonstrationen der Wut in Tunesien wieder verraucht. Die Toten von Kerkennah brachten nicht den Funken zum Entfachen eines neuen Aufstands, den die Wütenden Mitteleuropas so stark für Nordafrika herbeisehnen. Schon 2011 ließen uns die Aufständischen wissen, dass die einzige Hilfe, die sie von uns erwarten, diejenige ist, die Revolution bei uns selbst zu machen.

Doch wird es bei uns nach einem Selbstmord oder Mord jemals eine breite gesellschaftliche Betroffenheit geben – in dem Bewusstsein „es war eine*r von uns“, um unsere Wut wirksam und massenhaft auf die Straßen zu tragen? Für die Tausenden im Mittelmeer Ertrunkenen oder die vielen Opfer rassistischer Morde gilt diese Erkenntnis aller „Seebrücken“ zum Trotz jedenfalls offensichtlich nicht.

MAROKKO: WER KENNT MOUHSIN FIKRI?

Der 31-jährige Fischhändler wurde im Oktober 2016 in der marokkanischen Stadt Al-Hoceima zerquetscht, als er seine von der Polizei konfiszierte und weggeworfene Ware aus einem stehenden Müllauto zurückholen wollte. Dann wurde die Müllpresse wieder angeworfen. Die Menschen auf den Demonstrationen verglichen ihn mit dem Obsthändler Mohamed Bouazizi, der mit seiner Selbstverbrennung die Revolution in Tunesien ausgelöst hatte. Und auch mehr als ein Jahr nach dem Tod Fikris gehen die Menschen im Rif auf die Straße. Die nach dem Tod Fikris entstandene Hirak-Bewegung lebt weiter: Zuletzt protestierten in Rabat am 15. Juli Tausende Menschen, als gegen 53 Aktivist*innen der Bewegung Haftstrafen von bis zu 15 Jahren verhängt wurden. Auch zwei Jahre später ging die Polizei zum Jahrestag wieder mit Gewalt gegen die Protestierenden vor. Der tödliche Unfall zweier Brüder bei Tunnelgrabungen in einer 1998 geschlossenen Kohlemine im Dezember 2017 in der ehemaligen Bergarbeiterstadt Jerada bei Oujda im Nordosten Marokkos führte ebenfalls zu Protesten für ein besseres Leben. Und im Süden Marokkos streckten die Demonstrant*innen im Herbst 2017 leere Wasserkanister und -flaschen in die Höhe. Ihre Wasserrechnungen schwenkten sie als Symbol für die Lage in der Region Zagora. Dort ist das Trinkwasser inzwischen rationiert und lediglich für wenige Stunden pro Tag verfügbar, die Ernte geht zurück. Und nicht nur dort wird der Wassermangel bedrohlich.

König Mohammed VI. und seiner weitverzweigten Entourage gelingt es bislang, jegliche Aufstände durch Repression klein zu halten. Die Jugend, allen voran die jungen Männer, ziehen es daher weiterhin vor, Marokko den Rücken zu kehren: Richtung Europa.

Damit die Jugendlichen gar nicht erst aufbrechen, wird in Marokko Waffengewalt eingesetzt: Am 25. September erschoss die Marine die 19-jährige Studentin Hayat Belkacem aus Tétouan, drei Männer wurden teilweise schwer verletzt. Die vier waren mit 21 weiteren jungen Marokkaner*innen vom Strand von Martil mit einem „Go-Fast“ (Speedboat) in Richtung Spanien aufgebrochen. Die Marine wollte die Reisenden aufhalten; als das Boot trotzdem startete, eröffnete sie das Feuer. Der Hashtag #Quiadonnélordre: Wer gab den Auftrag? ging danach viral

und klagte die Version der Marine an, die angeblich nur Warnschüsse abgegeben hatte.

Vor dem Tod Hayats waren schon tagelang hunderte junger Menschen zu den Stränden im Norden geströmt, nachdem spanische Videos von gelungenen Ankünften in Spanien im Internet die Runde machten. Die marokkanischen Sicherheitskräfte hatten den jungen Marokkaner*innen den Zugang zu den Stränden Nordmarokkos versperrt. Als Antwort darauf demonstrierten hunderte junger Marokkaner*innen in Martil und forderten „l'harga fabor“ – ihr Recht auf freie Überfahrt. <https://youtu.be/ICahwzMzbdM>

Nach dem Tod Hayats trugen die Menschen in vielen Städten ihre Wut auf die Straßen, darunter viele Fußballfans. In Tétouan schallte es „Wir werden dich rächen, Hayat!“ sowie „Wir verzichten auf den marokkanischen Pass!“ und „Viva España“.

Ein Student wurde danach zu zwei Jahren Haft verurteilt, er habe mit seinem Aufruf zum Protest via Facebook angeblich die Nation Marokko beleidigt und zum Aufstand aufgerufen. Weitere Jugendliche sind ebenfalls angeklagt, darunter sind nicht wenige noch minderjährig. Nur zwei Wochen später traf eine Kugel den 16-jährigen Ilyas Amrani an der Schulter. Er befand sich mit 57 anderen unter eine Plane versteckt in einem Boot vor der Küste zwischen Larache und Asilah, als die Marokkanische Marine die jungen Menschen mit Schüssen davon abhielt, nach Europa überzusetzen. Angeblich hatten sie auf den Kapitän des Schiffes gezielt, aber den Jungen getroffen.

Inzwischen ließ Spanien die Speedboats einfach verbieten – vorgeblich, um den Drogenschmuggel zwischen Marokko und Spanien zu unterbinden. Tote verhindert dies nicht: Ende Oktober spülte das Meer 20 Leichen an den Strand Charrana im Osten Marokkos, vier weitere Passagiere konnten einige Fischer noch retten. Die 24 Jugendlichen stammen aus der Umgebung und waren mit einem Schlauchboot nahe der Spanischen Exklave Melilla gestartet.

EUROPA: DAS LEBEN? NICHT MEHR WERT ALS EIN ZIGARETTENSTUMMEL

Vor allem auf den Plätzen im Pariser Stadtteil Goutte d'Or im 18. Arrondissement schlagen seit vielen Monaten auffallend viele junge Marokkaner die Zeit tot. 70.000 € investiert Paris jetzt in eine Offensive, um ihrer habhaft zu werden. Man stürzt sich auf sie mit einer ganzen Meute an Pädagog*innen und mit auf Kinderschutz spezialisierten Vereinen – man will ja nur ihr Bestes. Man steckt

sie in „Unterkunftslösungen“ und Ad-hoc-Aufnahmeeinrichtungen – alles ist vergebens. Sie hauen immer wieder ab. Zurück zu den kleinen lokalen Banden, um für sie weitere Dinger zu drehen, als Gegenleistung gibt es Rivotril-Pillen. Überfälle, Diebstahl, Prostitution, Drogendeals. Sie kommen vor allem über Ceuta und Melilla, über die Zäune oder unentdeckt auf Lkws, weiter per Frachtschiff nach Spanien und ab nach Frankreich.

Nun hat Paris die Zusammenarbeit mit Rabat verstärkt: Mithilfe marokkanischer Beamten sollen jetzt die marokkanischen Jugendlichen identifiziert und ausgewiesen werden: Ebenso wie in Deutschland dürfen unbegleitete Minderjährige nur dann abgeschoben werden, wenn sie im Herkunftsland der Familie oder einer anderen sorgeberechtigten Person übergeben werden können. Bislang scheiterte man an fehlenden Papieren und falschen Altersangaben. Um ihre Identität zu ermitteln, befragen die Beamten die Jugendlichen, doch werden die nötigen Informationen vor allem über die Auswertung ihrer Smartphones beschafft.

Auch in Spanien will man die marokkanischen Beamten einsetzen: In Melilla, der spanischen Exklave auf marokkanischer Seite, wohin es eine Menge der Kids schafft. Auf der anderen Seite des sechs Meter hohen, Stacheldraht bewehrten Zaunes – im an Melilla angrenzenden Ort Beni Ansar – wurden neulich allein an einem Tag 120 Minderjährige aufgegriffen. Diese Razzien als solches sind nichts Besonderes; Marokko bekämpft auf diese Weise im Auftrag Spaniens seit langem die „illegale Migration“. Die Beamten stecken sie daraufhin in Taxis zurück in ihre Heimatstädte. Die Kids, meist um die 15 Jahre alt, stammen aus dem nahe gelegenen Nador und anderen Städten aus dem Südosten Marokkos. Doch wollen sie auf keinen Fall wieder in die Familien oder Unterkünfte, sie bleiben lieber auf der Straße: Die Aufnahmeeinrichtung für Minderjährige in der Kleinstadt Al Aroui 22 km südlich von Nador ist verwaist, die rund 1.000 Jugendlichen auf der Straße verweigern sich der Unterbringung. Auf Druck Spaniens wird die Kommune von Melilla trotzdem für 8 Millionen Euro in Beni Ansar ein weiteres Aufnahmезentrum errichten.

Auch Deutschland plant derzeit in Absprache mit dem marokkanischen Innenminister zwei Aufnahmeeinrichtungen in Marokko. Die Bezeichnung „Jugendheime“ soll verschleiern, um was es eigentlich geht. Da die Kids aufgrund fehlender Papiere nicht identifiziert und ihren Familien zugeführt werden können, will Deutschland den rechtlichen Passus ausnutzen, dass eine Abschiebung dann möglich ist, wenn der Minderjährige „im Rück-

kehrstaat einer
Aufnahmeein-
geeigneten
richtung übergeben wird.“

Die Jugendlichen sind clever genug, um ihren Häschern aus dem Weg zu gehen. Oder sie versuchen es – einmal zurück in Marokko – einfach erneut, und die Reise beginnt von vorn: wieder versteckt in den Fahrgestellen von Lkws oder Bussen oder durch die Kanalisation nach Ceuta oder Melilla gestiegen. Oder per Schlauchboot über die Straße von Gibraltar nach Europa...

MATERIAL IN AUSWAHL:

https://elpais.com/politica/2018/09/25/actualidad/1537901908_484687.html

https://telquel.ma/2018/09/25/lhargafabor-la-ruce-des-candidats-a-lemigration-clandestine-vers-les-pateras-phantom_1611803

https://telquel.ma/2018/09/14/le-phenomene-des-haraga-2-0-ou-lincitation-a-limmigration-clandestine-sur-les-reseaux-sociax-videos_1610308

Trajectoires, Recherche-action sur la situation des mineurs non accompagnés marocains (Avril 2018)

Hayats Begräbnis und Interview mit ihren Eltern (arabisch): <https://youtu.be/VkOLB6ckhx0>

Eine neue Arabellion?

Nordafrika als sozialer Raum in der Mitte eines kontinentübergreifenden Konflikts

„Fast zehn Jahre nach den arabischen Aufständen ist die Wut in den Randgebieten des Maghreb am Kochen. Diese von Unmut geprägten Randzonen, die durch eine lange Geschichte staatlicher Vernachlässigung von vernarbten Wunden gezeichnet und oft mehr als dreimal so arm sind wie die städtischen Gebiete, werden gerade in Brutstätten der Instabilität transformiert. Verbitterung, Zorn und Frustration gegen die Regierungen, die wahrgenommen werden als zerfressen von Missbrauch und Korruption, stellen eine feuergefährliche Mischung dar, die wohl vor Jahrzehnten gebraut wurde, aber jetzt zum gegenwärtigen Treibhaus der Feindschaft und des Tumults geführt hat.“

Das hört sich an wie aus einem Pamphlet des Widerstands oder eines kritischen Intellektuellen. Es ist das genaue Gegenteil. Es ist der besorgte Kommentar eines kapitalistischen Dienstleisters vom Frühjahr 2018. Er bildet die Einleitung zu einem ebenso nüchternen wie sorgenvollen Resümee aus einem der ältesten kapitaltragenden amerikanischen Think-Tanks, des „Carnegie Endowment for International Peace“. Der Think-Tank – einer der ersten dieser Gattung überhaupt – wurde vor dem ersten Weltkrieg vom Stahlmagnaten Andrew Carnegie gegründet. Er hat danach für die wohl genaueste Berichterstattung der politisch-ökonomischen Entwicklungen und Strategien des ersten Weltkriegs gesorgt und diese Linie bis heute konsequent verfolgt.¹ Auf die Einzelheiten dieses Resümees² kommen wir unten zurück. Die Äußerungen

reflektieren ein permanentes Aufruhrgeschehen mit Höhepunkten im Jahr 2016 und Anfang 2018. Sie zeichnen es als Ausdruck eines Widerstandsgeschehens, das eine Großregion seit langem im Griff hielt. Dies trägt von Seiten eines aufgeklärten kapitalistischen Think-Tanks zwei wichtigen Verkürzungen Rechnung, die den Wert und die Brauchbarkeit der Berichterstattung und der Analyse häufig beeinträchtigen. Das ist einmal die Verkürzung der Darstellung auf „Länder.“ Das ist zum anderen die Reduzierung einer komplexen Konfrontation auf simple Erzählungen bestimmter Ereignisstränge, etwa auf die Geschichte der Arbeitskämpfe, auf reine Sozialgeschichte, auf Entwicklung von Zivilgesellschaft, Demokratie, Genderfragen und dergleichen mehr. Einschränkung auf „Länder“ stellt noch immer einen entscheidenden Mangel dar. Selbst Darstellungen von „linker“ Seite zeichnen Länder als einen adäquaten Rahmen für die Berichterstattung. Dies verfehlt die Wirklichkeit unter einer ganzen Reihe von Gesichtspunkten, vor allem der geschichtlichen Genealogie und des übergreifenden Wirkungsraums.

VORGESCHICHTE DER KÄMPFE

Die arabischen „Länder“ (im Folgenden die Anführungszeichen bitte mitdenken) Nordafrikas, d.h. Ägypten und der Maghreb von Libyen bis Marokko einschließlich Mauritaniens im Süden, sind jungen Entstehungsdatums. Sie



sind dies in unterschiedlicher Weise, etwas weniger als die Länder im Osten des „Nahen Ostens“ wie Irak, Syrien und der Libanon. Hier eine historische Skizze in groben Linien. Die unbezweifelbaren Unterschiede, die sich im Lauf der Geschichte in den Ländern herausgebildet haben, mindern nicht die Bedeutung der im Folgenden kurz skizzierten gemeinsamen Genealogie.

In der Ursprungsphase nach der Verwaltung im Herrschaftsraum des schwächer werdenden osmanischen Reichs sind sie zunächst Produkt des Kolonialismus: unter den aggressiven Zugriffen der Kolonialmächte Frankreich, England und dann der deutschen (vorübergehend) und schließlich italienischen Nachzügler: In dieser Zeit und sogar bis heute spürbar prägten moslemische, jüdische, christliche und berberisch/byzantinische Communities die Häfen, während die ländlichen Teile von bäuerlichen Strukturen und ihren Traditionen von Subsistenz und moralischer Ökonomie³ bestimmt waren. Marokkos als ehemaliges Sultanat, Algeriens als direkt vom französischen Staat usurpierte Region, Tunesiens als französisches Protektorat, Libyens als italienische Kolonie und Ägyptens als Teil des englischen Commonwealth. Die Grenzziehungen mit dem Ziel der Aufbereitung zu Nationen waren großenteils – wie im Nahen Osten und dem angrenzenden Afrika – willkürlich. Sie durchschnitten gewachsene Regionen und ihre Großfamilien und Klanstrukturen. Spürbar noch heute in den unten behandelten Konflikten mit dem Grenzverkehr nach Libyen und Marokko. Den nächsten Schub der Profilierung zu „Län-

dern“ bildete die Unterwerfung unter die nationalistische Herrschaft je neuer, nationaler und nationalistischer Eliten, genannt „nationale Befreiung“: Die Traditionen eines nunmehr von Grenzziehungen durchschnittenen historischen Kontinuums sind noch heute in den Formen des Grenzverkehrs mehr oder weniger erkennbar. Aus diesem Prozess zunehmend prononcierter Profilierung letztlich unter kapitalistischem Kommando entwickelter und kontrollierter Herrschaftsformen können Einzelstücke trotz aller im Lauf der Zeit beschrittener Sonderpfade nicht als „Länder“ für die Analyse völlig isoliert werden, ohne die Sicht zu verfälschen.

Darum kann die Geschichte der Revolten auch nicht zu Länderstudien aufgelöst werden, wenn man sie nicht auch als Transformation des zugrundeliegenden Spannungsverhältnisses zwischen kapitalistischen Zentren und Peripherie wahrnimmt. Durch die koloniale (hier verdanken wir Rosa Luxemburg eine noch immer exemplarische Schilderung⁴), die entkolonialisierte „nationalistische“ Phase hindurch und über die Etappe abgezwungener Deregulierung (Infitah, „Öffnung“) bis heute. Die verschiedenen Phasen können wir hier nicht ausmalen. Die nationalistische Phase brachte eine Reihe von unterschiedlich harten bzw. milden Autokraten hervor wie Nasser, Gaddhafi, Bourguiba, eine Abfolge von algerischen Autokraten bis zum heutigen Bouteflika, und den aus der

Sultansfamilie
stammenden König Hassan

II. Sie alle führten ein hartes Regime, das mildeste in Tunesien unter Bourguiba, das härteste in Marokko unter Hassan II. Es war derart blutig und terroristisch bis hin zu systematischer Folter, dass sein Sohn Mohammed VI. sogar eine Wahrheitskommission zur Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen einrichten musste, um den Kopf oben zu behalten.

Diese Autokraten waren, um nur den thematischen Kern zu nennen, darauf angewiesen, die sogenannte „Landflucht“ aufzufangen, mit der die Bevölkerung auf die Inwertsetzungs- und Unterwerfungsstrategien antwortete: dem Steuerdruck, der Repression und Demütigung aus den Zentren folgten beschwichtigend massive Bildungsprogramme mit einer Flut von Diplomen, die Entwicklung eines staatlichen Beschäftigungssektors und paternalistisch organisierte Sozialleistungen. Sicher wurde dies, wie auch anderswo, zugleich im Hinblick auf eine an die kapitalistischen Metropolen angebundene Politik nachholender kapitalistischer Entwicklung in die Wege geleitet. Beides gehört zusammen. Nur wenige konnten allerdings dadurch in die je nationale ökonomische Entwicklung und Reproduktion absorbiert werden. Das Ergebnis war die Produktion eines Länder übergreifenden akademischen Proletariats. Hier liegt der Grund für die Massenarmut hochschulgebildeter junger Menschen, der Grund für die Massen der „Gemüseverkäufer mit Hochschulbildung und ohne Verkaufslizenz“.⁵ Diese Figur prägt in unterschiedlichem Ausmaß das soziale Profil sämtlicher „Länder“.

Die Autokraten versahen sich in jeweils ähnlicher Weise mit einem Apparat von Polizei-, Geheimdienst- und Spitzelstrukturen. Sie bilden den Kern dessen, was man heute mit dem Modebegriff „tiefer Staat“ bezeichnet: die Einbeziehung informeller Machtapparate in den Komplex der „formellen“ verfassungsmäßigen Strukturen. Die Gewerkschaften waren, soweit geduldet, in diesen Staatskomplex „inkorporiert“, korporatistische Gewerkschaften. In den Baathistischen Ländern (Irak, Syrien) orientierte sich der Korporatismus an den sozialistischen und nationalsozialistischen Vorbildern.⁶ Die Betriebe waren in der Regel klein und operierten auf handwerklicher Basis, größtenteils integriert in kleine ökonomische Kreisläufe unter Einschluss der landwirtschaftlichen Produktion. Sie stellen das obere Segment des „informellen Sektors“ dar: keine Verträge, keine Gesundheits- und sozialen Sicherungssysteme. Diese erbringen, wie etwa in Ägypten auch, geschätzt etwa 50 % der Arbeitsleistungen in Tunesien. Später kamen unter dem Regime des IWF aufgrund der Strukturanpassungsdiktate Produktionsstätten als verlängerte Werkbänke der kapitalistischen Metropolen hinzu. Darüber hinaus bildeten eine wesent-

liche Basis dessen, was man „Rentiersystem“ nennt, die Bodenschätze, vor allem Öl, aber auch Phosphate, Erze etc. Die Eliten unterhielten aus den daraus gewonnenen Einkünften nicht nur Repressionsapparate, sondern den überall sehr großen Komplex der Staatsangestellten als sichere soziale Basis der Autokratien. Sie versorgten daraus auch die Bevölkerung mit sozialen Zuwendungen, vor allem in Form von Subventionen zur Verbilligung von Nahrungsmitteln und Transportkosten. Eine zunehmende Rolle spielten daneben der Tourismus und vor allem die Überweisungen von Emigrant*innen an ihre Familien, die etwa im Fall Marokkos mehr als 7 % des Bruttosozialproduktes ausmachen.

DIE ANTAGONISTEN DES ÜBERGREIFENDEN KONFLIKTS: KAPITALISMUS UND SOZIALE REVOLUTION

In Anbetracht dieser Geschichte wäre es absurd, die Ereignisse von der „Klassenfrage“ her aufzuschlüsseln zu wollen, wenn man den marxistischen oder meinetwegen marxistisch-leninistischen Klassenbegriff zugrunde legt. Zu klein ist der Sektor des durch den Austausch von Kapital und Arbeit bestimmten Bereichs, um von Bedeutung zu sein. Je mehr man den Begriff der Klasse erweitert, wie es die italienische Linke in ihrer Berichterstattung oft tut, umso inhaltsleerer wird er. Ehe man dann von „Unterklassen“ spricht, sollte man den Grundsachverhalt eines Spannungsverhältnisses zwischen kapitalistischen Strategien der Inwertsetzung und der Herstellung des entsprechenden sozialen Kommandos im Verhältnis zu seinem sozialen Gegenüber zugrunde legen: Einer weder subsumierten, noch unterworfenen, sondern ihm im sozialen Widerspruch, im Kampf; d.h. antagonistisch begegnenden Subjektivität. Wenn man eine bequeme Formel suchen wollte, könnte man – nicht weit von Marx entfernt – sagen: Der Kapitalismus war auch hier eine Strategie, die Wert daraus schöpft, dass sie danach trachtet, Subjektivität zur toten Armut von Maschinen und Waren zu verdinglichen, immer in Auseinandersetzung mit dem unermesslichen Meer der Subjektivität, das sich dagegen in den Kämpfen zu einem lebendigen Reichtum immer neuer sozialer Formen entfaltet. Es ist ein sozialrevolutionärer Ansatz, den wir verfolgen, wenn wir von diesem Widerspruch ausgehen.

Die hierdurch bestimmte soziale Kluft war schon unter den Bedingungen der im Rahmen der „nationalen Befreiung“ verfolgten Inwertsetzungs- und Herrschaftsstrategien enorm. Diese wurde verschärft im Wege der Strukturanpassungsdiktate, die in den 80er und 90er Jahren die „Öffnung“ (Infitâh) erzwangen – und zwar in ganzer Breite vom Maghreb bis in den Nahen Osten⁷ –, und wurden mit einer Vielzahl gleichgerichteter Revolten beantwortet. Diese werden vielfach fälschlich und etwas rassistisch „Hungerrevolten“ oder „Brotrevolten“ genannt. Die Vereinseitigung auf den Hunger verdeckt die Tatsache,

dass ihr sozialer Grund die enorme Fähigkeit der Akteur*innen zur Selbstorganisation darstellte. Das, was wir „Subjektivität“ nennen, sind die Formen, in denen sich die „von unten“ entfaltenden Bewegungen mit den Sozialstrategien der kapitalistischen Agenturen konfrontieren. Sie reichen von Alltagsaktivitäten bis zu manifesten Bewegungen. Es sind die sozialen Gestalten, in denen sie dem global operierenden Kapitalismus am jeweiligen Ort entgegentreten. Sie entfalten sich im übergreifenden Gefälle aus dem globalen Süden gegen die Gewalt aus dem Herzen der Bestie. Jede an ihrem spezifischen Ort und mit ihrem spezifischen sozialen Ausdruck. Ihr Reichtum äußert sich auch in den spezifischen Formen der Selbstorganisation, den Werten (wie z. B. die „moralische Ökonomie“), den alltäglichen Formen des kommunikativen Miteinanders, der freundschaftlichen Verbindungen, der informellen Netze.⁸ Wir können das an dieser Stelle nicht „theoretisch“ ausformulieren, sondern nur auf die Genealogie einer sehr komplexen Theorieentwicklung hinweisen. Im Kern war diese Vorstellung in der langen Geschichte der nichtdogmatischen Linken ein Unterfangen, das gegen die marxorthodoxe Formulierung dinglicher Mechanik von Akkumulationsprozess und Wertgesetz die entscheidende historische Bewegkraft setzte: Das, was im Sinne des Kapitals „Nichtwert“ ist und dennoch, oder besser: gerade darum das Objekt seiner Begierde bildet: Das was die menschlichen Verhältnisse, die in die Auseinandersetzung mit dem Kapital hinein gezwungen sind, und das der Kapitalismus zu Quellen seiner wertschöpfenden Strategien herabwürdigt und dehumanisiert. In seiner dialektischen, besser noch antagonistischen Auseinandersetzung mit der Gewalt der kapitalistischen Inwertsetzungsstrategien entwickelt es sozialrevolutionär die immer neuen Gestalten nichtkapitalistischer Gesellschaftlichkeit. In dem globalen mittleren Segment des Maghreb tritt ihnen das in all den Formen der Selbstorganisation, des Miteinander, der Werte von Freundschaft und Beziehungen im Widerstand entgegen, wie sie sich in der Arabellion manifestiert haben. Diese Formen lassen sich nicht aus sich selbst erklären und werden durch eine simple Erzählung des Kampfprozesses nur verfälscht. Sie sind Produkt des antikapitalistischen Antagonismus und können auch nur aus ihm verstanden werden.

Mit ihrer den Regierungen jeweils aufgezwungenen, aber auch von ihnen geteilten Deregulierungspolitik spitzte sich die Grundauseinandersetzung zu. Die Kluft zwischen den Polen der Auseinandersetzung, zwischen der Autokratie und den Kräften der Revolution, erweiterte und vertiefte sich erheblich. Die einzelnen Bestandteile variierten in den einzelnen Ländern. Ihr Kern bestand im rigiden Schuldenregime, der Einschränkung bzw. Rücknahme der sozialen Subventionen, Privatisierung der Unternehmen und damit verbunden: das Abschmelzen des gewaltigen Sockels von Staatsangestellten, Öffnung für

Direktinvestitionen zur Produktion für den Weltmarkt, Stabilisierung der Währungen. Die Kette der „Öffnungen“ reichte von Marokko (1983), Tunesien (1986), Ägypten (1991) bis zum Irak (...). Es ist eine regional ausgerichtete Strategie, die Entsprechung in den anderen Kontinenten hat und die das auf „Länder“ fokussierte Narrativ, eine länderorientierte Erzählweise absurd erscheinen lässt. Schon jetzt war diese Strategie als Ausdruck der Krise erkennbar, wie wir sie in dem Krisenbeitrag skizziert haben.⁹ Auch die Strategie des offenen Kriegs hatte zum Ziel, alte Strukturen zu zerstören, um die Bevölkerung zu Inwertsetzung in einer globalen kapitalistischen Offensive aufzubereiten.¹⁰ Zu erwähnen ist, dass trotz weiterer hineinspielender Momente die aktuelle Zerstörung des Nahen Ostens eine Spätphase der mit dem Irakkrieg eingeleiteten Zerstörungspolitik ist. Die Konfrontation der Arabellion war in seinen wesentlichen Momenten Ausdruck dieser Zuspitzung, die gleichfalls nur länderübergreifend und für kein Land aus sich heraus begreiflich ist. Die Autokratie war in diesem Prozess zu Formen der Kleptokratie verkommen und hatte ihren sozialen Ausdruck in extremer Dehumanisierung, Gewalt, Korruption gezeigt. Sie korrespondierte mit dem Ausdruck der Dehumanisierung, zu dem die Strategien aus den Metropolen ihre Gewalt gegenüber dem globalen Süden in der „Flüchtlingspolitik“ steigerten. In der Arabellion überwand die Subjekte Grenzen, die sie vorher getrennt hatten: Student*innen, Arbeiter*innen, Muslime, Christ*innen fanden in einer ungeheuren Dynamik des Aufbruchs zueinander. Exemplarisch und beispielgebend hat Helmut Dietrich die Prozesse der Selbstorganisation von ihrem Kern im Süden und Westen aus bis in die nördlichen Städte nachgezeichnet.¹¹

Dass dieser sozialrevolutionäre Prozess „unvollkommen“ war und die anderen gesellschaftlichen Bereiche nicht durchdringen konnte, lag nicht nur für Tunesien, sondern auch Ägypten auf der Hand. Er beseitigte die autokratischen Köpfe, aber vermochte in der kurzen Zeit nicht, in die Tiefe der parastaatlichen Machtstrukturen („Stichwort tiefer Staat“) zu dringen. Er kratzte die produktiven Strukturen und den gewerkschaftlichen Bereich ihrer korporatistischen Absicherung nur an der Oberfläche. Da, wo das Militär eine Rolle gespielt hatte, wie in Ägypten, konnte er es nicht in Frage stellen. Auch stellte er den gewaltigen Rückraum der muslimischen Traditionsbestände nicht in Frage; Ausgangspunkt für einen großen Teil des späteren „Roll-back“. Ihm dies, wie es oft in den Metropolen geschieht, als „Scheitern“ anzulasten, ist zynisch. Denn er litt an einem Mangel, der außerhalb seiner selbst lag: die sozialrevolutionär orientierten Kräfte in den Metropolen, unfähig, diesem sozialrevolutionären Aufstand etwas

unterstützend an die Seite zu stellen. Wir erinnern uns heute noch mit Wut im Bauch, dass wir eigentlich auf das Getrappel der jeweiligen Linken in unseren Wohnvierteln auf dem Weg zu einer zentralen machtvollen Versammlung horchten. Nix Getrappel. Wir waren in Köln 20 Teilnehmer*innen an einer erbärmlichen Demonstration, die uns mit einem Ägypter, ein paar Autonomen etc. vereinte. Wir standen buchstäblich und im übertragenen Sinn im Regen. Dieses Versagen sollte sich später noch einmal im Verhältnis zu den Sozialprozessen in Griechenland wiederholen. Es stellt ein fundamentales Versagen vor dem Appell der sozialen Revolution dar, das für die Zukunft noch immer sehr zu denken gibt. Wie im Verhältnis zu den griechischen Prozessen schonte sich die Linke mit ihrem „Länderansatz“, auch mit ihrer wohlfeilen Konzentration auf die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt. Und guckte zu.

DIE STRÄNGE DER KONTERREVOLUTION

Sie guckte weiter zu, als die soziale Revolution in Tunesien sich zurückziehen musste und ihre Kräfte in einer „zweiten Welle“ durch „Sit-ins“ etc. zum Ausdruck brachte und zugleich sicherte.¹² In dieser Phase wurde eine konterrevolutionäre Strategie eingeleitet, die so komplex ist, dass sie nur im Zusammenwirken übergreifender, bis in die Metropole reichender Strukturen erklärt werden kann, die uns bis heute unbekannt sind. Da die Quelle der sozialen Revolution in Tunesien lag, beginnen wir in ihrer Darstellung auch mit Tunesien, beschränkt auf ihre wesentlichen Bestandteile, die von einer „Demokratisierung“ über sozialpolitische Abfederungen und die Zentralisierung des Staatsapparates bis hin zur Modernisierung der Knäste reichen.

Da das Elend der Armen und die niedrigen Einkommen der im informellen und formellen Sektor arbeitenden Bevölkerung und der Studenten*innen ein Hauptgrund für den Aufstand gewesen sind, lagen hier auch die ersten Maßnahmen mit hohem Demonstrationseffekt: die Erhöhung der Löhne in den Fabriken lag bei 25 – 30 %, weniger waren es im Staatssektor. Die Armutsregionen im Süden und Nordwesten, in denen das Einkommen bei rund einem Drittel der städtischen Regionen lag, wurden wie zuvor vernachlässigt. Sie und die städtischen Armen am Rande des informellen Sektors hatten keine gewerkschaftliche Repräsentation. Ihr Druckmittel war traditionell und ist noch immer der „Bargain by Riot“: die Aufstandsdrohung und der immer klug kalkulierte Aufruhr.

Die unter Ali unterdrückte und gleichwohl genutzte Gewerkschaft UGTT war traditionell der Repräsentant weitgehend der mittleren Jahrgänge der „Mittelklassen“-Staats- oder besser Regierungsangestellten und hat

immer zum informellen Sektor Distanz gehalten, deren untere Schichten Ali wegfegen geholfen haben. Wenngleich UGTT zu Militanzgebärden wie der Androhung eines Generalstreiks am 8.12.2018 greifen konnte, hatte es eher als sozialpolitisches Vermittlungsorgan der staatlichen Lohnpolitik gedient, wie z.B. der Politik der Begrenzung von Löhnen und Lohnzuwachsen, das bei der Lenkung der Lohnquote des Bruttosozialprodukts von 13,5 % (2015) auf 11% (2018) mit geholfen hat, bei gleichzeitiger einvernehmlicher Steigerung der Steuern auf bestimmte Gesellschaften und Berufe. Das alles schon unter dem Druck der vom IWF auferlegten Austerity.

Zugleich versuchte die Regierung unter Mithilfe der Gewerkschaft UGTT, organisatorisch in den großen Bereich der „informellen Ökonomie“ einzusteigen. Auch das war eine länderübergreifende Strategie. Denn mehr als die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung Nordafrikas arbeitet im „informellen Sektor“ der Ökonomie: keine Verträge, keine Gewerkschaften, kein Zugang zur Sozialversicherung, abgewertet in jeder Hinsicht der Wortbedeutung. Er war eine wesentliche Quelle der sozialen Revolution. Über das TILI TAMSS -Projekt wurden einzelne Pilotprojekte zum Aufbau von „informell“ arbeitenden Schustern in Sfax und „informellen“ Händlern in Ben Guerdone aufgebaut, ohne dass dies zu wesentlichen Erfolgen oder zur erfolgreichen Übertragung der Pilotstrategien in andere Gebiete geführt hätte. Die Auseinandersetzungen in diesem Kontext sind von großer Bedeutung für die Zukunft der sozialen Revolution auch in anderen Ländern Nordafrikas.

Da die enorme Kluft zwischen den Lebens-, besser Überlebensbedingungen der tunesischen inneren Peripherie und den städtischen Regionen die große Spannung generiert hat, die zum Aufstand führte, sind Bestrebungen im Gange, die Staatsmacht zu dezentralisieren und teilweise auf die lokale Ebene zu verlagern. Dies soll Teilhabe und Integration fördern und die dramatischen regionalen Unterschiede auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung und der Schulen, aber auch der Infrastruktur abmildern. Die Initiative ist im Anfangsstadium, die positiven Reaktionen der Bevölkerung auf die Propaganda sind gering.

In diesen Rahmen gehört auch die Initiative, die Entscheidungsgewalt an den Universitäten zu dezentralisieren und, nach der rigiden Kontrolle des Ali-Regimes über Jahre hinweg, zu demokratisieren. Die Auseinandersetzungen sind erheblich. Die Kritik richtet sich gegen die fortbestehende enorme Machtfülle des Ministeriums für Hochschulangelegenheiten. Das Zeitziel des Jahres 2025 für erste Erfolge ist ehrgeizig, offenbar zu ehrgeizig. Beabsichtigt ist vor allem eine bessere Ausrichtung der Bildung auf den Arbeitsmarkt. Denn sein Mangel bildete den wesentlichen Grund für die massive und wieder steigende Wut der „Straßenhändler mit Universitätsaus-

bildung“. Kurzfristige Erfolge sind nicht erreicht worden und waren auch nicht zu erwarten.

Ebenso wie in Ägypten und Marokko hat der Repressionsapparat, die unter den alten Köpfen angesiedelten Segmente von Polizei und Geheimdiensten, wenig gelitten. Der Kern der Aktivitäten verlagert sich jetzt auf das Gebiet des „Antiterror“, nachdem zugleich mit der Zulassung der islamistischen „Ennahda“-Partei auch salafistische Gruppierungen mit zugelassen worden waren, wie die „Reformfront“ (JI), die „Authentizitäts-Partei“ (HA) die „Barmherzigkeitspartei“ (HR). Sie wurden im Windschatten der Instaurierung der Ennahda sogar formell als Parteien registriert. Darüber hinaus operieren auch die anderen jihadistischen Gruppen wie die mit al Kaida affiliierte KUIN und die an den IS angebundene JAK-T. Ihre Auseinandersetzung mit dem Antiterrorapparat haben vor allem die nordwestlichen Regierungsbezirke Kasserine und Kef, aber auch Jendouba an der Grenze nach Algerien als Ort der Aktivitäten. Dort ist die Bitterkeit über die sozialen Bedingungen und Demütigungen besonders groß. Die genannten salafistischen Gruppierungen gewinnen zwar im Verhältnis zum Repressionsapparat nicht, sie verlieren aber auch nicht. Im Gegenteil, sie haben sich auf das Vierfache vergrößert.

Die Grenze, vor allem die nach Libyen, ist auch Ort zunehmender Militarisierung des Konflikts, der zugleich sehr zu Lasten des grenzüberschreitenden Verkehrs geht. Sie zerschneidet als Produkt französischer Staatsbildungs- und Grenzziehungspolitik Stammes-, Klan- und Familienzusammenhänge, die immer einen wesentlichen Teil ihres Einkommens aus regionalem Handel etc. gewonnen haben, der durch Grenzziehungen zum sogenannten „Schmuggel“ mutierte. Noch unter Ali unter Bedingungen geduldet, ist er nach 2011 durch die Antiterrorpolitik und seine Militarisierung erheblich unter Druck geraten und äußert sich in einer weiteren Dimension und Quelle von Widerstand und Aufruhr.¹³

In diesem Zusammenhang spielt auch die Knastreform eine Rolle. Die Knastbelegung liegt seit Mitte der 90er Jahre etwa konstant bei 25 000 (bei einer offiziellen Kapazität von 18 000) mit unerträglichen Bedingungen. Im Jahre 2016 wurde sie auf 23 500 geschätzt. Gewalt bis zur Folter waren endemisch. Schwerpunkt der Verurteilungen sind Drogendelikte. Hier zielt die Politik auf vorsichtige Entkriminalisierung.

Hintergrund und Basis all dieser Prozesse ist eine Demokratisierung, durch die die islamistische Partei Ennahda nach teils blutiger Repression unter Ali in die Rolle des zentralen politischen Akteurs gerückt wurde. Sie ist weit von den Protestbewegungen und den Armen entfernt und hat ihre hauptsächlichliche Basis in dem Segment der

Staatsbediensteten. Sie stellt abgesehen von ihrer Bereitschaft, im Mittelschichtsbereich angesiedelten Strömungen Stimme und Repräsentation zu geben, die Partei nicht etwa eines radikalen Salafismus dar, sondern der an den muslimischen Traditionen orientierten mittleren Segmente. Wahlanalysen haben ergeben, dass es hauptsächlich ihre Werte sind (patriarchale, gegen Öffnungen in Gender und Sexualität etc.), die für ihre Wahleinstellungen entscheidend sind.

Im Zentrum stehen nicht einmal die typischerweise und im gesamten Orient über islamische Parteien und Institutionen vermittelten sozialen Zuwendungen und Dienste.

„**Autoritärer Lernprozess**“, das ist die Überschrift, unter der einzelne Autoren wie Reinoud Leenders und die beiden Think-Tanks Giga und Pomeps auf einem Kongress in Hamburg die „horizontal“ ausgerichteten Strategien ausgeben, mit denen die jeweiligen Führungsebenen ihre Lernprozesse im Kampf gegen die soziale Revolution organisieren.¹⁴ Sie gehen aufgrund bestimmter Indizien davon aus, dass die jeweiligen autoritären Spitzen ihre konterrevolutionären Strategien weiterentwickeln, unter Berücksichtigung der Erfolge und Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Wissens, der Erkenntnisse, Modelle und Techniken, wie wir einige von ihnen schon thematisiert haben. Vorrangig natürlich auf dem Gebiet der Repression und Sicherheitsdienste. Die dahingehenden Bemühungen liegen naturgemäß im Dunkel und sind oft vieldeutig. Erörtert wurde auf dem Kongress etwa die Frage, ob Ennahda's Entscheidung der Machtbeteiligung anderer Akteure eine Reaktion auf den ägyptischen Coup gegen die Moslembrüder war. Von einer „Verschwörung“ von oben kann allerdings keinesfalls die Rede sein.

Der Komplex der konterrevolutionären „Kooperation“ mit den staatlichen und parastaatlichen (NGOs) Agenturen in den Metropolen kann ebenfalls nur gestreift werden. Agenturen zivilgesellschaftlicher Formierung – und das heißt des mittleren Bereichs zwischen metropolitane Machtstruktur und der sozialen Revolution, arbeiten permanent an der Konsolidierung von Netzwerken, und zwar auf allen relevanten Gebieten wie Investition, Bildung, soziale Sicherung. Daneben oder besser darüber operiert die europäische Union mit dem Konzept ihrer „Nachbarschaftspolitik“, wegen machtarroganter Unfähigkeit allerdings weitgehend erfolglos. Das nicht zuletzt auch wegen Bedingungen, die an Hilfe geknüpft werden, mit ihren grotesken Ausformungen auf dem Gebiet der „Flüchtlingspolitik“. Hier sind die Aufforderung zur Bildung von Abschiebelagern gegen Entwicklungshilfe, groteskerweise mit Schwerpunkt auf dem Sicherheitsbereich,

bisher – nach außen jedenfalls – weitgehend abgelehnt worden. Ähnlich ist auch die Ausrichtung des Projekts eines vertieften EU-Handelsabkommens mit Tunesien, das seit 2016 verhandelt wird, derart offen an den Handelsinteressen der EU und ihrer Mitglieder orientiert, dass die – vorsichtig ausgedrückt – Zurückhaltung von tunesischer Seite nachvollziehbar erscheint.¹

Gibt es eine konterrevolutionäre Mobilisierung des Hasses auf die Flüchtenden? Konnte der populistische Hass gegen die Geflüchteten aus Europa nach Nordafrika übertragen werden? Ganz sicher arbeiten die Regierungen daran, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Mit großer Gewalttätigkeit tut dies der marokkanische König. Er geht so weit, auf Boat-People auf hoher See schießen zu lassen. Darüber hinaus zielt die Abschottungspolitik Marokkos und Tunesiens an den Südgrenzen zu Tunesien und Mauretanien nicht nur auf die „Terroristen“, sondern auf die Flüchtenden, die zunehmend Eingang in das antiterroristische Sprachspiel finden. In abgeschwächtem Maß gilt dies auch für Tunesien. Der Erfolg ist begrenzt. Obwohl es in der muslimischen Kultur reichlich Traditionsbestände der Abwertung der Schwarzen Afrikas gibt, genährt von der Geschichte des Sklavenhandels, steht dem die soziale Offenheit des volksreligiösen Islam gegenüber den Armen und Leidenden entgegen. Ihre Herkunft aus der „moralischen Ökonomie“ der arabisch-berberischen Gesellschaften und der sozialrevolutionär orientierten „urchristlich“ genannten „judenchristlichen“ Frühphase ist ein spannendes Thema. kann hier aber nicht weiterverfolgt werden. Jedenfalls wirken die Gebote des tätigen Mitgefühls hier noch weit stärker als im insoweit völlig verkommenen metropolitanen Christentum.

STEHT EINE NEUE WELLE DER SOZIALEN REVOLUTION BEVOR?

Ein Urteil ist in Anbetracht der oben skizzierten Ausgangslage, die nach den zwischenzeitlichen Veränderungen von derjenigen des Jahres 2010 abweichen, kaum möglich. Auf der anderen Seite besteht die Kluft, der tiefe Graben zwischen der transformierten Autokratie unter Einwirkung des globalen Kapitalismus nach wie vor und erscheint kaum gemildert, an einigen Punkten sogar verschärft. Allerdings hat die Autokratie nunmehr tragende Schichten und Strategien in ein flexibles Gewebe sozialpolitischer Vernetzung aufgenommen.

Ausgangspunkt ist, dass die Armen im informellen Sektor und den randständigen Regionen nach wie vor arm sind und die Situation der Student*innen und des akademischen Proletariats in Gestalt der „Gemüsehändler mit Hochschulausbildung“ nicht gebessert worden ist.

Vielmehr wurde sie verschärft. Die metropolitanen Agenturen des Kapitalismus haben vor Krieg und Bürgerkrieg keine Angst. Sie glauben an ihre Waffen. Dies verstärkt den Eindruck: dass Demokratie und ihre Propagandisten in den westlichen Institutionen nicht aus dem Elend helfen und nur die Demütigungen, das Elend und den Hunger verschärfen. Und dass das Nobelpreiskomitee ausgerechnet einem Elitequartett der sogenannten „Zivilgesellschaft“ den Nobelpreis verliehen hat und nicht dem tunesischen Volk, wie ursprünglich beabsichtigt, konnte nur als Hohn verstanden werden.

Wenn wir jetzt die Entwicklung der ökonomischen und sozialen Bedingungen an den Anfang stellen, dann nicht, weil wir die Wellen der Aktivitäten von Protest und Aufstand als Reaktion sehen, vor allem nicht auf den IWF. Das Gegeneinander von sozialer Revolution und Konterrevolution, der sozialrevolutionär/kapitalistische Antagonismus ist derart dicht verschränkt, dass man ihn nicht mehr nach dem Schema von Aktivität und Antwort auflösen kann.

Bis 2018 ging die Arbeitslosigkeit nicht nur nicht zurück, sie wuchs noch. Von 13 % im Jahre 2010 auf 15,5 % 2016. Das ist der Landesdurchschnitt, im Gefälle zu den westlichen und südlichen Armutsregionen liegen die Zahlen weit höher, im schwer aufzuschlüsselnden informellen Sektor ebenfalls weit höher, absorbiert als so etwas wie „verdeckte Arbeitslosigkeit“. Die netto direkten Investitionen, ausgedrückt als Prozent vom BSP, nahmen ab von 3 % auf 2,2 % in derselben Zeit. Zu gleicher Zeit stieg die öffentliche Verschuldung von 44,5 % des BSP im Jahre 2013 auf 54,6 % im Jahre 2016 und 71% im Jahre 2018, eine rasante Steigerung. Für 2018 werden die Steigerung der Zahlungen auf Schulden und Zinsen auf 22% des BSP erwartet. Gleichermaßen fallen die Währungsreserven stetig, von \$ 9,8 Mrd. im Jahre 2010 bereits im Jahre 2014 auf \$ 7,5 Mrd. bei typischerweise steigender Inflation. Das ist der Hintergrund für die Verschuldung beim IWF in Höhe von 2,8 Mrd. im April 2016, mit der ein typisches Austerity- und Zwangsanpassungsprogramm verbunden wurde: Stopp neuer Beschäftigungen im öffentlichen Sektor, Suspendierung der bereits mit der UGTT verabredeten Lohnsteigerungen, eine dramatische Reduzierung des Lohnniveaus auf dem öffentlichen Sektor von 13,5 % des BSP im Jahre 2015 auf 11 % im Jahre 2018, schließlich Steuererhöhungen auf Unternehmen und bestimmte Berufe. Die Drohung des Generalstreiks führte allerdings zu Zugeständnissen.

Die endemischen Protest- und Kampfaktivitäten über den ganzen Zeitraum 2010 bis 2018 hinweg verdichteten sich einmal im Januar 2016, als sich Ridha Yahyaoui als Ausdruck des Protestes umbrachte. Er kam aus Kasserine, der westtunesischen Grenzregion, die ohnehin schon durch einen hohen Stand der Widerstandsaktivi-

tät gekennzeichnet war. Dies löste Demonstrationen in seiner Heimatstadt aus, die sich schnell in andere Städte ausweiteten. Die nächste Zuspitzung, die sich aus dem Grundrauschen permanenter Widerstandsaktivitäten heraus hob, waren von Protestcamps begleitete Besetzungen und Straßenkämpfe in Tataouine im Mai 2017 (s. abgedr. Zeitungsartikel). Gegen Arbeitslosigkeit (58% allein unter den Hochschulabsolventen) richteten sie sich im Kern dagegen, dass die Ölkonzerne Öl und Profite aus der Region schafften und diese verarmt zurückließen. Das Öl gehöre der Region als Entwicklungsressource. Ölförderanlagen wurden besetzt und die Zapfstellen zugemacht, unter heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei mit mehreren tödlich Verletzten. Die Wirtschaft der gesamten Region war zeitweise blockiert.² Der nächste Höhepunkt im Januar 2018 wurde eingeleitet von Protesten in Balta. Die Jugendlichen mussten ihr Protestvorhaben in die nächste größere Stadt verlagern, weil Balta „so klein ist, dass eine Straßenblockade einem Protest in deinem eigenen Wohnzimmer gleichkommt – niemand kriegt das mit“, sagte ein Student.³ Dieser Protest war der Auftakt zu einer regelrechten Welle in größeren Städten über das ganze Land hinweg, örtlich durchaus militant: Eine Person wurde getötet, hunderte festgenommen. Auslöser war ein neues Gesetz, das (in Verlängerung der Vereinbarung mit dem IWF) die Preise für Grundnahrungsmittel und Benzin erhöhen sollte. Auch hier waren (wie später in Paris) die staatlichen Maßnahmen nur ein wutsteigernder Anlass, nicht der Grund, wie schon oben ausgeführt. Und darum konnte dieser Höhepunkt nicht der letzte sein. Parallel hierzu steigerten sich die Auseinandersetzungen in den westlichen Grenzgebieten mit Beteiligung derjenigen islamistischen Gruppierungen, deren meist klandestines Hauptoperationsgebiet in den Provinzen Kaf und Kasserine liegt. Hier wurde deutlich, dass die ursprünglich auf die Kinder geheimdienstnaher Sektoren der Staatsangestellten beschränkte Neigung zum Jihad sozial diffundiert und sich mit den Radikalen militanter, nicht ursprünglich jihadistischer Akteure trifft. Eine Sorge für die Sicherheitskräfte, die mit ihrer repressiven Tätigkeit den Konflikt noch anheizen.

EINE NEUE ARABELLION?

Sehen wir hier den Übergang zu einer neuen Welle der Arabellion? Denn es liegt jenseits jeden Zweifels, dass der Grad der Radikalisierung in Tunesien denjenigen der anderen nordafrikanischen Länder übersteigt und von Akteuren in anderen Ländern genau beobachtet und unter Einsatz der neuen Kommunikationsmittel verfolgt wird. Also: eine Wiederaufnahme der Arabellion? Bestimmt nicht!!!!!!! Jedenfalls wenn man der Friedrich-Ebert-Stiftung glauben will. In den Jahren 2016/2017 führte sie in acht Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas eine große repräsentative Umfrage unter Jugendlichen und

jungen Erwachsenen durch und veröffentlichte die Ergebnisse dann unter dem Titel „Zwischen Zuversicht und Ungewissheit: Jugend im Nahen Osten und Nordafrika“ Fazit: bei aller Arbeitslosigkeit und Armut familienbezogen, religiös und heimattreu. Für eine Wiedergabe im Einzelnen ist hier nicht der Raum. Vielleicht lohnt sie sich gar nicht. Denn: Passen die Ergebnisse zu den Widerstandsprozessen? Mitnichten: Werden die Befragten – wenn sie denn ehrliche Antworten gegeben haben sollten – im Falle eines neuen großen Aufruhrs beiseite stehen? Erst recht nicht.

Vielleicht sollten wir uns daran erinnern, dass dieselbe Friedrich-Ebert-Stiftung durch ihren lokalen Beauftragten im Oktober 2009 die Wahlen vom 25. Oktober und die Befindlichkeit des Landes mit einem Bericht kommentierte. Er trug die Überschrift „In Tunesien nichts Neues“. „Das tunesische Phänomen hat zwei Seiten: einerseits die unbestreitbaren Erfolge in der sozioökonomischen Entwicklung, bei gesellschaftlicher Modernisierung und in der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Andererseits der Fortbestand eines anpassungsfähigen autoritär-klientelistischen Systems, das Meinungsfreiheit und Bürgerrechte einschränkt, einen offenen gesellschaftlichen Diskurs kaum zulässt und die Zivilgesellschaft in ihrer Entfaltung behindert.“ Nichts Neues also und gottlob alles ruhig. Na dann...

Aber das ist nicht alles. Es kommen die Bedingungen der aktuellen Krisenentwicklung dazu. Mit ihrer steigenden Intensität wird sich der Entwertungsprozess dieser Halbperipherie noch einmal enorm verstärken und beschleunigen, mit Auswirkungen auf alle hier dargestellten Parameter. Die ersten Vorläufer wären dann die Verschlechterung der Handelsbedingungen, die alle Länder treffen, die Folgen der Anhebung der amerikanischen Zinsen und damit des globalen Zinsniveaus. Die Rückzahlung an den IWF wird dementsprechend weit belastender mit der Folge zunehmender Prekarisierung der gesamten Lebensbedingungen.

Werden wir bei einer neuen Arabellion auch diesmal versagen?

ENTWICKLUNGEN IN ANDEREN LÄNDERN NORDAFRIKAS SEIT DER ARABELLION

Wir können sie hier nur in aller Kürze skizzieren. In **Marokko** nahm nach den anfänglichen Protesten die „Bewegung 20. Februar“ die Impulse der Arabellion auf mit der Hauptforderung eines demokratischen Wandels der Monarchie. Der König reagierte zügig mit einer Verfas-

sungsreform und vorgezogenen Parlamentswahlen. Als Staats- und religiöses Oberhaupt, Oberbefehlshaber der Armee und oberster Richter behielt er jedoch alle Macht in den Händen, geschützt von einem starken Sicherheitsapparat und gestützt von seit längerem systematisch einbezogenen lokalen ökonomischen und politischen Eliten. Zugleich begann er mit einer Politik der Dezentralisierung zur Erweiterung politischer Teilhabe. Dies hat den Unmut vor allem in der Jugend wegen Armut, Ungleichheit und fehlender beruflicher Perspektiven nicht gemindert. 2016 eskalierte er nach dem Tod eines Fischhändlers in den längsten, bis ins Jahr 2017 andauernden Protestbewegungen seit der Arabellion, eingedämmt durch hunderte von Festnahmen, harte Polizeieinsätze und begleitet von Foltterwürfen.

Algerien blieb an der Oberfläche von der Arabellion unberührt. Allerdings war und ist der Unmut der Jungen über fehlende Lebensperspektiven sehr groß. Aus Angst vor einer Revolte hob das Regime Bouteflika 2011 den Ausnahmezustand auf und kündigte eine Verfassungsreform an. Es ist zudem aufgrund des Öl- und Gasreichtums in der Lage, ausreichend Subventionen zur Milde rung der Spannungen einzusetzen. Vor allem im Süden drohen immer wieder Unruhen.

In **Libyen** hat die Beseitigung des Regimes Gaddhafi im Zuge der Arabellion die staatlichen Strukturen aufgelöst mit dem Resultat zunächst des Bürgerkriegs und dann einer chaotischen Gemengelage rivalisierender Stämme und Eliten. Die Frage einer erneuten Arabellion stellt sich darum gar nicht erst.

In Ägypten führte die Arabellion zunächst zur Wahl des Muslimbruders Mursi zum Präsidenten, der aber bald auf anwachsende Proteste aus liberalen und linken Kreisen stieß. Im Juli 2013 übernahm das Militär unter al-Sisi die Macht. Es kontrolliert die großen Unternehmen in allen Sektoren und verbindet militärische mit ökonomischer Macht. In weiten Bereichen der Gesellschaft herrscht inzwischen Grabesruhe, die wegen der enormen Armut durchaus trügerisch ist. Das gilt jedoch nicht für die Universitäten, wo sich die Student*innen zunehmend mit dem Regime konfrontieren (schon im ersten Semester 2013/14 gab es allein 1677 Proteste an staatlichen Universitäten).

FUSSNOTEN

1 B. Rutloff, I. Werenfels, Vertieftes EU-Handelsabkommen mit Tunesien: gutgemeint ist nicht genug, SWP-Aktuell 2018/A62, November 2018.

Die Bemühungen orientieren sich bis weit in den „linken“ Bereich des Spektrums an den für sie erreichbaren Exponenten der mittleren

Schichten, soweit sie einen organisatorischen Ausdruck gefunden haben, und erreichen nicht den großen Bereich der subjektiven Quellen der sozialen Revolution.

2 Vgl. guten Bericht auch bei H. Meddeb, Precarious..., op. cit., S. 7

3 E. Graham-Harrison, The guardian vom 21. Jan. 2018

1 D. Hartmann, Krisen, Kämpfe, Kriege, Band II. Innovative Barbarei gegen soziale Revolution. Kapitalismus und Massengewalt im 20. Jahrhundert, Berlin 2019, Kap. 2.1.2.2g

2 A. Bouktars, The Maghreb's Fragile Edges, <https://carnegyendowment.org/2018/03/19maghreb-s-fragile-edges>, S.1

3 Dazu D. Hartmann, Krisen, Kämpfe, Kriege, Band II... (siehe Fußnote 1), Kap. 1. Rosa Luxemburg hat die matrilinear organisierten Formen der moralischen Ökonomie im arabisch-kabyllischen Hinterland beschrieben und völlig korrekt mit der südslawischen Zadruga gleichgesetzt in: Die Akkumulation des Kapitals, in: dies., Gesammelte Werke Bd. 5, S. 37, hier S. 325. Die sozialen Verhältnisse z.B. in der Arganöl-Produktion haben sich bis in dieses Jahrhundert im Prinzip kaum verändert.

4 Ebd.

5 Für dieses Sprichwort siehe H. Dietrich, Das Jahr V. der arabischen Revolution – Beispiel Tunesien, Sozial.Geschichte Online 18 (2016) S. 99 – 117, hier: S. 104.

6 Vg. Dazu D. Hartmann, D. Vogelskamp, Irak. Schwelle zum sozialen Weltkrieg, Berlin 2003, Kap. 4, S 17 ff.

7 Vgl. D. Hartmann, Dirk Vogelskamp, Irak...op cit., wie Fn 6; D. Hartmann, Welcher Krieg? in: J. Später (Hg.) ...Alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung (en) im «Nahen Osten », iz3w Freiburg 1994, S. 24 Auch: Autonomie, Imperialismusheft.

8 Die Mitarbeiter*innen der Zeitschrift „Autonomie“ (jetzt auch online unter www.autonomie.org) und der „Materialien für einen neuen Antiimperialismus“ (www.materialien.org) haben dies in ihren Publikationen ausgiebig behandelt: an den sozialrevolutionären Prozessen im Rahmen der französischen Revolution, des Vormärz, der russischen Revolution, gegen den Nazismus bis in die Auseinandersetzung mit dem IWF, als Grund des Verfalls der Sowjetunion. Grundsätzlich theoretisch-methodische Verortung bei: DH Beyond und bei D.H., in Krisen...Bd. 2. ..

9 Hartmann/Vogelskamp, Irak. Schwelle zum sozialen Weltkrieg, Berlin 2003, S. 13 ff.

10 Ebd., S. 17. ff.

11 H. Dietrich, Die tunesische Revolte als Fanal. Sozial.Geschichte Online 5 (2011).

12 H. Dietrich, Das Jahr V der arabischen Revolution – Beispiel Tunesien, Sozial.Geschichte Online 18 (2016), S. 99, hier: S. 105.

13 Zwei detaillierte Darstellungen von Hamza Meddeb sind zu empfehlen, beide exemplarisch für die Frage der Verschränkung mit den sozial/ökonomischen Quellen des Unmuts: Precarious Resilience: Tunisia's Libyan Predicament, MENARA, Future Notes No. 5, April 2017, hier insbes. S. 6 unter der Überschrift „Economic Burden and Security Concerns; und, eher allgemein gehalten: Les ressorts socio-économiques de l'insécurité dans le sud tunésien. Vgl. auch, ebenso detailliert wie umfassend: A. Boukhars, The Potential Jihadi Windfall From the Militarization of Tunisia's Border Region With Libya,

<https://carnegieendowment.org/2018/18/0126/potential-jihad-windfall-from-the-militarization-of-tunisia's-border-region-with-libya-pub-75365>, insbes. S. 2 f.

14 R. Leenders, Arab Regimes' International Linkages and Authoritarian Learning: Toward an Ethnography of Counter – Revolutionary Bricolage, in: Transnational Diffusion and Cooperation in the Middleeast, <http://pomeps.org/2016/07/13transnational-diffusion-and-cooperation-in-the-middle-east-and-north-africa/> S.16

Fluchtursachenbekämpfung hört sich gut an...

Durchschnittlich werden in Afrika jeden Tag 15.000 Menschen innerhalb ihrer Landesgrenzen vertrieben, rechnete ein Ende 2017 veröffentlichter Bericht des Internal Displacement Monitoring Centre der Vereinten Nationen (IDMC) und des Norwegischen Flüchtlingsrats (NRC) vor. Danach wurden 2016 in Afrika 3,9 Millionen Menschen intern vertrieben, rund 70 Prozent davon als Folge bewaffneter Konflikte. Die Gesamtzahl der Binnenvertriebenen in Afrika erreichte damit 12,6 Millionen. In der ersten Jahreshälfte 2017 kamen noch mal 2,7 Millionen dazu. Und der Strom der Vertreibungen reißt seitdem nicht ab. Nicht zu vergessen die knapp 6,3 Mio. Flüchtlinge in Afrika, die bis Ende 2017 Landesgrenzen passiert hatten (über eine Million mehr als Anfang des Jahres).

Spitzenreiter beim Vertreiben ist die Demokratische Republik Kongo, wo die EU 2006 erstmals eine „autonom und im multinationalen Rahmen geplante militärische Operation“ zur Unterstützung der Vereinten Nationen durchführte. Platz zwei belegt die Zentralafrikanische Republik, wo die EU vom März 2008 bis März 2009 durch einen „Überbrückungseinsatz zur Unterstützung der UN-Mission MINURCAT“ mit tausenden Soldaten aus 14 europäischen Ländern für „nachhaltige Stabilität“ – sprich: reichlich Waffen und gut ausgebildete Kämpfer – sorgte. „Fluchtursachenbekämpfung“ in der Praxis.

Das zweite Standbein der Fluchtursachenbekämpfung ist ein Migrationsmanagement in Afrika, das vor allem auf Abschottung setzt und so für die Migrierenden stetig die Kosten in die Höhe treibt. Bezahlt wird mit immer mehr Geld für eine sichere Passage oder mit dem eigenen Leben.

Die Bewegungsfreiheit aller Afrikaner*innen auf dem Kontinent ist ein zentrales Ziel staatlicher Zusammenarbeit auf dem Kontinent. In den Statuten aller Regionalorga-

nisationen und der Afrikanischen Union ist sie verankert oder zumindest als Ziel formuliert. Doch auf Befehl des Imperialismus* wird sie praktisch eingeschränkt oder verboten; Wanderungen über Landesgrenzen, die – im Gegensatz zu den Landesgrenzen – eine jahrhundertalte Tradition haben, werden reglementiert und kriminalisiert. Vom Imperialismus abhängige Regime lassen die Menschen in der Wüste verdursten. Algerien setzte z.B. mindestens 14.000 Migrant*innen in der Sahara aus – viele starben. Auch die Toten im Grenzgebiet zwischen Niger und Libyen, oder Tschad und Libyen, oder Sudan und Tschad, oder Eritrea und Sudan, oder Marokko und Algerien, oder, oder, oder ... kann niemand mehr zählen. An den Küsten Senegals verfolgen spanische Grenzschützer Migrant*innen „fast so, als sei dies hier ihr eigenes Land“ schreibt die taz. Imperialistische Konzerne verkaufen biometrische Pässe, Grenzanlagen und Repressionsutensilien. Die Zäune von Melilla und Ceuta, an der einzigen europäisch-afrikanischen Landgrenze, sind immer wieder Orte heftigster Auseinandersetzungen. Nicht immer können die spanischen Behörden die Einreise verhindern, aber es gibt viele Verletzte und Tote.

Mit der Effektivität der Abschottung steigen die Profite der Transportdienstleister, die im Norden als Menschenhändler und -schmuggler verunglimpft werden.¹ Und höhere Profitraten ziehen mehr Dienstleistungsanbieter an ...

Völlig entrechtete Migrant*innen werden versklavt, als Sexarbeiter*innen ausgebeutet oder erledigen andere oft sehr gefährliche Jobs, die sonst niemand erledigen würde. Wie z.B. die sudanesischen Flüchtlinge, die ihr Leben in prekären Goldminen in der tschadischen Wüste riskieren, in der Hoffnung genügend Gold zur Finanzierung der

Weiterreise zu finden, nachdem die EU die Finanzierung der Flüchtlingslager, in denen sie leben, eingestellt hatte. Wie in Südeuropa wird z.B. auch in Algerien die Bau- und Landwirtschaft durch preiswerte illegalisierte Arbeiter*innen am Laufen gehalten. Die von der EU in Afrika geplanten Auffanglager werden diese Tendenz verstärken, weswegen sie in Algerien auch schon treffender weise „Sklavenmärkte“ genannt werden.

Es wirkt da fast schon wie Hohn, dass darüber hinaus in einigen Städten Afrikas sogenannte Migrationsberatungszentren, die vom deutschen Entwicklungshilfeministerium finanziert werden, über „legale Migrationswege“ nach Europa „aufklären“ – die es nicht gibt.

Das dritte Standbein der Fluchtursachenbekämpfung ist die sogenannte „Entwicklungspolitik“.

Noch leben 80% der Bevölkerung Sub-Sahara Afrikas auf dem Land. Davon sind laut AU 268 Millionen Nomad*innen, aber deren Zahl nimmt rapide ab. Die Lebensräume von Hirtennomaden und Subsistenzbäuer*innen werden durch industrielle Landwirtschaft, Infrastrukturprojekte, das Wuchern der kapitalistischen Städte, Tourismus, „Naturschutz“, Klimawandel, die leichte Verfügbarkeit von Waffen und Krieg – sprich: vielfältige kapitalistische Angriffe – zerstört. Das stellt die Menschen häufig vor die

Alternative aufgeben oder kämpfen: Lohnarbeit, Krieg, Kriminalisierung.

Das ganze Gerede von Entwicklung, Nachhaltigkeit, Förderung der Privatinitiative und der angeblichen Unfähigkeit der Subsistenzlandwirtschaft, die afrikanische Bevölkerung zu ernähren, soll nur darüber hinwegtäuschen, dass in den Augen der Kapitalisten das Land nicht dazu dienen soll, die Armen zu ernähren, sondern Profite zu erwirtschaften.

In den meisten afrikanischen Staaten wird die Wirtschaft durch Imperialisten, Militärs, protostaatliche Banden und nepotistische Netzwerke² kontrolliert, die eng miteinander verwoben sind (beim Thema Bad Governance werden die Imperialisten in der Regel „vergessen“). Militärs, Milizen und (Schlepper-)Banden werden zu Wirtschaftsunternehmen und großzügig aus dem Norden gesponsert. Alleine Italien will in Libyen bis zu 4,2 Milliarden Euro investieren, ein Land, dessen Wirtschaft komplett in den Händen von Milizen und Schlepperbanden liegt. Wie überall auf der Welt, entstehen kapitalistische Strukturen aus Blut und Krieg.

Ein Schwerpunkt der deutschen Investitionen in Afrika ist Tunesien: Mehr als 350 Mio. € haben deutsche Unternehmer bislang in das Land investiert, um dort 55.000 Menschen für Billiglöhne schufteten lassen. Die Zahl der Auswanderer*innen steigt gleichzeitig kontinuierlich an.



In den Jahren nach der Finanzkrise 2008 floss besonders viel Geld nach Afrika. Afrikanische Staatsanleihen wurden in der Hoffnung auf anhaltend hohe Rohstoffpreise zum Verkaufsschlager. Als die Preise fielen, war der Boom vorbei. Zwischen 2012 und 2016 sind die afrikanischen Exporte in die EU um ein Drittel zurückgegangen. Nicht unbedingt, weil weniger Waren exportiert wurden, sondern vor allem, weil weniger bezahlt wurde. Ein Jahrzehnt nach dem letzten großen Schuldenerlass drohen heute wieder Staatsbankrotte, und auf dem ganzen Kontinent werden Sozialausgaben gekürzt. Jetzt fließen z.B. weniger als 1% der nigerianischen Regierungsausgaben in das Gesundheitswesen – aber rund 25% in den Schuldendienst.

Es wird deutlich: das Gerede von der Fluchtursachenbekämpfung ist reiner Bullshit. Dem Imperialismus kann es nicht darum gehen, dass Menschen ein Recht haben, nicht vertrieben zu werden. In seiner Logik müssen Menschen in Wert gesetzt werden.

Die Verweigerung vieler Rechte für als „Ausländer“ definierte Bürger*innen (?) in den imperialistischen Staaten, die häufig errichteten tödlichen Hürden auf der Flucht in den Norden und die Vertreibungen der Menschen im Süden stellen keine Widersprüche dar. Die Brutalität auf den Schlachtfeldern im Südsudan, zwischen dem Terror von Nigerias Militärs und Boko Haram, in den „Konzentrationslagern“ (so nennt die deutsche Diplomatie das) Libyens, das Verdursten lassen in den Wüstengegenden oder der Todeskampf auf den Wellen des Mittelmeers sollen auf einen einzigen möglichen Ausweg hinweisen: Wenn du dich anstrengst und dann noch Glück hast, darfst du dich verwerten lassen.

WENN NICHT, PECH GEHABT: ÜBERFLÜSSIG!

Dass dieser brutale Zynismus immer wieder an vielfältigen Widerstandsformen scheitert, ist die andere Seite der Medaille.

Im Norden Mosambiks konnten z.B. Bäuer*innen ein riesiges Entwicklungsprojekt mit dem Namen „ProSavanna“ mit vielfältigen Aktionen und internationalem Support (bislang) verhindern. Auf 14 Millionen Hektar (ungefähr ein Drittel der Gesamtfläche der BRD) sollten Cash Crops wie Soja, Baumwolle und Mais für den Weltmarkt angebaut werden. Die Kleinbäuer*innen – ungefähr 5 Mio. Personen – sollten ihre traditionellen Anbaumethoden aufgeben und der Intensivlandwirtschaft auf der Basis von Lohnarbeit, privatem Grundbesitz, kommerziellem Saatgut und Pestiziden das Feld überlassen.

Unter einem Mangobaum in Nakarari, irgendwo im Buschland, rund 2000 Kilometer nördlich der mosambikanischen

Hauptstadt Maputo entfernt, sitzen rund vierzig Männer und Frauen auf der Erde oder auf wackligen Holzbänken. Die Kinder, die um sie herumwuseln, hüpfen jedes Mal wie Flummis in die Luft, wenn sich eine Mango vom Ast löst. Das Wort „ProSavana“ braucht man nur zu erwähnen, und schon verfinstern sich die Mienen. „Sie können tausendmal hier auftauchen – sie werden uns nie überzeugen“, erklärt der Bauer Agostinho Mocernea lautstark. Sein Kollege Jeremiah Vunjane bekundet seine Zufriedenheit über den „historischen Sieg“, bleibt aber vorsichtig: „Die Regierung schlägt inzwischen andere Töne an. Aber wir bleiben auf der Hut.“

Lasst uns lieber solche Widerständigkeiten unterstützen. Und den Imperialismus bekämpfen – anstatt irgendwelche ominösen, angeblichen Fluchtursachen.

Und übrigens: niemand sollte das Recht haben, andere als Ausländer zu definieren!

GESCHEITERTES PROSAVANA-PROJEKT IN NORD-MOSAMBIK

Afrika war schon immer ein Kontinent des Bewegens ... *des Weggehens, des Ankommens, des Weiterwanderns, des Wiederkommens. Die Eingebundenheit in soziale Strukturen bewirkt, dass diese Mobilität als kollektiver Prozess gelebt wird. Der Krieg, die Not oder das Abenteuer, Gründe wegzugehen gibt es zahlreiche. Doch die Katastrophen der letzten Jahrzehnte, vor allem auch die restriktive Migrationspolitik der Metropolen, blockieren zunehmend die Option des Wiederkommens für den ärmeren Teil der Migrierenden. Diese Katastrophen fördern das Schleppertum, die Verschuldung, und selektieren gnadenlos die „Fittesten“ auf dem Weg in die Flüchtlingslager des Südens, durch die Sahara in den Norden des Kontinents oder im Mittelmeer auf dem Weg nach Europa. Jene, die Europa lebend erreichen, häufig traumatisiert, immer mit furchtbaren Erfahrungen im Gepäck, sind der Repression und Entrechtung sowie anderen Formen der Gewalt noch längst nicht entkommen. Ausgeschlossen vom regulären Arbeitsmarkt, getrieben von der Notwendigkeit, jede Arbeit zu übernehmen, um die Schulden abzuführen und das Schicksal der Lieben zu Hause zu erleichtern, werden sie gezwungen, die Konkurrenz in den prekären Sektoren des Arbeitsmarktes anzuheizen. Egal welche Ausbildung oder Vorerfahrung sie haben, als Facharbeiter müssen sie erst sozialisiert werden. (uMlungu)*

Sie versuchen, diese Bewegungsfreiheit einzuschränken, unter ihre Kontrolle zu kriegen. Doch heute sind mehr Menschen unterwegs als jemals zuvor.

Mitte April kündigte die EU an, dass "50 000 Personen, die internationalen Schutz benötigen", in Europa neuangesiedelt werden sollen. Die Neuansiedlungen sollen bis Herbst 2019 durchgezogen werden. Vor allem Flüchtlinge aus Libyen, Ägypten, Niger, Sudan, Tschad und Äthiopien sollen angesprochen werden. Mit den Ansiedlungen soll einerseits dem „Fachkräftemangel“ und den „wachsenden Problemen infolge der alternden Gesellschaften“ entgegengewirkt und andererseits gleichzeitig sollen Anreize für irreguläre Migration reduziert werden. Die Bundesregierung in Berlin habe die Zusage erteilt, dass Deutschland 10.000 Flüchtlinge aufnehme. Andere Mitgliedstaaten hätten die Aufnahme von insgesamt 40.000 Flüchtlingen zugesagt. Mit dem Umsiedlungsprogramm soll auch der Mechanismus für die Evakuierung von Flüchtlingen aus Libyen unterstützt werden. Schließlich sprach selbst die deutsche Botschaft im Niger davon, dass dort die Flüchtlinge in „KZ-Ähnlichen Verhältnissen“ gehalten werden. Und Videos bei CNN über Sklavenmärkten in Libyen sorgten letztes Jahr international für großes Aufsehen. Eines ist offensichtlich: die Ansiedlung von 50.000 Menschen in der EU – so sie denn je realisiert wird – wird weder dem „Fachkräftemangel“ und den „wachsenden Problemen infolge der alternden Gesellschaften“ entgegenwirken, noch Millionen von Menschen überzeugen, dass irreguläre Migration in die EU keine sinnvolle Option

Ende letzten Jahres veröffentlichten die beiden taz-Autor*innen Christian Jakob und Simone Schindwein das Buch *Diktatoren als Türsteher Europas*. Sie interviewten unter anderem zahlreiche Parlamentarier*innen (Linke, Grüne, SPD,), Hilfsorganisationen, Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und einige Alt-Autonome (Ex-Autonome?) für die Recherche. Die Botschaft des Buches ist eindeutig: Indem die EU afrikanischen Regierungen, darunter „Diktatoren“, Militär- und Wirtschaftshilfe in im Milliardenhöhe zukommen lässt, deren Repressionskräfte ausbildet und unterstützt, mache sie sich mitschuldig an den schweren Menschenrechtsverletzungen, die diese Regimes zu verantworten haben. Das Buch ist eine umfassende Darstellung der aktuellen europäischen Flüchtlingspolitik in Afrika, sauber recherchiert, faktenreich und lesenswert, keine Frage. Kein Skandal wird ausgeklammert, kein Verbrechen beschönigt. Das Buch wird mittlerweile von der Bundeszentrale für politische Bildung für 4,50 € angeboten, sozusagen von amtlicher Stelle für die „kritische Auseinandersetzung“ empfohlen

LESETIPPS:

Anderson, Bridged/ Sharma, Nandita/ Wright, Cynthia; "We are all Foreigners": „No Borders“ als praktisches politisches Projekt; izidaba.info (im erscheinen); original: Anderson, Bridged/ Sharma, Nandita/ Wright, Cynthia;

"We are all Foreigners": No Borders as a Practical Political Project," in: Nyers, Peter/ Rygiel, Kim (eds.); *Citizenship, Migrant Activism and the Politics of Movement*; New York 2014: S. 73-91

Benz, Martina/ Schwenken, Helen; *Jenseits von Autonomie und Kontrolle: Migration als eigensinnige Praxis*; in: *Prokla* 140; 3/2005; S. 363-377: www.prokla.com/Volltexte/140Benz_Schwenken.rtf

Federici, Silvia; *Aufstand aus der Küche*; Münster 2012

Foucault, Michel; *Die Gouvernementalität*; in: Bröckling, Ulrich, Krassmann, Susanne/ Lemke, Thomas; *Gouvernementalität der Gegenwart*; Frankfurt/ M. 2000; S. 41ff.

Hartmann, Detlef; Alan Greenspans endloser „Tsunami“; eine Angriffswelle zur Erneuerung kapitalistischer Macht; Berlin/ Hamburg 2015.

Holloway, John, *Kapitalismus aufbrechen*, Münster 2010

Jakob, Christian/ Schindwein, Simone; *Diktatoren als Türsteher Europas*; Berlin 2017

Khider; Abbas; *Ohrfeige*; Berlin 2016

Liberti, Stefano; *Soja? Nein danke*; Im Norden von Mosambik war das größte Agrobusinessprojekt Afrikas geplant. Doch dann begannen sich die Bauern zu wehren; *Le Monde diplomatique* vom 12.07.2018; <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5518101>

Ortiz, Isabel/ Burke, Sara/ Berrada, Mohamed/ Cortés, Hernán; *Weltweite Proteste 2006-2013*; Arbeitsdokument der Initiative for Policy Dialogue und der Friedrich-Ebert-Stiftung New York, September 2013; http://www.fes-globalization.org/new_york/wp-content/uploads/2014/02/World_Protests_2006-2013_Executive_Summary-German.pdf

Pienig, Günter; «Die Arbeiter sind total unzuverlässig!»; Peter Birke zum Verhältnis von betrieblichen Kämpfen und Migration; <https://www.rosalux.de/publikation/id/14790/die-arbeiter-sind-total-unzuverlaessig/> Mai 2017

uMlungu; *Afrika – Kontinent der Kämpfe*; <http://izindaba.info>; 07.04.2017

1 Damit soll nicht behauptet werden, dass diese Geschäftemacher ehrenwerte Motive haben (was Geschäftemachern sowieso niemals unterstellt werden sollte). Aber es soll behauptet werden, dass deren Geschäftsmodell **ausschließlich** auf der Abschottungspolitik des Nordens beruht. Die deutsche Geschichte bietet hier ausnahms-

weise einmal ein positives Beispiel: Nach der Öffnung der Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland brach das Geschäftsmodell des Menschenschmuggels dort sofort zusammen. Effektiver kann Menschenschmuggel nicht bekämpft werden. Ein Beispiel, das zu Nachahmung anregt.

2 D.h. auf Verwandtschaft im weitesten Sinne beruhende Netzwerke.

*Gebrauch des Begriffs „Imperialismus“

Der Gebrauch des Begriffs „Imperialismus“ ist in der Redaktion nicht unumstritten. Konsens herrscht darüber, dass der Begriff in dem Zusammenhang, wie er hier gebraucht wird, sich weder auf das „Zeitalter des Imperialismus“ (ca. 1870 bis 1918) in der bürgerlichen Geschichtsschreibung, noch auf Lenins „höchstem Stadium des Imperialismus“ bezieht. Gerade letztere Verwendung von leninistisch inspirierten Gruppen in den aktuellen linken Debatten, inclusive der Begriffsverwirrungen durch die Kontroverse zwischen sogenannten Antideutschen und sogenannten Antiimperialist*innen, sind sicherlich ein Grund, warum der Gebrauch des Begriffs kritisch zu hinterfragen ist.

Ich benutze den Begriff stattdessen in dem Sinn, wie er von der Zeitschrift „Autonomie – Neue Folge“ besonders in den Heften 10 (Antiimperialismus in den 80er Jahren) und 11 (Imperialismus in den Metropolen) Anfang der 1980er Jahre entwickelt wurde, und in den nachfolgenden Jahrzehnten durch konkrete Kämpfe und kritischen Auseinandersetzungen weiter entwickelt wurde.

In diesem Sinne begreife ich Imperialismus weniger als System denn als Strategie im sozialen Krieg auf der Grundlage von unterschiedlichen Niveaus bzw. Kosten der Reproduktion. Die imperialistische Strategie zielt einerseits darauf, in den Metropolen durch materielle Zugeständnisse an kämpfende Unterklassen (z.B. vergleichsweise preiswerte Lebensmittel, Textilien, Erdölprodukte) möglichst großer Teile dieser zu befrieden. Andererseits zielt diese Strategie darauf, in der Peripherie immer neue Regionen und Sektoren in Wert zu setzen, und gleichzeitig die Kosten der Reproduktion dort weitgehend zu drücken oder gar nicht zu bezahlen.

Der zweite Grund, warum uns die Verwendung des Begriffs „Imperialismus“ problematisch erscheint, ist, dass angesichts

- extremer Armut in den Metropolen und extremen Reichtums in den peripheren Ländern des Trikonts,
- neuer imperialistischer Akteure aus Ländern wie China, Russland, Saudi-Arabien, Türkei, Malaysia usw.,

- und des aufkommenden „Zeitalters des Überwachungskapitalismus“ (um eine Formulierung von Shoshana Zuboff vorläufig zu übernehmen)

die Nord-Süd-Dichotomie, die der Begriff „Imperialismus“ beinhaltet, unangemessen ist.

Der dritte und vielleicht schwerwiegendste Grund, warum uns die Verwendung des Begriffs „Imperialismus“ problematisch erscheint, ist dass die Verwendung des Begriffs die Reichhaltigkeit der sozialen Kämpfe, deren Widersprüchlichkeit, die antipatriarchalen und antirassistischen Kritiken an traditionellen Linken Widerstandskonzepten eher verdecken als sichtbar machen kann.

Ich verwende den Begriff trotzdem, vor allem aus dem einfachen Grunde, weil wir keinen besseren haben, um die Strategie im sozialen Krieg, die auf unterschiedlichen Niveaus bzw. Kosten der Reproduktion basiert, zu beschreiben. Ich tue das in der Hoffnung, dass die Leser*innen bei dem Begriff nicht an Lenin denken, sondern an die Reichhaltigkeit der sozialen Kämpfe, deren Widersprüchlichkeit, und an die antipatriarchalen und antirassistischen Kritiken an traditionellen Linken Widerstandskonzepten.

„Soziale Nicht-Bewegungen“

Ob der Begriff „Soziale Nicht-Bewegungen“ so glücklich gewählt ist, sei einmal dahingestellt. Eigentlich ist damit **nicht** das Gegenteil von „Bewegen“ eben „Nicht Bewegen“ gemeint, dass was der amerikanische Anthropologe James Scott als „Everyday Forms of Resistance“ als „alltägliche Formen des Widerstandes“ beschrieben hat. Wichtig ist, dass der Begriff, wie Bayat ihn gebraucht, das was meist in der politischen Debatte unsichtbar bleibt, sichtbar macht: eben jene „alltägliche Formen des Widerstandes“, die es nicht in die Schlagzeilen schaffen, aber auf Dauer in enormes Veränderungspotential bergen.

Scott, James; Weapons of the Weak: Everyday Forms of Peasant Resistance; New Haven/ London 1985

Suche nach einer anderen Zukunft?

Eine kurze Auseinandersetzung mit Scifi und Afrika, Afrofuturismus und der Vision eines anderen Lebens im hier und jetzt.

“Heutzutage vermischen sich tiefsitzende Themen wie Rasse, Klasse, Sklaverei usw. mit dem modernen Leben und den Erwartungen an das, was das Leben sein sollte [...] es ist erfrischend sich eine Zukunft vorzustellen, in der die afrikanische Kultur/Stil in höchster Schönheit existiert, ohne sie immer mit einer schmerzhaften Vergangenheit zu verbinden” Tweet von @stormsaulter

“Die Phantasie fördert Kreativität und wissenschaftliche Forschung gleichermaßen #afrofuturismus [...] löst die Phantasie aus & hilft vielen, über die Grenzen hinaus zu sehen...” Tweet von @ytashawomack.

Afrika und Science-Fiction – gibt es das? Eine Verbindung, die sich kaum jemand vorstellen kann. Aber sie gibt es. Der Kontinent ist groß, besteht aus einer Vielzahl von Ländern, Traditionen, Kulturen und politischen Systemen – dennoch wird im Westen „Afrika“ weiterhin als beschwörende, allumfassende Vokabel eingesetzt – meistens verbunden mit Verarmung und Rückschritt, anstatt Prosperität und Fortschritt. „Afrika“ scheint in Bezug auf Science-Fiction ein vergessener Kontinent zu sein. Schaut man sich die Entstehung und Entwicklung von Science-Fiction im Film, Buch und Comic als Populärkultur an, wird einem klar, dass schwarze Menschen kaum eine Rolle spielen. Die meisten Geschichten handeln von weißen Charakteren, die ins All gelangen, ihre heroischen Missionen absolvieren und sich als Retter des Universums inszenieren. Zwar gibt es mittlerweile als Ergebnis von Diversity-Diskussionen schwarze Jedis in den neusten Episoden von Star Wars – das Sagen hatten aber schon immer und haben weiterhin weiße Charaktere wie Luke Skywalker oder Han Solo.

Dies bestätigt sich auch bei der bekanntesten Scifi-Serie aller Zeiten (und ständiger Nährboden für die gespenstischen Visionen der Silicon-Valley Alpha-Männchen): Star Trek. Uhura ist Übersetzerin und Kommunikationsbeauftragte an Bord der Enterprise mit den Schwerpunkten Sprachwissenschaft, Kryptographie und Philologie. Sie war ein wichtiger Teil der multikulturellen Crew der

Serie und einer der ersten schwarzen Schauspieler*innen, die in einer nicht-menschlichen Rolle in einer amerikanischen Fernsehserie zu sehen war. Nichelle Nichols, die Darstellerin von Uhura, war aber stets unglücklich mit ihrer Rolle, denn sie fand, dass Uhura eine Alibifigur darstellte. Als Kommunikationsoffizierin war Uhura nicht nur das rangniedrigste Mitglied auf der Brücke der Enterprise, sondern wurde auch noch in eine typisch weibliche Rolle gedrängt – das „intergalaktische Äquivalent zur Chefsekretärin“. Schließlich war es Martin Luther King Jr. persönlich, der sie vom Hinschmeißen des Jobs abhielt, der Nichols davon überzeugte, an Bord der Enterprise zu bleiben: „Du veränderst die Ansichten von Menschen auf der gesamten Welt. Durch dich sehen wir zum ersten Mal, wie wir selbst sind: Was wir sein könnten, wofür wir kämpfen und wofür wir auf die Straße gehen.“

Ein fokussierter Blick auf aktuelle afroamerikanische Popkultur verrät uns aber weit mehr als die *nerdigste* Serie der Welt. Der Wunsch nach einem anderen Ausgang der Geschichte äußert sich immer wieder in afrofuturistischen Elementen in Musikvideos von bekannten Stars wie Missy Elliot bis Beyonce. Der Hollywood-Film „Black Panther“, der im letzten Frühling zum Kassenschlager wurde, war der Anlass für eine Neuentdeckung dieser – manchmal gut versteckten oder unsichtbar gemachten – Elemente.

Zum ersten Mal in der Geschichte der US-Filmproduktionsfirma Marvel Studios ist der Hauptprotagonist und Namensgeber eines Films ein Schwarzer Superheld. Auch die übrigen Protagonist*innen von Black Panther sind fast ausschließlich Schwarz. Der Filmtitel ruft Assoziationen mit der Black Panther Party of Self Defense (BPP) hervor. Doch der dem Film zugrunde liegende gleichnamige Comic erschien schon kurz vor der Gründung der BPP im Oktober 1966. Eine frühe und wahre Ausnahme im Universum der Superhelden. Auch wenn sich der Film nicht vordergründig an den militanten Black-Power-Organisationen orientiert, so hat er doch ein eminent empowerndes Element: Die Schwarze Superheldenfigur zeichnet einen starken Gegenentwurf zu rassistischen Stereotypen von Schwarzer Minderwertigkeit und Schwäche.



Im Fokus des Films steht der Konflikt zwischen Black Panther und Erik Killmonger. Ersterer will sein Land Wakanda, eine abgeschottete und hoch technologisierte Gesellschaft im afrikanischen Kontinent, weiter verstecken und sich aus den Konflikten der restlichen Welt heraushalten. Killmonger will die von weißen Machtstrukturen unterdrückten Schwarzen weltweit mit den wundersamen Vibraniumwaffen ausstatten, damit diese ihre Unterdrücker*innen bekämpfen und sich zu Herrschern der Welt aufschwingen können. Das Thema Sklaverei und seine Folgen werden im Film immer wieder aufgegriffen: Als Killmonger in einem Museum besagte ursprünglich aus Wakanda stammende Spitzhacke entwenden will, sagt er zu einer weißen Kunstexpertin, ihre Vorfahren hätten das antike Werkzeug gestohlen. Eine Anspielung auf den transatlantischen Sklavenhandel, die Kolonialisierung und Plünderung von weiten Teilen Afrikas durch die Briten und andere Kolonialmächte.

AFROFUTURISMUS IN ALLER MUNDE

Passend zur afrofuturistischen Diskussion zum Film fand parallel in Dortmund die Ausstellung „Afrotech“ statt. Die Ankündigung verrät schon die problematische Ambivalenz eines von Akademikerinnen bestimmten Diskurs: „Die von Inke Arns und Fabian Saavedra-Lara kuratierte Ausstellung *Afro-Tech and the Future of Re-Invention* stellt eine Verbindung zwischen Afrofuturismus und alternativen technologischen Energien und Imaginationen her. Die in den künstlerischen Arbeiten formulierten spekulativen Narrative werden mit realen Erfindungen

aus der Makerszene aus verschiedenen Ländern Afrikas in Beziehung gesetzt. So entsteht eine doppelte Verfremdung: Während die künstlerischen Arbeiten dezidiert afrikanische und diasporische Science-Fiction-Narrative entwerfen, erscheinen die realen Erfindungen als Beweise einer bereits begonnenen technologischen Entwicklung. Die Ausstellung präsentiert Afrika als Kontinent der technologischen Innovation.“

Afrofuturismus ist ein kreierter Sammelbegriff – er umfasst neben Musik auch Literatur, bildende Kunst, Comics, Film und Video sowie Computerspiele. Diese Kunstformen stehen sowohl miteinander im Austausch als auch mit der Kulturtheorie. Als verknüpfte Felder wurden diese erstmals 1992 in einem Essay von Mark Dery sichtbar, der den Begriff des „Afrofuturismus“ prägte: Dery fragte sich, warum in der Science-Fiction so wenige afroamerikanische Autoren und Autorinnen zu finden sind, obwohl das Genre samt seiner Entführungsgeschichten und Menschenexperimente sich gut dafür eigne, den „Science-Fiction-Albtraum“ afroamerikanischer Menschen zu illustrieren. Fündig wurde er an den Rändern: in den Romanen des schwulen Autors Samuel Delaney, der sich in seinen Romanen sowohl mit der Intersektion von Ethnizität und Klasse als auch mit der AIDS-Krise beschäftigte, bei der Autorin Octavia Butler, die in ihren Werken anti-hierarchische, multiethnische Communities zum Thema machte, oder beim Rapper Rammellzee, der bei seinen

Liveauftritten
eine Art Roboter-Schutzanzug trug.

Afrofuturistische Künstlerinnen, Autorinnen, Musikerinnen und Theoretikerinnen sind den Ambivalenzen von Technologien auf der Spur. Sie explorieren in ihren Werken und Untersuchungen den Umgang mit Technologien zu Zwecken der Unterdrückung einerseits und zu Zwecken der Befreiung andererseits. Zentrales Thema afrofuturistischer Auseinandersetzung mit afrodiasporischer Kulturgeschichte ist sicherlich die Frage nach den Bedingungen der Aufrechterhaltung von Zukunftsvorstellung, also auch einer Auseinandersetzung damit, wie es gelang, die brachiale Dehumanisierung der Versklavung zu überleben. Vor dem Hintergrund kolonial geprägter Auslöschung der Vergangenheit versklavter Menschen tragen die Stilmittel der spekulativen und fiktiven Narration eine große Bedeutung in der afrodiasporischen Popkultur.

Als Urvater des Afrofuturismus – 25 Jahre, bevor der Begriff von einem weißen Akademiker erfunden wurde – gilt der Jazz-Musiker Sun Ra. Der Jazz-Musiker behauptete in Interviews und Filmen, er stamme vom Saturn. Er inszenierte sich als Alien auf der Erde – er kommt aus „Outer space“. Damit drückt er ein hohes Entfremdungsgefühl und den Wunsch nach einer anderen Wirklichkeit aus. In seinen Videos thematisiert er nicht nur die Ungleichheit durch Rassismus, sondern zieht auch Verbindungen zum Gang zum Arbeitsamt – indem er sich als intergalaktischer Jobvermittler hinstellt.

Das Techno-Duo Drexciya aus der „Moto-City“ Detroit war Mitbegründer des industrial deep techno Anfang der 90er Jahre aus den USA. In Detroit arbeiteten in den 1990er Jahren die Technoproduzenten Gerald Donald und James Stinson im Umfeld des Technokollektivs Underground Resistance an ihrer eigenen Version afroamerikanischer Mythen. Als Drexciya produzierten sie reduzierte, klare Electro-Tracks, die mehr mit der sterilen Maschinen-Ästhetik der Düsseldorfer Band Kraftwerk als mit den Collagen von Hip-Hop gemeinsam haben. Im Mythos Drexciyas wurden Tausende schwangere Sklavinnen während der Sklavenverschleppung über die *middle passage* – der Sklavenhandelsroute zwischen Afrika und Amerika – als Ballast über Bord geworfen. Weil die Nachkommen der Sklavinnen aber im Meer geboren wurden, lernten sie, mit flüssigem Sauerstoff zu überleben und unter Wasser zu atmen. Dort gründeten sie eine Zivilisation: Drexciya.

Diese popkulturelle Strömung bietet eine mögliche Antwort auf die Frage, wie man eigentlich eine Zukunft gestalten kann, wenn man seiner Vergangenheit beraubt wurde. Sie hat aber – abgesehen von den letzten zwei

starken Beispielen – auch ihre klaren Begrenzungen. Der Ursprung der Auseinandersetzung ist die Konfrontation des Traumas der Vergangenheit – ihr eigentlicher Weg und Ausgang aber unbestimmt und offen. Die Antwort beinhaltet oft mystische und religiöse Elemente – mit fast messianischen Zügen – ein klarer Bezug auf die eigene vorkoloniale Geschichte und der wechselseitigen Wirkungen mit der Erfahrung der Kolonialisierung. Die meisten Künstlerinnen und Autorinnen, die im Buch „Afrofuturism – The world of Black Sci-Fi and Fantasy Culture“ von Ytasha L. Womach“ aufgezählt werden, sind selbst in Amerika aufgewachsen. Wenige von ihnen sind wirklich noch mit den afrikanischen Urkontinent physisch verbunden – vielmehr steckt hinter dem Begriff Afrofuturismus der Wunsch, diesen Kontakt und Austausch wiederherzustellen. Gibt es aber einen Afrofuturismus jenseits der Diaspora?

JA, SCI-FI AUS AFRIKA...

Die Ausgangslage für eigenständige Raumfahrt in Afrika schien schon immer schwierig: Kolonialisierung, Re-Kolonialisierung und kontinuierliche Ausbeutung haben den Kontinent in Fragen der Technologie in Abhängigkeit zum Westen gehalten. Die Big five (Facebook, Apple, Google, Amazon und Microsoft) führen ihre Experimente durch, und eine Second-Hand bzw. Überlebensökonomie hat sich etabliert.

Der Gedanke, Afrika ins Space Age zu integrieren, prägt nicht wenige Sci-Fi-Werke aus Afrika. Das könnte ebenso als Auswirkung des Kolonialismus gelesen werden: Die vorkoloniale Geschichte wurde lange durch mündliche Überlieferung erforscht. In neueren Publikationen wird dieser Zugang zumeist kritisch betrachtet. Oral History ist Manipulationen ausgesetzt und schreibt Machtinteressen fort – einfache Leute kolportieren die Sicht der Könige, Herrscher und Pharaonen. Die Selbstwahrnehmung als „nicht zugehörig“ führt zur Begründung einer eigenen Tradition, losgelöst vom Kanon und doch von ihm beeinflusst. Nicht nur die Kolonialmächte, auch die afrikanischen Länder haben eine eigene Geschichte und Deutungsmuster.

Mitten im Kalten Krieg tüftelt tatsächlich eine Gruppe ehrgeiziger Idealisten an Sambias Raumfahrtprogramm. Der Film „Afronauts“ erzählt von aberwitzigen Abschussmechanismen und ambitionierte Zielen. 1964, der Wettlauf ins All ist längst zum Prestigekampf des Kalten Kriegs avanciert, erlangt Sambia die Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht. In dieser euphorischen Aufbruchsstimmung, maßgeblich von post-kolonialen Diskursen und oftmals grenzenlosem Selbstbewusstsein geprägt, kommt Edward Makuka Nkoloso eine kuriose Idee:

Noch bevor den USA oder der Sowjetunion der entscheidende Schritt gelingt, will Nkoloso eine Mission von „Afronauts“ ins All befördern – erst auf den Mond, danach zum Mars. Fest entschlossen gründet Nkoloso, ein Unabhängigkeitskämpfer und Grundschullehrer für Naturwissenschaften, eigenhändig die *National Academy of Science, Space Research and Philosophy*. In Sambia leben zu diesem Zeitpunkt etwas mehr als 3,6 Millionen Menschen. In der langjährigen Siedlerkolonie gibt es unter der schwarzen Bevölkerung knapp 1500 High School-Abgänger und weniger als hundert mit einem College-Abschluss. Obwohl sich die junge sambische Regierung distanziert und auch die Mehrheit der Bevölkerung vor allem Spott für sein Vorhaben übrig hat, ernennt Nkoloso sich selbst zum Minister für Raumfahrt. Auf einer verlassenen Farm außerhalb der Hauptstadt Lusaka beginnt Nkoloso sein Ausbildungsprogramm für elf weitere Afronauts.

Die Ambivalenz des Wunsches Teil der Zukunft zu sein – so kapitalistisch wie sie auch sein mag, so fern sie auch von den eigenen Wurzeln und Praxen ist – bestätigt ebenfalls der Roman *Binti* von Nnedi Okarafor. Binti ist der Name des Hauptcharakters und sie ist die erste Himba, die jemals an der Oomza Universität, einer der besten Lehranstalten der Galaxis, angenommen wurde. Aber diese Möglichkeit wahrzunehmen bedeutet, dass sie ihren Platz innerhalb ihrer Familie aufgeben und mit Fremden zwischen den Sternen reisen muss, die weder ihre Denkweise teilen, noch ihre Bräuche respektieren. Die Welt, deren Teil sie werden möchte, hat einen langen Krieg gegen die Medusen hinter sich und Bintis Reise zwischen den Sternen lässt sie dieser Spezies näher kommen als ihr lieb ist. Wenn Binti das Vermächtnis eines Krieges überleben will, mit dem sie nichts zu tun hatte, „wird sie die Gaben ihres Volkes brauchen und die Weisheit, die sich in der Universität verbirgt – aber zuerst muss sie es bis dorthin schaffen, lebendig“.

SILICON-VALLEY STYLE?

Warum dieses Revival in der westlichen Welt? Zwischen Beschleunigungswahn und langweiliger Öko-Postwachstum Debatte, zwischen weltweitem Rechtsruck und Silicon Valley sind Menschen auf der Suche. Es ist kein Zufall, dass der weitere Zerfall menschlicher Beziehungsweisen und Verschärfung der Ausbeutungsverhältnisse eine fast kompassfreie Suche nach Alternativen anstiften. Die Zukunftsvision im Westen ist für einen Großteil der Beteiligten dahin. Deswegen ist Afrofuturismus anschlussfähig. Seine potentielle Stärke findet sich in der Verbindung zu Hydra. Besser gesagt: Er ist wesentlicher Ausdruck der weltweiten Kämpfe. Erinnert wird hier an den Schwarzen Atlantik. Hydra, das sind die Bewegungen, die sich erneut den zerstörerischen und vernichtenden Kräften des Kapitalismus entgegenstellen, die die Diktate zur Umge-

staltung der globalen Gesellschaft mit Hilfe neuer Technologien in jeden Winkel der Welt zu treiben versuchen.

Aber: „Noch ist Afrika der ländlichste Kontinent der Welt, doch das könnte sich bald ändern. Bis 2030, so prophezeien es die Vereinten Nationen, wird die Urbanisierung dort rasant voranschreiten, die boomende Bevölkerung wird immer jünger und ist zugleich besser ausgebildet. Städte wie Lagos, Nairobi, Addis Abeba und Abidjan wachsen zu internationalen Tech-Metropolen heran. Wie werden die afrikanischen Städte der Zukunft aussehen? Revolutionäre Smart Citys sollen dort entstehen, Satellitenstädte, oft privat finanziert, die aussehen wie Dubai auf Steroiden. Ist das Zukunftsmusik?“

So lautet ein Kommentar in der FAZ. Es besteht eine hohe *Rekuperationsgefahr* afrofuturistischer Ideen durch Popkultur einerseits, und viel wichtiger, vom Kapital andererseits. Die reaktionären Transhumanisten von Silicon Valley sehen in Afrika ein riesiges Spielfeld für ihre Weltmachtphantasien, und die sich als progressiv gebenden NGOs und weitere wetteifern um Verbindungen zu attraktiven Start-ups. Trotz ihrer emanzipatorischen Potentials sind Popkulturen vor allem auch Ausdruck und Gestalt der kapitalistischen Verhältnisse selbst. Die Träume einer gerechteren Weltraumkonkurrenz und der Glaube an fortschrittlichen Technologien ermöglichen Visionen des eventuellen Austritts aus den gegebenen Verhältnissen, bleiben aber Teil des Verwertungsdrucks.

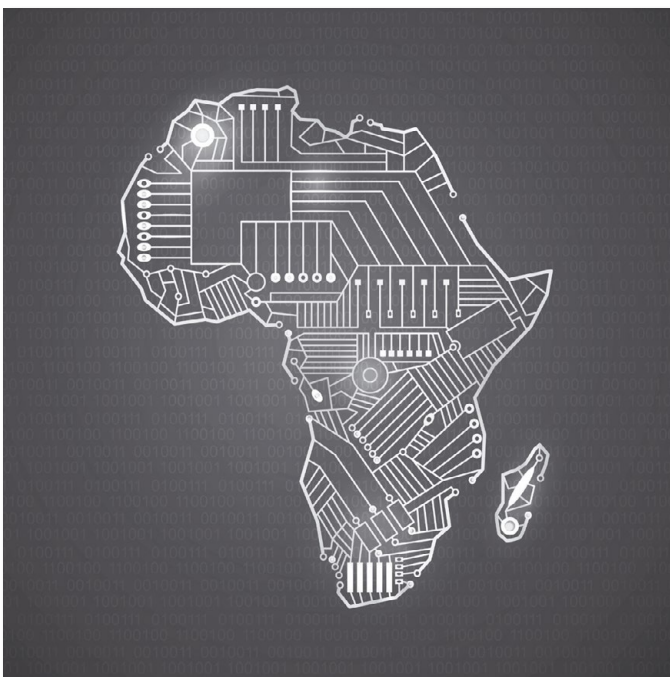
Der Autor von *Black Panther* Ta-Naheisi Coates bringt diese Widersprüche gegenüber dem Magazin *Gizmodo* auf den Punkt: „*Wir leben in den Vereinigten Staaten, einem sehr schönen Land, das sich selbst für durchweg gut hält. Dabei ist das hier ein Land das Menschen folterte. Und zwar nicht irgendwann in der Geschichte, sondern vor ganz kurzem. Und wenn du nach Europa schaust, nach Belgien, in den letzten 100, 200 Jahren gab es Folter und Kolonialismus. Nimm den modernsten Staat der Welt und versuche in seiner Geschichte nicht vor kurzer Zeit noch Kriegsverbrechen zu finden. So ist es auf der Welt und so ist es auch in Wakanda. Wenn Wakanda so fortgeschritten ist, dann bestimmt nicht, weil sie immer nur nett zu Menschen waren.*“

Immer wenn es eine große schwarze Freiheits-Bewegung gab, gab es auch immer eine schwarze Kunstbewegung. In den Zwanzigern war es die panafrikanische Bewegung und die Harlem Renaissance. In den 1960ern die Bürgerrechtsbewegung und die Black Arts Movement. Jetzt gibt es diese Bewegung, die aus den Ereignissen in Ferguson entstanden ist. Sie wird als Black Lives Matter oder

als die Ferguson Rebellion bezeichnet und mit ihr wächst die Schwarze Spekulative Kunst. So wie auch beim Afrofuturismus geht es weniger darum zwanghaft positiven Seiten von der Diaspora oder Afrika

aufzuzeigen. Phantastische Vorstellungen von schwarzen Helden und Vorbildern können und sollten helfen, Fehler in der weißen Vergangenheit einzugestehen und Wissenstraditionen zu hinterfragen. Diese Suche ist Teil einer Widerstandsbewegung – die zum Ziel hat den westlichen Fokus zu knacken – Ausgang weiterhin unklar.

Digitaler Kolonialismus



Bislang repräsentiert Afrika lediglich Ursprung und Ende der digitalen Wertschöpfungskette. Als Rohstoffquelle seltener Erden und als Müllhalde für digitale Hardware. Die Digitalisierung und vor allem auch die eigentliche Wertschöpfung finden woanders statt. Heute wird die Vernetzung Afrikas als das große Zukunftsprojekt und als zentrale Chance gefeiert, sich aus der Armut zu befreien.

In den USA und Europa verlangsamt sich das Wachstum der Tech-Giganten auf dem Gebiet der digitalen Erschließung bisher „unverbundener Regionen“. Hier gibt es bereits Sättigungserscheinungen, insbesondere bei den sozialen Netzwerken. Die am wenigsten angebundenen Länder liegen allesamt in Afrika. Dort arbeiten nicht nur Facebook und Google, sondern auch ihre chinesischen Kontrahenten aus dem Hause „Tencent“ und „Alibaba“ daran, ihre digitalen Netze über den nach Asien zweitgrößten Kontinent zu werfen. Per Ballon oder Drohne sollen auch die Bewohner*innen der entlegensten Regionen an- und ein-gebunden werden: Nicht nur einen

Großteil der brachliegenden Produktivität, sondern auch soziale Prozesse anzapfen und reorganisieren, das ist erklärtes Ziel. Facebook geht hier besonders selbstbewusst vor.

NEOKOLONIALE BEVORMUNDUNG

Facebook gibt vor, mit seinem Angebot „Free Basics“ die Digitale Spaltung der Welt beseitigen zu wollen. Vier Milliarden Menschen, insbesondere im globalen Süden, will Facebook mit seinem Projekt erstmals ins Internet bringen. Doch statt auf die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung einzugehen, teilt der Werbekonzern das Internet in mehrere Klassen, versucht die Nutzer*innen auf die eigene Plattform zu lenken und sammelt dabei möglichst viele Daten über ihre Standorte und Gewohnheiten.

Dazu kooperiert das Unternehmen mit lokalen Mobilfunk Anbietern und stellt „Free Basics“ als Handy-App in mittlerweile 65 Ländern Afrikas, des Mittleren Ostens, Asiens und Mittelamerikas bereit. In der App sind neben Facebook auch abgespeckte Versionen anderer Dienste sowie eine Reihe anderer Websites enthalten. Diese werden an die oftmals schwächere Netzinfrastruktur der jeweiligen Länder angepasst – ohne Bilder und Videos. Der Zugriff ist kostenlos. Wer auf den Rest des Internets zugreifen möchte, muss zahlen. Derzeit nutzen mehr als 50 Mio. Menschen das „Umsonst“-Angebot von Free Basics.

“Facebook führt Leute nicht an das offene Internet heran, wo sie Dinge lernen, erschaffen und bauen können,” sagt Ellery Biddle, Sprecherin der Medienaktivisten-Gruppe Global Voices. „Facebook baut dieses kleine Netz auf, das Nutzer zu passiven Konsumenten zumeist westlicher Inhalte macht. Das ist digitaler Kolonialismus.“

Die Suchergebnisse nicht unterstützter Suchmaschinen außerhalb des winzigen Angebots werden dabei angezeigt, aber mensch kann sie nicht anklicken. Das bedeutet, dass Nutzer*innen zwar die Überschriften vieler Artikel, aber nicht deren Inhalt lesen können. Fake News

lassen sich so nicht erkennen. „Bei dem Angebot fehlen wichtige Webseiten, die Ghanaer nutzen wollen“, sagt Kofi Yeboah, der die App in Ghana untersuchte, und fügt hinzu, dass populäre Nachrichtenseiten wie „MyJoyOnline“ und „CityFM“ komplett fehlen.

Die Daten aller unter Free Basics erreichbaren Webseiten werden durch die Facebook-App geleitet. Darüber hat Facebook Zugriff auf die Nutzungs-Häufigkeit und -dauer sowie die gelesenen Inhalte auch bei Dritt-Anbietern.

VORZEIGEPROJEKT „M-PESA“

Kenia gilt als Silicon Savannah – sozusagen Afrikas Antwort auf das Silicon Valley der USA und Indiens Bangalore. Dortige Kund*innen eines Telefondienstanbieters hatten Telefonguthaben, das an andere Nutzer versendet werden kann, in ein Zahlungsmittel verwandelt. Wer Geld brauchte, dem wurde „air time“ überwiesen, die er dann mit Bekannten oder Nachbar*innen gegen Bares eintauschen konnte. Eine britische NGO entwickelte daraus ein System zur Verwaltung von Kleinkrediten. Schließlich kam bei der afrikanischen Vodafone-Tochter *Vodacom*, der Mutter von *Safaricom*, jemand auf die Idee, das Ganze zu einem Geldüberweisungssystem auszubauen.

Der Name setzt sich zusammen aus dem Kürzel „M“ für *mobile* und dem aus dem Swahili stammenden Wort „Pesa“ für Bargeld. Bereits nach einem Jahr nutzten zwei Millionen Menschen das Transfersystem. Die große Mehrheit war bis dahin von den herkömmlichen Geldinstituten links liegen gelassen worden. Wie in den meisten afrikanischen Staaten verfügten kaum zehn Prozent der Haushalte über ein Bankkonto.

Gut zehn Jahre nach seinem Start hat sich M-Pesa heute zum mit Abstand beliebtesten bargeldlosen Zahlungsmittel des Landes entwickelt. Jetzt kann man in Cafés, an Tankstellen oder bei Straßenhändlern per Handy zahlen. Auch die monatliche Stromrechnung oder das Schuldgeld lässt sich so begleichen. Da das Unternehmen vom Gesetzgeber nicht als Bank, sondern als Kommunikationsdienstleister betrachtet wird, hat der Staat die Summe pro Transfer auf 1.400 Dollar beschränkt.

Seinen Siegeszug hat das Geldüberweisungssystem auch in anderen Staaten des Kontinents fortgesetzt. Inzwischen sind mehr als 140 Anbieter in 39 afrikanischen Staaten aktiv. Und auch nach Albanien und Rumänien wurde die Technik mittlerweile exportiert.

Angebote wie M-Pesa und seine darauf aufbauenden Dienste kommen vor allem der afrikanischen Mittelschicht zugute – jener Gruppe von Menschen, die jährlich über mehr als 5.000 US-Dollar verfügen. Diese Gesell-

schaftsschicht wächst, doch das große Problem Afrikas ist seine Unterklasse, die in absoluten Zahlen ebenfalls wächst: Menschen, die von zwei US-Dollar und weniger am Tag überleben müssen.

EXITSTRATEGIE AUS DER ARMUT?

In Kibera, einem der großen Slums in Nairobi, gibt es mittlerweile eine den gesamten Slum abdeckende WLAN-Verbindung, für die man acht Cent pro Stunde oder zwölf Euro pro Monat zahlen muss. Genutzt wird sie hauptsächlich für Wetten und Glücksspiele. Dies wird vorherrschend als einzige Exit-Strategie empfunden, der Armut entkommen zu können. Die vermeintlich „segenreiche“ digitale Vernetzung transformiert durchaus Machtstrukturen, sie bietet den „Abgehängten“ und „Überflüssigen“ jedoch keineswegs aus sich heraus echte Teilhabemöglichkeiten. Die digitale Kluft (*digital divide*), also die unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu digitaler Infrastruktur, beschreibt die vielfältige „social divide“ nur unzureichend. Das „Vernichtsen“, also das Degradieren eben jener Überflüssiger in der Schuldenfalle funktioniert offensichtlich auch online.

ZWEIFELHAFTES LEAPFROGGING

Die Hoffnung, dass zumindest einige Länder Afrikas dank neuer Technologien die Phase der Industrialisierung überspringen (*leapfrogging*) und direkt in der digitalen Moderne landen – und so den ökonomischen Rückstand zum Rest der Welt aufholen können, hat sich bislang nicht erfüllt. Sie wird es auch nicht, denn der Hochglanzprospekt von Landwirt*innen, die die Bewässerung und Düngung ihrer Äcker per Drohnen-Analyse optimieren können, ist ein Zerrbild, welches Infrastrukturprobleme auf eine „noch zu schwache“ digitale Infrastruktur reduziert. Ein Trugschluss, denn insbesondere die Digitalisierung schafft kaum Jobs. Firmen mit rein digitalen Geschäftsmodellen schaffen relativ wenige Arbeitsplätze und beschäftigen oftmals hoch qualifizierte Mitarbeiter aus dem Ausland in den afrikanischen Start-Ups.

Während 2007 noch weniger als vier Prozent der Menschen in Afrika Zugang zum Internet hatten, sind es nun bereits 30 Prozent. Dennoch haben Länder wie Südafrika und Nigeria gerade die stärkste Rezession seit zwei Jahrzehnten hinter sich – ohne dass die „mobile Revolution“ das verhindern können. Es geht um viel grundlegendere Probleme wie z.B. Bildung, die sich über die Digitalisierung nicht von allein lösen. Wer zu den 40% in Sub-Sahara Afrika gehört, die nicht lesen und schreiben können, schafft es überhaupt nicht ins Netz.

OFFSHORING IM CALLCENTER

Nach der Installation des Unterseekabels Atlantis 2 im Jahr 2000 dauerte das Routing von Sprachdaten nach Europa nicht mehr als 80 Millisekunden. Das ermöglicht eine ausreichende Verbindungsqualität, die sich nicht von innereuropäischen Telefongesprächen unterscheidet. Das war der Startschuss für eine Reihe von Callcentern z. B. in Dakar. Hier konnte insbesondere französischen Kund*innen vorgetäuscht werden, sie würden einen Telefondienst einer Servicekraft in einem Kundencenter irgendwo in Frankreich in Anspruch nehmen.

Damit „durften“ Afrikaner*innen für ausbeuterische Preise und unter autoritärer Aufsicht Telefon-Dienstleistungen für Konsument*innen im Westen erbringen. Voraussetzung war das Antrainieren eurozentristischer bürgerlicher Verhaltensnormen in eigens dafür eröffneten Recruiting- und Training-Centern. Um als Callcenter-Mitarbeiter*in für französische Firmen angestellt zu werden, muss insbesondere der senegalesische Akzent „ausradiert“ werden.

Auch um diesen Sektor der Offshore-Dienstleistungen geht es beim Ausbau der europäischen Wirtschaftsbeziehungen der von Deutschland initiierten G20-Offensive „Compact with Africa“. Eine „Kooperation auf Augenhöhe“ ist hier eher nicht zu finden – neokoloniale Stereotype hingegen reichlich.

DAS GESCHÄFT MIT DEN DATEN

Was hingegen tatsächlich boomt, ist das Geschäft mit persönlichen Daten. Dank M-Pesa weiß Vodacom fast alles über Vermögen und Vorlieben seiner Kundschaft, auch darüber, wo sie sich gewöhnlich aufhalten. Für Unternehmen, die sich auf den kenianischen Markt begeben wollen, sind solche Informationen Gold wert. Ebenso verkaufen Google und Facebook nutzerspezifische Informationen, zumeist an Investoren außerhalb von Afrika.

Google bemüht sich bei BigData im Gesundheitsbereich, einen Fuß auf den Zukunftsmarkt Afrika zu bekommen. Immerhin prognostizieren die UN, dass in 30 Jahren 25% der dann 9 Mrd. Menschen betragenden Weltbevölkerung in Afrika leben werden. Googles erstes Forschungszentrum in Afrika soll Ende 2018 in Accra (Ghana) eröffnen. Forschungsschwerpunkt ist die Künstliche Intelligenz in der Gesundheit.

Das in Johannesburg, Südafrika, ansässige Versicherungs- und Investment-Unternehmen *Discovery* exportiert sein

Vitality-Modell mittlerweile über den afrikanischen Kontinent hinaus weltweit in 19 Länder in den USA, Europa, Asien und Singapur. Das Gesundheits-Programm Vitality ist eines der konsequentesten Erziehungsprogramme, welches abhängig vom Bewegungs- und Ernährungs-Status der Kunden den Versicherungs-Tarif individuell anpasst. Die Generali hat als erste Krankenversicherung in Deutschland das Vitality-Programm übernommen und mietet die Datenauswertung als Dienst beim Partner-Unternehmen Discovery. Die paternalistische Gesundheits-erziehung entwickelt sich zum Exportschlager, den u.a. die europäische Versicherungsbranche zur Entsolidarisierung und Ökonomisierung des Gesundheitswesens nutzt. Die Verantwortung für die eigene Gesundheit soll individualisiert werden. Ehemals alle betreffende „Zivilisationskrankheiten“ werden als Konsequenz eines individuell-unachtsamen Lebensstils uminterpretiert. Bewegungsarmut soll zur persönlichen Verhaltensstörung erklärt werden, die die Gesellschaft so teuer zu stehen kommt, dass jeder in Eigenverantwortung dafür haften soll. Das Ergebnis sind hochmoderne, subtile Verhaltenslenkungsprogramme auf dem Gesundheitsmarkt – quasi als Reimport eines kolonialen Behaviorismus.

ANSÄTZE VON SELBSTBEHAUPTUNG

Die Übernahme digitaler Infrastrukturkonzepte an sich und zudem nach westlichem Vorbild führt nicht zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse. Das ist derzeit mehr als deutlich in Afrika. Zudem reißt die Kritik an der neokolonialen Bevormundung von „Entwicklungs-Angeboten“ wie „Free Basics“ nicht ab. Leider hat sie (noch) nicht wie in Indien dazu geführt, dass Facebook das Angebot zurückziehen muss. Im Februar 2017 hatte die indische Netzaufsichtsbehörde Facebook den Betrieb von „Free Basics“ mit Verweis auf die heftigen Widerstände und die Verletzung der „Netzneutralität“ (kein Inhalt darf in seiner Erreichbarkeit vor anderen vorrangig behandelt werden) untersagt.

Es sind die Resistenzen und Beharrungstendenzen von einzelnen Individuen, aber auch Kollektiven, die sich dagegen wehren, die eigenen Lebensformen und Selbstverständnisse aufzugeben. Menschen, die sich gegenüber einer Verdattung verweigern, so dass Konzerne wie Facebook und Google all ihre destruktive Energie aufwenden müssen, um diese sozialen Strukturen aufzuknacken, zu verflüssigen, um sie dann in eine verwertbare Isolation zu treiben. Das brachiale Durchsetzen von vorgegebenen Kommunikationsnetzen zur Lenkung stößt insbesondere dort auf Widerstand, wo die Ähnlichkeit zur klassischen, analogen kolonialen Zerstörung besonders hoch ist.

Den Bedürfnissen angemessene Formen der Vernetzung und damit tatsächlich selbstbestimmter und selbstorganisierter Wissensaustausch kann ganz anders aussehen. In

einem regionalen Zusammenschluss mehrerer Dörfer in Südafrika tauschen die Bewohner*innen landwirtschaftliche Erfahrungen und für gemeinsame Beschaffung relevante Kennzahlen über ein einfaches und robustes System, das sie zusammen mit anarchistischen Hacker*innen entwickelt haben: In jedem Dorf steht ein Rechner, auf dem die Daten lokal gespeichert sind und ergänzt werden können. Ein sich selbst synchronisierender USB-Stick

trägt eine Kopie dieser Daten und wird bei jedem Besuch in eines der anderen Dörfer mitgenommen und zum Datenabgleich in den dortigen Rechner gesteckt – fertig. Die Reisetätigkeit der Bewohner*innen stellt das Netz dar. Per Datenabgleich mit dem „Reise-Stick“ befinden sich (mit wenigen Tagen Verzögerung) auf den Rechnern der beteiligten Dörfer das gleiche, jeweils aktualisierte Wissen.

Kontinent der Kämpfe

Afrika¹, mit Ausnahme des Nordens, kommt in der Debatte über globale Protestbewegungen häufig nur am Rande vor. Dabei haben sich seit 2011 auf dem Kontinent zahlreiche Kämpfe ausgebreitet.² Nicht nur Revolten, auch zahlreiche sozialen Bewegungen und stille Kämpfe. Trotz vieler Unterschiedlichkeiten im Konkreten sind diese Kämpfe eine vielstimmige „Antwort“³ auf die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte: brutale und stetige sozialpolitische, ökonomische, technologische und repressiv/ militärische Angriffe des Kapitals. „Africa is rising“, träumt das Kapital – „Africa is uprising“ ist die vielstimmige Antwort, die ihm entgegenschallt.⁴

ANGRIFFE DES KAPITALS

Der amerikanische Historiker Frederick Cooper spricht in seinem Essay über „Afrika in einer kapitalistischen Welt“ von einer Geschichte der verhinderten Ausbeutung: „Mein Argument ist, dass die afrikanische Sozialstruktur und die afrikanische Geografie allerdings kapitalistische Herrschaftsbemühungen blockiert haben, genauso wie sie Versuche der afrikanischen Eliten durchkreuzt haben, Macht über Bevölkerungen aufzubauen. Trotz der Machtungleichgewichte haben AfrikanerInnen versucht, Elemente der sich ändernden globalen Strukturen so gut wie möglich zu nutzen. Vieles von dem, mit dem Afrika heute konfrontiert ist – die Beschränktheit seiner wirtschaftlichen Zukunftsaussichten und die herabwürdigenden Begrifflichkeiten in der Debatte um seine Zukunft – ist nicht so sehr eine Folge von ‚Versagen‘, sondern des teilweisen Erfolgs einer großen Zahl der Menschen, wirtschaftliche Dominanzbemühungen abzuwehren, sich anzueignen oder umzulenken“.⁵

Gegen diese Erfolge richtet sich der Terror der kapitalistischen Angriffe. Er greift vor allem deren sozialen Rückhalt an: Verwandtschaftsbeziehungen, Freundschaften, Vieh, die Verfügung über das Land, die „moralische Öko-

nomie“ der Armen. Dieser Terror soll die Blockierung der kapitalistische Herrschaftsbemühungen aufbrechen und zeigt sich im heutigen Afrika in ganz unterschiedlicher Art und Weise:⁶

- Die Landbevölkerung wird durch Kriege, Landgrabbing, Zerstörung der ökologischen Lebensbedingungen usw. enteignet und vertrieben. Die Menschen werden von ihrem Land – ihrem wichtigsten Produktionsmittel – getrennt.
- Weite Teile des Kontinents sind geprägt von Repression, Folter, Terror und allen Formen der Gewalt.
- Auf dem Land entstehen neue Formen kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse. Was vorher außerhalb des Marktes stattfand, wird kommerzialisiert (z.B. Ernährung, Kleidung, Bildung und Gesundheit).
- Als Folge der Enteignungen, Vertreibungen und der neuen Ausbeutungsverhältnisse breiten sich kapitalistische Marktverhältnisse stetig aus und wachsen die Städte. Dort steigern Vertreibungen der Menschen – von ihrem Land, aus ihren Häusern, von ihren prekären Einkommensmöglichkeiten – und die stetige Erhöhung der Lebenshaltungskosten den Arbeitsdruck.
- Neue kapitalistische Eliten entstehen.
- Sexistische und antihomosexuelle Gewalt⁷ als Kern einer neuen Körperpolitik und Genderordnung nehmen teilweise epidemische Ausmaße an.
- Gegen Hexen, Albinos und andre „Irrationalitäten“ werden mörderische Kampagnen geführt.

• Sklaverei und Sklaverei ähnliche Ausbeutungsverhältnisse wuchern im Schatten der Kriege.

• Neue Technologien werden eingeführt und verbreitet, vermeintlich, um die Folgen der Katastrophen, die der Imperialismus ausgelöst hat, abzumildern oder in den Griff zu kriegen. Real geht es darum, die Menschen der Gewalt des Marktes und des Algorithmus – und somit des Kapitals – zu unterwerfen.

Das Aufbrechen der Blockierungen ist Voraussetzung dafür, dass so etwas wie eine kapitalistische Entwicklung überhaupt möglich ist. Dieser Terror hat vor allem immer eine lokale Dimension. Er wird aber gezielt gefördert durch Investitionsentscheidungen und die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank. Und er ist eingebettet in aktuelle Afrikastrategien des Kapitals,⁸ die im Wesentlichen um diese neun Punkte kreisen. Niemand würde dort zu kriegerischer, sexistischer, antihomosexueller oder gegen „Irrationalitäten“ gerichteter Gewalt usw. aufgerufen. Die Gewalt ist scheinbar „natürlich“ schon vorhanden – und doch erst das Produkt kolonialer und neokolonialer Aggression.

Diese Strategien zielen darauf, die kapitalistische Entwicklung weiter zu treiben. McKinsey träumt gar von einer „Entfesselung einer afrikanischen industriellen Revolution“⁹

Bislang ist der Kern der ökonomischen Praxis in Afrika die Ausbeutung von Rohstoffen. Bevölkerungspolitik, Dienstleistungen, Infrastruktur und Krieg gruppieren sich um diesen Kern. Eine weitergehende industrielle Entwicklung ist bislang bestenfalls in Ansätzen erkennbar.¹⁰

Wenn wir das aktuelle Geschehen in Afrika auf diesem Hintergrund verstehen, und nur dann ergibt das Ganze einen – zugegebenermaßen grausigen – Sinn. Und zwar nicht in dem Sinne, wie Marx in seinem berühmten Kapitel über die sogenannte ursprüngliche Akkumulation, der

- die Enteignung und Vertreibung des Landvolks von Grund und Boden,
- die Scheidung von Produzenten und Produktionsmitteln,
- den Terror und die Blutgesetzgebung gegen die Enteigneten;
- neue Formen kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse auf dem Land,

• Ausbreitung von Marktverhältnissen als Folge der Enteignungen,

• Vertreibungen und neuen Ausbeutungsverhältnissen

• sowie den Aufstieg neuer kapitalistischen Eliten

als Übel aber notwendig für den „geregelten“ Fortgang der Geschichte ansah. Marx ging davon aus, die überholte Produktionsweise „muss vernichtet werden, sie wird vernichtet“.¹¹

AFRICA IS UPRISING!

Ganz im Gegenteil! Wir sind fest davon überzeugt: Nur unter Berücksichtigung der Vorstellungen und Erfahrungen dieser „überholten Produktionsweise“ kann der Kapitalismus vernichtet werden. Ihr vielstimmiger Widerstand trägt in sich die Wahrheit, dass eine andere Welt, eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, zum Greifen nahe ist.

SOZIALE BEWEGUNGEN UND ZIVILPOLITISCHE AKTEUR*INNEN

Wird über Widerstand in Afrika berichtet, geht es meist um soziale Bewegungen und zivilpolitische Akteur*innen. Auf vier großen gesellschaftlichen Feldern leisten sie wirkungsvolle politische Arbeit:

- Einforderung ökonomischer Verbesserungen;
- Kampf gegen Krieg, Gewalt, Repression;
- Beeinflussung von gesellschaftlichen Leitbildern wie Frieden, Menschenrechte, Demokratie, soziale Gerechtigkeit;
- Mitgestaltung der Transformationsprozesse in Richtung Demokratie.¹²

Besondere Bedeutung haben hier die vielfältigen Studierendenbewegungen sowie die Bewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter.¹³ Branch und Mampilly (2015) beharren darauf, dass diese sozialen Bewegungen sich sehr stark von denen im Norden unterscheiden. Diese Eigentümlichkeiten sollten nicht unter universellen Narrativen der „weltweiten militanten Opposition“ (Harvey) oder „Multitude“ (Negri/ Hardt) unsichtbar gemacht werden. Einerseits, so argumentieren sie, haben die Probleme, Nöte und Ziele wenig gemeinsam mit dem Prekariat im Norden oder in den aufstrebenden Ökonomien Asiens und Südamerikas. Andererseits sei Prekariat in Afrika kein neues Problem. Die Kämpfe in Afrika sind Teil einer langen Geschichte sozialer Auseinandersetzungen seit der Kolonialzeit.

SOZIALE NICHT-BEWEGUNGEN

Weniger beachtet und untersucht sind die sogenannten „stillen Kämpfe“¹⁴ das „stille Vordringen“ oder auch „Soziale Nicht-Bewegungen“* (Bayat 2012) der Armen: „Kollektive Aktionen nicht-kollektiver Akteure“ transformieren die Gesellschaften. In seinem Buch *Leben als Politik* beschreibt Bayat, wie bereits lange vor dem arabischen Frühling¹⁵ die städtischen Armen in Ägypten durch ihre alltägliche individuelle Praxis in ihrem „fortwährenden Streben nach besseren Lebenschancen“ die gesellschaftliche Realität „von unten“ veränderten: Bayat erzählt, wie sich die Armen das „Notwendige zum Leben“ aneignen und damit die Reproduktion des Kapitals beeinträchtigen. Protagonist*innen sind vor allem Frauen und junge Menschen.¹⁶

Er erzählt von der Umverteilung von gesellschaftlichen Gütern, öffentlichem Raum und Gelegenheiten, von der illegalen Besitznahme von Land oder Wohnraum, der Aneignung von städtischen Errungenschaften wie Strom, fließendem Wasser, Telefonleitungen, gepflasterten Straßen, oder dem Kleingewerbe auf öffentlichen Flächen. Zu den stillen Kämpfen zählt Federici (2012a, S. 65ff.) auch die „Migration als eigensinnige Praxis“¹⁷ oder die Verschuldung als Antwort auf sinkende Löhne und Verweigerung der dadurch verordneten Armut.

Die Armen kämpfen für Umverteilung, Autonomie und Sicherheit – doch ihr Sicherheitsbedürfnis richtet sich direkt gegen den repressiven Staat. Diese Kämpfe sind weit mehr als Abwehr, sondern ein „kumulatives Vordringen“ neuer Normen und Praktiken. Sie wollen nicht zurück zu einem romantisierten Gestern, sondern brechen auf zu einem neuen Morgen!

Dabei ist das „Individuelle“ kein Wert an sich, sondern eine Taktik zur Umgehung des feindlich gesinnten oder nicht reagierenden Staats. Wenn ihre Fortschritte gefährdet sind oder Gefahr droht, beispielsweise durch die Polizei, greifen die Armen „zu kollektiven Formen des Widerstands, ein Zeichen ihrer Wertschätzung von Solidarität“.¹⁸

Mit ihren widerständigen und oft illegalen Praktiken untergraben sie die herrschenden Normen und Gesetze und dringen in die Bereiche der Macht, des Eigentums und der Öffentlichkeit vor. Sie brechen den Kapitalismus auf, indem sie „Räume des Anders-Sein, Räume oder Augenblicke, die gegen die Straßenverkehrsrichtung verlaufen“,¹⁹ schaffen.

Mit der Aneignung von Gütern und Dienstleistungen verringern sie ihre Reproduktionskosten, und mit der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen verbessert sich

ihr Einkommen. Mit beidem greifen sie die Reproduktion des Kapitals und damit den Staat, die Reichen die Mächtigen direkt an – im Gegensatz zu „Strategien des Zurechtkommens“, wo das Überleben der Handelnden auf eigene Kosten oder auf Kosten der Mitmenschen gesichert wird. Bayat erwähnt hier NGOs und islamistische Bewegungen, deren Ausbreitung mit der Zeit zusammenfällt, in der die neoliberale Wirtschaftspolitik umgesetzt wurde.

Nicht-Bewegungen sind eher Praxis- als Ideologie-orientiert. Sie handeln direkt und im Lokalen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Ihre Praxis steht immer im Zusammenhang mit ihrem Alltag. Ihr Ort ist der öffentliche Raum. Solidaritäten entstehen in Nachbarschaften, an Straßenecken, in Moscheen, am Arbeitsplatz, an Bushaltestellen, bei der Lebensmittelverteilung, in Haftanstalten, Migrant*innenlagern, öffentlichen Parks oder Plätzen, Hochschulen, Sportstadien usw. Durch alltägliche und direkte Begegnung und Kommunikation entstehen „passive Netzwerke“, die sich ständig im Fluss befinden, so für die Repressionskräfte kaum zu durchschauen sind und deswegen eine hohe Widerstandsfähigkeit besitzen.

Jugendliche Nicht-Bewegungen sind nach Bayat dagegen weniger durch das bestimmt, was die Jugendlichen tun (Netzwerke herstellen, organisieren usw.) als durch die Art wie sie SIND: Verhalten, Kleidung, Sprechweisen, Gangarten, Musik – sowohl in öffentlichen als auch privaten Räumen. Die Identität einer Jugendlichen Nichtbewegung fußt also nicht so sehr auf kollektivem Handeln, sondern auf kollektivem Sein. Dabei können sie Vorboten eines gesellschaftlichen Wandels werden.

Ihre Stärke ist die Macht der großen Zahl, die zur Normalisierung und Legitimierung von eigentlich unzulässigen Aktivitäten führt. „Nicht-Bewegungen zu unterdrücken würde bedeuten, bestimmte Abläufe im Alltagsleben einzuschränken – eine Maßnahme, die ausgedehnte Kameraüberwachung, Kontrollpunkte und häufige Festnahmen nötig machen würde“.²⁰ So wird das Vordringen in der Regel solange akzeptiert, wie es überschaubar bleibt. „Sobald es ausufert, handeln die Regierungen“.²¹

KÄMPFE UM DIE STADT

Diese stillen Kämpfe lassen sich aber nicht nur in Ägypten, sondern in vielen Städten Afrikas beobachten.²² Im Vordergrund stehen die Verteidigung der prekären Einkommensquellen und Lebensbedingungen, Kämpfe um Teilhabe, Haus- und Landbesetzungen in der Stadt und der Kampf gegen Vertreibungen und Repression.

Bergmann²³ versucht sich dieser „Subjektivität ohne Subjekte“ durch einen Rückgriff auf AbdouMaliq Simone (2010) zu nähern: „Subjektivität, und besonders in Afrika, [ist] eine immer sehr vorläufige, volatile, dem Neuen durchaus aufgeschlossene Suche nach einer Veränderung der schlechten Verhältnisse“. Für Bergmann beruht diese antagonistische Subjektbildung auf kollektiven Praktiken vor Ort, und gleichzeitig sieht er sie primär im globalen Kontext. Sie ist geprägt durch

- einen hohen Grad der Mobilität, als Praxis und als Aspiration, eben nicht nur unter dem Zwang der Verhältnisse, sondern auch auf der Suche nach Erfahrungen und Möglichkeiten;
- durch das Verhältnis von den Städten des Globalen Südens zu denen des Nordens;
- durch die relative Unsichtbarkeit der Quartiere der working poor in den Städten des Südens;
- durch die Wege, auf denen besondere kollektive Erfahrungen in diesen Städten geschmiedet werden, indem disparate Erfahrungen zusammengebracht werden, um zu sehen, was dann damit passieren könnte
- und durch die Verbindungen und Rückbindungen von den Städten zum Land.

Simone beschwört die Vielfalt und Offenheit, die Unkontrollierbarkeit und die fehlende Planbarkeit des peripheren städtischen Lebens.²⁴

KÄMPFE UM DIE SUBSISTENZ

Auf dem Land kämpfen Menschen überall in Afrika um den Erhalt ihrer Subsistenz. Diese Kämpfe um Land richten sich gegen ausländische Investoren, die Regierungen, die sie gerufen, die Repressionskräfte, die sie schützen und lokale Eliten, die mit ihnen kooperieren.

Häufig werden die sozialen Konflikte ethnisiert, d.h. die vom Kolonialismus und Nationalstaat durchgesetzten ethnischen oder religiösen Kategorien bilden die Interpretationsfolie der Auseinandersetzungen. Daraus ergibt sich, wer von wem massakriert oder beschützt wird, weil traditionelle Konfliktbewältigungsstrategien gezielt ausgehebelt werden.

Im letzten Jahr waren die Auseinandersetzungen in Äthiopien besonders heftig. Die Situation eskalierte dort Ende 2015, als die Regierung bekannt gab, die Stadtgrenzen der Hauptstadt Addis Abeba auszuweiten. Die ansässige Bevölkerung, die mehrheitlich als der diskriminierten Eth-

nie der Oromo angehörig definiert wird, setzte sich zur Wehr. Innerhalb eines halben Jahrs ermordeten die Repressionskräfte mehr als 600 „Oromo“. Die Pläne wurden aber erstmal auf Eis gelegt.²⁵

Der Widerstand im ländlichen Raum äußert sich wie in der Stadt nicht ausschließlich in Form organisierter Bauernbewegungen oder Riots, sondern in vielfältigen Formen wie illegales Abernten öffentlicher oder privater Plantagen, illegale Pflanzungen, Drogenökonomie von unten, Fällen von Bäumen in sogenannten Naturschutzgebieten, Wilderei oder das Sabotieren von Bauarbeiten. Auch hier sind die Protagonist*innen vor allem Frauen und junge Menschen.

KÄMPFE GEGEN DEN KRIEG: DAS BEISPIEL DADAAB

Angesichts der Kriege und Vernichtungszüge gegen afrikanische Bevölkerungen von Überflussbevölkerung zu sprechen, trifft den Kern nicht: Die Elenden sind nicht überflüssig, sondern notwendig für die „kapitalistische Entwicklung“: Der Tod der einen garantiert das Trauma der anderen. Und die Gewalt des Krieges ist die Grundlage besonders krasser Ausbeutungsformen, Kapitalakkumulationen in den Händen weniger usw.

Die Realität des Krieges können wir nur ermessen, wenn wir versuchen, sie aus dem Blickwinkel dieser vermeintlich „Überflüssigen“ zu betrachten, die für den Kapitalismus reif traumatisiert werden sollen. Ben Rawlence (2016) hat mit seinem fulminanten Bericht über das größte Flüchtlingslager der Welt unglaublich viele Facetten des Krieges aus verschiedenen Blickwinkeln „von unten“ festgehalten:

Er beschreibt aus der Sicht der Vertriebenen deren Enteignung und Vertreibung durch die Hungerpolitiken (incl. internationaler Hilfe) und als direkte Folge der Waffenlieferungen aus Europa und USA. Al-Shabaab, weitere somalische, kenianische, äthiopische Warlords und Politiker*innen sowie imperialistische Kräfte arbeiten hier Hand in Hand.

Er beschreibt den Terror gegen die Enteigneten, der sowohl in den Lagern, in Nairobi als auch in den Herkunftsgebieten groteske Formen annimmt. So müssen sich die Flüchtlinge permanent die Frage stellen, wo es sich denn weniger schlecht leben lasse, im somalischen Krieg oder im kenianischen „Frieden“. Auf der Flucht und in den Lagern nahmen die Vergewaltigungen „epidemische Ausmaße“ an.²⁶ Jede dritte Frau im Lager wurde Opfer.²⁷ Er beschreibt, wie die unerträgliche Situation im Lager viele Beziehungen scheitern ließ und zu einem Anstieg häuslicher Gewalt führte.



Fuentes: Alex Shankland, Euclides Gonçalves y Arilson Favareto, "Social movements, agrarian change and the contestation of ProSavana in Mozambique and Brazil", Future Agricultures Consortium, noviembre de 2016; Autrepart, Presses de Sciences Po, N° 73, 2015; www.landmatrix.org; <http://maps.elie.ucl.ac.be>;

Er beschreibt aus der Sicht der Ausgebeuteten, wie in dem spitzelverseuchten, knastähnlichen Lager völlig neue Formen kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse entstehen, er berichtet über die Ausbreitung von Marktverhältnissen als Folge der Enteignungen und Vertreibungen, über die Entstehung von neuen Eliten, die Bereicherung von somalischen und kenianischen Geschäftsleuten an der Arbeitskraft der Flüchtlinge und an der internationalen Hilfe. Er beschreibt die Verwobenheit von Politik und Geschäft, von Polizei und Al-Shabaab.²⁸

Er beschreibt, wie in den durch und durch rassistischen Strukturen der Lager ein völlig neuer Menschentypus aufwächst, „mit kenianischer Schulbildung und den liberalen Idealen der globalen NGO-Kultur“.²⁹ Er beschreibt, wie sich imperialistische Staaten handverlesene Flüchtlinge für ihre Resettlement-Programme aussuchen, die mehr die Hoffnung als die reale Chance beinhalten, in eins dieser gelobte Länder umsiedeln zu können.³⁰ Er beschreibt, wie das Leben eine*r Europäer*in oder Amerikaner*in so viel mehr wert ist als das Leben eine*r Afrikaner*in, und das Leben eine*r Kenianer*in so viel mehr wert als das eines Flüchtlings.

Er beschreibt das Erstarken des wahhabitischen Islams am Horn von Afrika, seine zunehmenden Brutalitäten im Kampf gegen „Unmoral“, Hexenglauben und andere „Irrationalitäten“.

Und er beschreibt die Zerstörung der ökologischen Lebensbedingungen im Norden Kenias wie in den Herkunftsgebieten in Somalia. Er erzählt von einer Welt mit eigenen Regeln, eigenen Grenzen, eigenen Geschichten. Er erzählt von einer vom UNHCR und den Hilfsorganisationen geschaffenen Gesellschaft, „deren Grundpfeiler die Lebensmittelhilfe und ein internationales Rechtsvokabular waren. Und zugleich war es ein glühend heißer Slum“.³¹

Und weil er das alles aus der Sicht „von unten“ beschreibt, ist es nicht einfach nur eine Litanei des Elends. Im Mittelpunkt stehen die Bewohner*innen des Lagers, ihre täglichen Kämpfe, ihre Arbeit, ihre Beziehungen, ihre Herkunft, ihre Träume, ihre Strategien, ihre Erfolge und nicht selten ihr Scheitern. Vor allem beschreibt er, wie die Menschen nur überleben können, indem sie zusammenhalten, sich organisieren, „wie sie es von zu Hause gewohnt waren“³², egal gegen wen: die Vergewaltiger, die kenianischen Behörden, die UNO und die NGOs, Al-Shabaab oder die Banditen im Lager.

Mit anderen Worten: Rawlence beschreibt – ohne es selber zu bemerken³³ – den erbitterten Widerstand somalischer Menschen gegen die Zumutungen kapitalistischer

Entwicklung. Viele hängen noch an ihren alten Verhältnissen, denen Marx schon im 19. Jahrhundert den Untergang an den Hals gewünscht hat. Andere träumen von einer Fata Morgana, die sich Frieden nennt und Ausbeutung meint.

MIGRATION ALS EIGENSINNIIGE PRAXIS

Afrika war schon immer ein Kontinent des Bewegens, des Weggehens, des Ankommens, des Weiterwanderns, des Wiederkommens.³⁴ Die Eingebundenheit in soziale Strukturen bewirkt, dass diese Mobilität als kollektiver Prozess gelebt wird.³⁵

Rawlence beschreibt Migration als eigensinnige Praxis: „Die Subjekte handeln und bewegen sich nicht unabhängig von der Geschichte, den Strukturen und den damit verbundenen ‚ingeübten‘ Wegen, dennoch entsteht etwas Neues, etwas Eigen-Sinniges. Dieses Eigensinnige ist weder von einer Autonomie noch von Determinismen bestimmt, vielmehr nicht-linear, aber auch nicht beliebig“.³⁶

Der Krieg, die Not oder das Abenteuer, Gründe wegzugehen gibt es zahlreiche. Doch die Katastrophen der letzten Jahrzehnte, vor allem auch die restriktive Migrationspolitik der Metropolen, blockieren zunehmend die Option des Wiederkommens für den ärmeren Teil der Migrierenden. Diese Katastrophen fördern das Schleppertum, die Verschuldung und selektieren gnadenlos die „Fittesten“ auf dem Weg in die Flüchtlingslager des Südens, durch die Sahara in den Norden des Kontinents oder im Mittelmeer auf dem Weg nach Europa.³⁷

Jene, die Europa lebend erreichen, häufig traumatisiert, immer mit furchtbaren Erfahrungen im Gepäck, sind der Repression und Entrechtung sowie anderen Formen der Gewalt noch längst nicht entkommen. Ausgeschlossen vom regulären Arbeitsmarkt, getrieben von der Notwendigkeit, jede Arbeit zu übernehmen, um die Schulden abzuführen und das Schicksal der Lieben zu Hause zu erleichtern, werden sie gezwungen die Konkurrenz in den prekären Sektoren des Arbeitsmarktes anzuhetzen. Egal welche Ausbildung oder Vorerfahrung sie haben, als Facharbeiter müssen sie erst sozialisiert werden.³⁸

KONTINENT DER KÄMPFE

Afrika wurden viele Attribute zugeschrieben. Mal war es der hoffnungsvolle, mal der hoffnungslose Kontinent, mal der Kontinent des Elends, der Korruption, der Vetterwirtschaft. Perry (2016) beschreibt Afrika als einen Kontinent der „totalen Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“. Afrika sei heute zugleich „Kapstadt und Kogelo, Buschtrommel und Mobiltelefon“. Ist zugleich acht Raumfahrtprogramme und riesige Gebiete, die völlig

dunkel sind, wenn man sie nachts im Flugzeug überfliegt, einfach weil immer noch knapp zwei Drittel ihrer Bewohner nicht ans Stromnetz angeschlossen sind.

Doch all diese Zuschreibungen werden dem Kontinent nicht wirklich gerecht. Ich glaube, wenn wir versuchen, den Kontinent mit den Augen der großen Mehrzahl seiner Bewohner*innen zu sehen, kommen wir nicht umhin, ihn als Kontinent der Kämpfe und als Kontinent der Solidarität wahrzunehmen.

Das Leben der meisten armen Afrikaner*innen ist geprägt von diesen täglichen kleinen und selteneren großen Kämpfen. Um Wasser, um Nahrung, um Einkommen, um Land, um Bewegungsfreiheit, um Gerechtigkeit und um ein Leben in Würde. Sie kämpfen gegen „Entwicklung“ und „neue Technologien“, nicht weil sie etwas gegen Glühbirnen oder Mobiltelefone haben, sondern weil sie täglich erfahren, dass kapitalistische Entwicklung und Technologien im wahrsten Sinne des Wortes Vampire sind, die sich mit dem Blut ihrer Opfer vollsaugen müssen und die Überlebenden versklaven. Die Opfer leben überproportional in Afrika.

Diese Kämpfe wären nichts ohne die Solidarität und die sozialen Beziehungen, die vor allem von den Frauen aufrechterhalten werden. Sie knüpfen an Vorstellungen historischer egalitärer afrikanischer Gesellschaften an.

Doch diese Kämpfe haben ein Problem: Es ist der Feind, der übermächtig von fernen Kontinenten Waffen, Müll, Ramsch, Technologien, Schulden, Soldaten, Drohnen, Raketen schickt, der ihnen eine Wirtschaftspolitik aufzwingt, bei der sie nur verlieren können, sie zur Verelendung und Ausbeutung zwingt. Dieser Feind ist unglaublich reich. Und brutal. Er ist immer wieder in der Lage, Kollaborateure aufzubauen. Er wird von Afrika aus kaum zu stoppen sein. In seinen Herkunftsländern muss er zu Fall gebracht werden! Nicht aus Mitleid, sondern aus Solidarität!

LITERATUR:

Bayat, Asef: *Leben als Politik – Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern*; Berlin/ Hamburg 2012

Behrendt, Moritz; *Kenia fordert Lösegeld; Interview mit Ben Rawlence*; in: *Candid Foundation (Hrsg.); Planet der Flüchtlinge; Warum es kein Zurück mehr gibt*; Berlin 2016; S. 96f.

Benz, Martina/ Schwenken, Helen; *Jenseits von Autonomie und Kontrolle: Migration als eigensinnige Praxis*; in: *Prokla* 140; 3/2005; S. 363-377

Bergmann, W.; *Cityness in Afrika – Über Mobilität, Offenheit, Unkontrollierbarkeit, Subjektivität und Selbstorganisierung*; izindaba.info 27.06.2014

Branch, Adam/ Mampilly, Zachariah; *Africa Uprising: Popular Protest and Political Change*; London 2015

Bühler, Johannes, *Am Fuß der Festung*, Stuttgart 2015

Cooper, Frederick; *Kolonialismus Denken*, Frankfurt/ M.2012

Cooper, Frederick; *Afrika in der kapitalistischen Welt*; izindaba.info; 17.01.2011. (Original: Cooper, Frederick; *Africa in a capitalist World*; in: Darlene Clark Hine/Jacqueline McLeod (Hg.), *Crossing Boundaries; Comparative History of Black People in Diaspora*; Bloomington/ Indianapolis 1999; S. 391 – 418)

Eberlei, Walter, *Afrikanische Soziale Bewegungen vs. Zivilgesellschaften in Afrika*; In: *Forschungsjournal soziale Bewegungen*; 3/2014; S. 32-38

Economist; *The hopeful continent: Africa rising; After decades of slow growth, Africa has a real chance to follow in the footsteps of Asia*; 3.12.2011; <http://www.economist.com/node/21541015> Eggers, Dave; *Weit Gegangen*; Köln 2008

Federici, Silvia; *Aufstand aus der Küche*; Münster 2012a

Federici, Silvia; *Caliban und die Hexe*; Wien 2012b

Federici, Silvia; *Women, Witch-Hunting and Enclosures in Africa Today*; *Sozial Geschichte online*; 3/2010; S. 10-27

Gertel, Jörg/ Ouaisa, Rachid/Ganseforth, Sonja; *Jugend in der arabischen Welt*; in: Gertel, Jörg/ Ouaisa, Rachid (Hg.); *Jugendbewegungen; Städtischer Widerstand und Umbrüche in der arabischen Welt*; Bielefeld 2014; S. 12-28

Goldberg, Jörg; *Die Emanzipation des Südens: Die Neuerfindung des Kapitalismus aus Tradition und Weltmarkt*; Köln 2015

Harvey, David, *The New Imperialism*; Oxford 2003

Holloway, John, *Kapitalismus aufbrechen*, Münster 2010

Manji, Fiorene; *Afrikanische Aufbrüche; Der Mut, die Zu-*

kunft neu zu erfinden; in: Africa Avenir International e.V. (Hrsg.); Widerstand, Revolutionen, Renaissance; Stimmen zum sozialen Aufbruch in Afrika; Berlin 2013; S. 14-30 (Original: Manji, Fiorene; African Awakenings: the courage to invent the future; in: Manji, Fiorene/ Ekine, Sokari (Ed.); African Awakening; Cape Town/ Dakar/ Nairobi/ Oxford 2011)

Marx, Karl; Das Kapital; 1. Band; in: Marx, Karl / Engels, Friedrich; Werke Band 23; Berlin 1962 (Original: 1890)

Mbobela, Emmanuel, Mein Weg vom Kongo nach Europa; Wien 2014

MGI – McKinsey Global Institut; Lions on the move II: Realizing the potential of Africa's economies; September 2016; <http://www.mckinsey.com/global-themes/middle-east-and-africa/lions-on-the-move-realizing-the-potential-of-africas-economies>

mLungu; „Wir werden den ägyptischen Weg, wir werden den tunesischen Weg gehen!“; In allen Regionen Afrikas eskaliert der Krieg um Lebensmittel; izindaba.info 03.05.2011

Perry, Alex; In Afrika; Reise in die Zukunft; Frankfurt 2016

Rawlence, Ben; Stadt der Verlorenen; Leben im größten Flüchtlingslager der Welt; München 2016

Saunders, Doug; Arrival City; München 2011

Scott, James; Weapons of the Weak: Everyday Forms of Peasant Resistance; New Haven/ London 1985

Simone, AbdouMalig; CityLife from Jakarta to Dakar; New York 2010

Sylla, Ndongo Samba; Democracy, liberalism and social movements in West Africa; in: ders. (ed.); Liberalism and its Discontents; Social movements in West Africa; Dakar 2014; S. 13-71

Zeller, Christian (Hrsg.); Die Enteignungsökonomie; Münster 2004

FUSSNOTEN

1 Schon das, was Afrika ist, ist umstritten. Insgesamt scheint es aber einen Konsens zu geben, dass grob drei Sozialräume unterschieden werden können: der Maghreb und Ägypten, das subsaharische Afrika (SSA) und die Republik Südafrika (RSA), die alleine 30% der afrikanischen Wirtschaftskraft ausmachen soll. SSA wird

oft als das „eigentliche“ Afrika betrachtet (vgl. z.B. Goldberg 2015; S. 156; 160). Im folgenden sind alle drei Sozialräume gemeint, wenn von Afrika gesprochen wird. Auf die Unterschiede zwischen Sozialräumen, Regionen, Nationalstaaten kann im Rahmen dieses Textes nur am Rande eingegangen werden. Sonderfälle wie die spanischen Kolonien Islas Canarias, Melilla und Ceuta sowie der afrikanische Staat in der Karibik, Haiti, werden nicht weiter beachtet. Cooper (2012, S. 187) weist darauf hin, dass „>Afrika< als Raum, den Menschen mit Sinn ausstatten, ... weniger durch Prozesse innerhalb der Grenzen des Kontinents definiert (wurde) als vielmehr durch seine Diaspora“.

2 Seit 2011 ist in Afrika eine Zunahme vielfältiger Proteste, Streiks und Massenaktionen und über die letzten 10 Jahre eine beträchtliche Zunahme bzw. Rückkehr sozialer Bewegungen in zahlreichen Ländern zu beobachten. Siehe mLungu 2011; Manji 2013,

3 Manji 2013

4 Der Begriff „Africa is rising“ geht auf einen Artikel im Economist vom 3.12.2011 mit dem Titel „The hopeful continent: Africa rising“-zurück. Adam Branch und Zachariah Mampilly (2015) betonten dagegen: Africa is uprising. Beide Aussagen sind von zahlreichen anderen Autor_innen aufgenommen worden.

5 Cooper 2011

6Siehe dazu auch: Federici 2010. 2012b

7 Gemeint sind hier alle Gewaltformen gegen LGBTIQ+, also Lesben, Schwule (Gays), Bi-, Trans- und Intersexuelle, Queere und andere sexuelle Minderheiten

8 Zur Zeit wird in Hinblick auf den G20 Gipfel in Hamburg der „Marschallplan mit Afrika“ des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verhandelt.

9 MGI 2016, S. 63ff.

10 Am ehesten in Südafrika, Marokko, Ägypten und Nigeria.

11 Marx 1962, S. 789. Vgl. Marx 1962, S. 741-791. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Bedeutung des marxistischen Ansatzes, seiner aktuellen Apologeten und seiner völkermörderischen Implikationen für den afrikanischen Kontinent steht noch aus. Interessant aber ist, das z.B. bei Harvey und Konsorten heutzutage der Terror und die Blutgesetzgebung schlicht nicht mehr vorkommen. Repression, Terror, Krieg und Mord den Linken als „übel aber notwendig“ zu verkaufen, scheint nicht mehr so *en vogue* (vgl. Harvey 2003, Zeller 2004).

12 vgl. Eberlei 2014, S.35. In der Regel handelt es sich um widersprüchliche Bewegungen, die einerseits die sozialen Revolten verhindern bzw. eindämmen sollen, andererseits auch Räume öffnen, in denen sich soziale Revolten entwickeln.

13 Vgl. Sylla 2014

14 Federici 2012a

15 Die in dem Band versammelten Texte wurden zwischen 2000-2007 veröffentlicht, die deutsche Übersetzung erst 2012. Lediglich das Vorwort und das 8. Kapitel wurde von Bayat im Sommer 2012 für die deutsche Ausgabe geschrieben.

16 Bayat 2012; 81ff.; 126ff. Gertel u.a 2014

17 Benz/ Schwenken 2005.

18 Bayat 2012, S. 45

19 Holloway 2010, S. 260

20 Bayat 2012, S. 39

21 Bayat 2012, S. 121

22 Bayat (2012) geht davon aus, dass die stillen Kämpfe vor allem in „nicht-demokratischen Gesellschaften“ ausgefochten werden, weil es in den Demokratien des Nordens demokratische Konfliktregelungspraktiken gebe. Das ist einerseits falsch, weil er den demokratischen Gehalt der sogenannten Demokratien überschätzt, und andererseits, weil soziale Nichtbewegungen auch im Norden stattfinden – sie werden, abgesehen von der Migration, nur viel zu wenig beachtet und gewürdigt.

23 Bergmann 2014

24 Ob der Blick des Urbanisten, der die Menschen als „Infrastruktur“ wahrnimmt (vgl. Simone 2010, 117ff.), dabei hilfreich ist, Widerstandsgeister wahrzunehmen bzw. zu wecken, sei einmal dahingestellt – im Gegensatz dazu Bergmanns erfrischende Interpretation.

25 Während die Oromo ermordet wurden, verhandelte die EU mit dem Regime über ein sogenanntes „Rückübernahmeabkommen“ für Flüchtlinge. Auch mit Eritrea, Somalia, und dem Sudan wird verhandelt.

26 Rawlence 2016 S. 104

27 Rawlence 2016 S. 241

28 „Für die Polizei auf beiden Seiten der Grenze war der Flüchtlingsstrom eine einmalige Chance, reich zu werden“ Rawlence 2016 S. 104f.

29 Rawlence 2016 S. 104

30 Rawlence beschreibt die Geschichte von Muna und Monday, deren Leben im Lager bedroht war. Ihnen gelang es, in das Resettlement-Programm der australischen Regierung aufgenommen zu werden. Die australischen Behörden verschlammten aber den Fall. Pech gehabt! „Wegen einer ausgebliebenen E-mail waren Munas und Mondays Leben durch das Resettlement-Raster gefallen“ (Rawlence 2016 S. 380). Die Resettlement-Plätze sind aber auch auf dem Schwarzmarkt handelbar, bis zur 10.000 US-\$ kostet eine „Beratung“, immerhin etwas weniger, als die gefährliche Auswanderung auf dem Landweg, die kaum unter 11.000 US-\$ zu haben war (vgl. Rawlence 2016 S. 215; 302).

31 Rawlence 2016 S. 66. Rawlences Recherchezeitraum überschneidet sich mit der Hungersnot 2010/2011. Mehr als eine viertel Millionen Menschen starben, die Hälfte davon jünger als fünf Jahre. Monatlich strömten zehntausende Neuankömmlinge nach Dadaab.

32 Rawlence 2016 S. 159

33 Vgl. Behrendt 2016

34. Insofern greift auch das Konzept der „Arrival Cities“ (Saunders 2011) für die großen und kleine Städte des Kontinents viel zu kurz

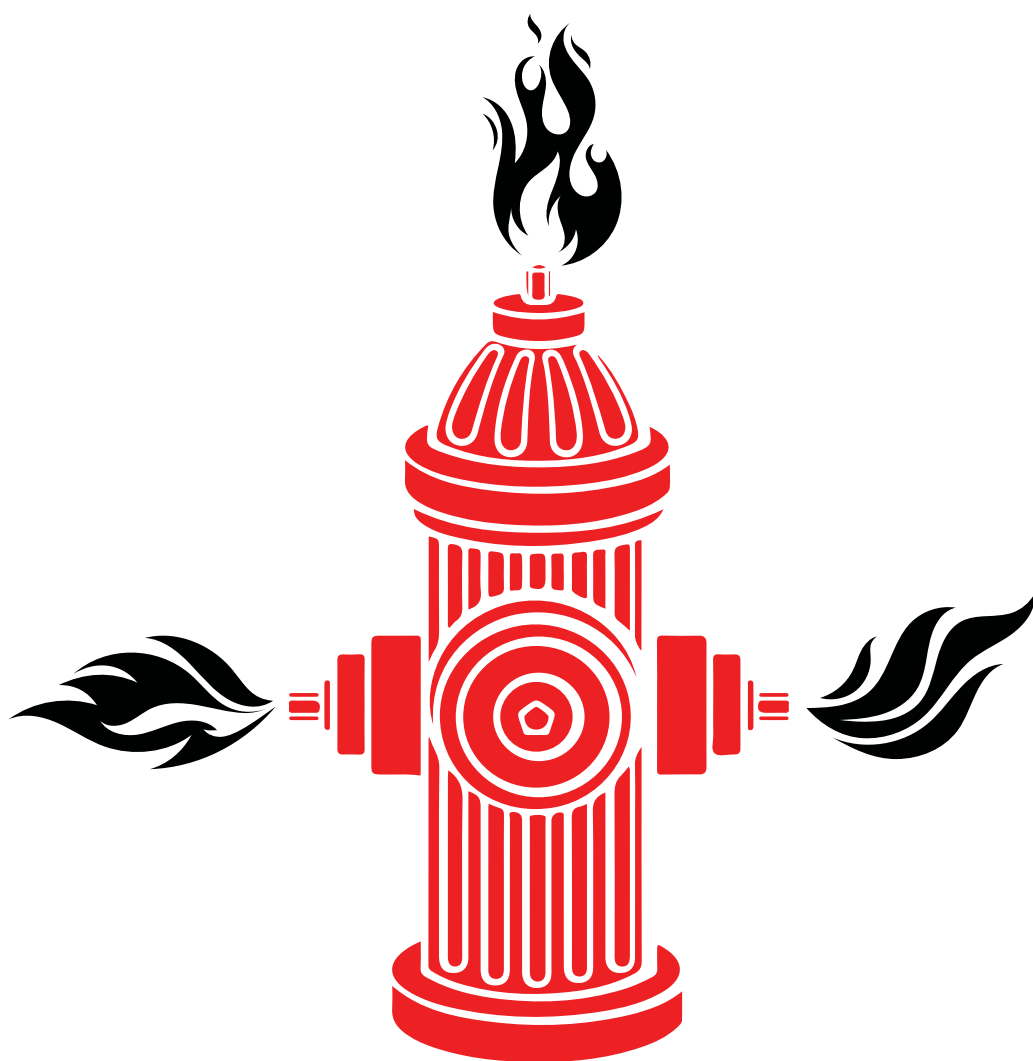
35 nach Cooper 2012, S. 179

36 Benz/ Schwenken 2005, S. 373

37 Diese Selektionen sind oft beschrieben worden, neben Rawlence 2016 siehe z.B. Eggers 2008, Gatti 2011, Mbolela 2014, Bühler 2015.

38 Im Jahre 2016 wurden z.B. in ganz Köln lediglich 84 (!!!) Flüchtlinge „neu in den Arbeitsmarkt integriert“, d.h. im regulären Arbeitsmarkt oder in einer Ausbildung ausgebeutet. Nach 5 Jahren, so sieht es die Bundesagentur für Arbeit, wird die Hälfte von jenen, die dann noch in Europa leben, „in den Arbeitsmarkt integriert sein“. Nach 10 Jahren, sollen es schon 90% sein (mündliche Mitteilung aus der Geschäftsführung der Kölner Arbeitsagentur am 24.3.2017).

** Ob der Begriff „Soziale Nicht-Bewegungen“ so glücklich gewählt ist, sei einmal dahingestellt. Eigentlich ist damit nicht das Gegenteil von „Bewegen“ eben „Nicht Bewegen“ gemeint, sondern dass was der amerikanische Anthropologe James Scott als „Everyday Forms of Resistance“ als „alltägliche Formen des Widerstandes“ beschrieben hat. Wichtig ist, dass der Begriff, wie Bayat ihn gebraucht, das, was meist in der politischen Debatte unsichtbar bleibt, sichtbar macht: eben jene „alltägliche Formen des Widerstandes“, die es nicht in die Schlagzeilen schaffen, aber auf Dauer in enormes Veränderungspotential in sich tragen.



hydra no.1